

**Interview:**

**Für die Bildungswende**

ÖGJ-Jugend fordert mehr Chancen für die junge Generation

8

**Schwerpunkt:**

**Wenn kaufen zur Sucht wird**

Gerade junge Menschen neigen häufiger zu Frustkäufen

30

**Internationales:**

**Slowakei**

Gewerkschaften und Kollektivverträge bei unseren Nachbarn im Osten

44

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 4 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)



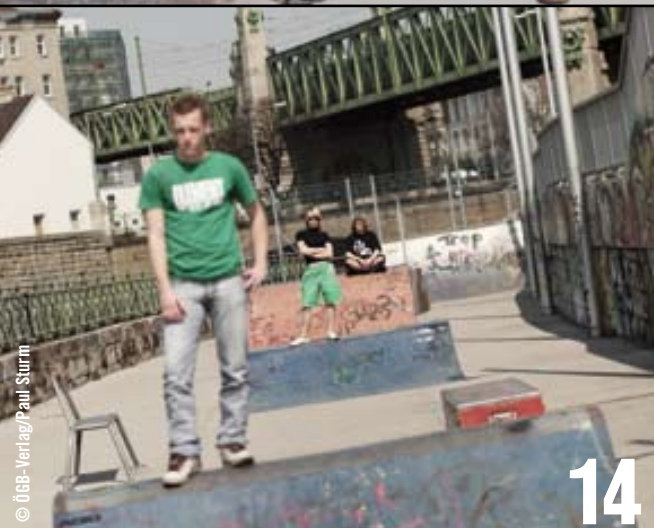
© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Die Jugend von heute

ab Seite 8



8



14



25



32

## Schwerpunkt:

### Keine Herrenjahre

12

Eine Studie im Auftrag der ÖGJ hat »Erwartungen und Erfahrungen von Jugendlichen zur beruflichen Ausbildung« erhoben.

### Motive der Berufswahl

14

Aus welchem Elternhaus sie kommen, spielt bei der Berufswahl junger Menschen eine nicht unbedeutende Rolle.

### Neue Berufsbilder

16

Ob ein »neuer Lehrberuf« zustande kommt und ein Erfolg wird hängt von vielen Dingen ab.

### Berufsbildung neu

18

Die berufliche Bildung in Österreich hat starken Reform- und Innovationsbedarf, diagnostiziert ÖIBF-Experte Peter Schlögl.

### Ausbildungsgarantie

20

Laut Sozialpartnerpapier »Arbeitsmarkt – Zukunft 2010« sollen alle Jugendlichen eine Ausbildung abschließen können.

### Wettbewerb als Chancen

21

Berufswettbewerbe sind gerade in Krisenzeiten wertvolle Motivation. AK Wien und Gewerkschaft beweisen das jedes Jahr.

### Alles Krise, oder was?

23

Beim Eintritt ins Erwerbsleben werden viele Jugendliche allein gelassen. Sie helfen einander gegenseitig.

### Jesus für sieben Euro

25

Es ist nicht leicht, als Student aus Bulgarien in Österreich Geld zu verdienen, weiß Biber-Redakteur Todor Ovtcharov.

### In der Schule viel zu tun

26

Um die Ausbildungsgarantie der Regierung umzusetzen, besteht im Schulsystem noch Handlungsbedarf.

### Motiviert und billig

28

Theoretisches Wissen praktisch anwenden und ausbauen – dafür ist ein Praktikum da. Die Realität sieht anders aus.

### Teurer Spaß Kaufsucht

30

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten steigt die Neigung zu Frustkäufen. Aus der Kompensation wird oft Sucht.

### Norden alt, Süden jung

32

Die westliche Welt klagt über Überalterung. Auf dem afrikanischen Kontinent ist fast die Hälfte der Bevölkerung unter 14 Jahren.

**Interview:****Chancen für die Jugend 8**

Am 18. April 2009 findet der 31. Bundesjugendkongress statt. Wir haben drei junge ÖGJ-KollegInnen interviewt.

**Standards:****Standpunkt: Goldene Jugendzeit 4****Veranstaltung: Arbeitsrecht-Tagung 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie 11****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Aus Arbeiterkammern & Gewerkschaften:****Arbeitsplätze schützen 34****Mitbestimmen (Teil 2) 36****Kulturpolitik für alle 40****Wirtschaft&Arbeitsmarkt:****Verbraucherpreise 35****Trübe Aussichten 38****Protegé in der Krise 42****Internationales:****Ernst zu nehmen 44**

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

**Die jungen Menschen****Redaktion intern**

Noch einmal jung sein, davon träumen viele. Und vergessen dabei, dass die Jugendzeit nicht nur aus feiern und erster Liebe besteht, sondern dass junge Menschen in diesem Lebensabschnitt ihren Platz in der Welt finden müssen. Rechtzeitig zum 31. Bundesjugendkongress sehen wir uns in der »Arbeit&Wirtschaft«, Nr. 4/2009 die »Jugend von heute« genauer an.

Der Start ins Berufsleben ist nicht nur in Zeiten wie diesen schwierig. Das wissen auch Barbara Marx, Jürgen Michlmayr und Florian Zuckerstätter von der ÖGJ.

Im Interview ab Seite 8 lesen Sie konkrete Vorschläge und Forderungen, um junge Menschen dabei zu unterstützen. Ab Seite 12 finden Sie eine Studie zu »Erwartungen und Erfahrungen von Jugendlichen zur beruflichen Ausbildung«.

Am Anfang steht die Berufswahl. Von welchen Faktoren diese abhängt, hat Konrad Hofer untersucht (Seite 14). Wir haben uns Gedanken gemacht über neue Berufsbilder, den Reformbedarf in der Berufsbildung (Seite 18), und über die Ausbildungsgarantie (Seiten 20 und 26), die die Regierung versprochen hat.

Außerdem finden Sie in der neuen A&W den zweiten Teil unserer Serie über Rechte von Betriebsräten in Krisenzeiten (Seite 36), die WIFO-Prognose (Seite 38), und wir werfen einen Blick auf die ArbeitnehmerInnenvertretung in der Slowakei.

Sie finden uns auch im Internet: Auf unserer Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee



## Goldene Jugendzeit

**W**ickie, Slime und Paiper prägten meine Kindheit – also gehörte ich in den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts zur »Jugend von heute«. Und obwohl das so klingt, als wäre es verdammt lang her, kommt es mir manchmal vor, als wäre es gestern gewesen.

### Damals in den Achtzigern

Popper, Mods und Punks feindeten sich sogar im ach so provinziellen Innsbruck an. Schulterpolster und Vokuhila-Frisuren waren modern, und ich trug am liebsten enge Jeans, weite Hemden, indische Tücher, Clarks und Papas alte Lederjacke. Statt Alkopops tranken wir Cola-Rot. Wer verliebt war, schrieb Briefe und Karten statt SMS und verbrachte Nachmittage neben dem Telefon, um da zu sein, wenn das Objekt der Begierde wieder nicht anrief. Das Handy gab es ja noch nicht. Internet auch nicht. Wir schrieben Tagebücher statt Blogs, und fand meine Mutter einmal den Namen eines meiner »Verehrer« – wie sie das nannte – heraus, dann wurde statt Google das Telefonbuch und das kollektive Gedächtnis der Verwandtschaft bemüht.

Österreich war eine Insel der Seligen damals, es war die Zeit von Kreisky und Sinowatz, aber auch die Zeit in der Jörg Haider in der politischen Landschaft auf-

tauchte. Im Geschichtsunterricht schafften wir es gerade bis zum Zweiten Weltkrieg. Wir hatten kaum politische Bildung. Irgendwann besuchten wir Mauthausen. Ich hab damals einen Schulkollegen, der geschmacklose Witze machte, geohrfeigt. Das hat mir eine Rüge der begleitenden Lehrerin eingetragen. Ein Jugendschwarm spielte Lieder und Texte gegen den Krieg und engagierte sich für Zivildienst. Das hat mir imponiert. Meine politische Bildung habe ich mir selbst erlesen.

Es war die Zeit des kalten Kriegs. Die USA wurden vom Erdnussfarmer Jimmy Carter und dann vom Schauspieler Ronald Reagan regiert. Der eiserne Vorhang und die Berliner Mauer schirmten vor einem bedrohlichen Osten ab. Ein Afroamerikaner als US-Präsident war genauso wenig vorstellbar, wie russische Millionärinnen als Kitzbühler Ehrenbürgerinnen.

In den Hitparaden waren in den Achtzigern Madonna, Michael Jackson und U2 – die kommen immer wieder. Sie sind nur – wie ich – etwas älter geworden. Denk ich zurück, höre ich allerdings immer noch den im vorigen Jahr verstorbenen Hansi Lang mit »Keine Angst«. Denn es war auch eine Zeit, in der unsichtbare Gefahren in unsere heile Welt eindringen. Nach dem GAU – dem größten anzunehmenden Unfall – von Tschernobyl wussten wir, warum wir gegen Atomkraft waren. Und Aids warf lange Schatten auf die erwachende Sexua-

lität. Lese ich in alten Tagebüchern, stelle ich fest, die »goldene Jugendzeit« war nicht immer golden. Sie war durchsetzt von Verwirrung, Wut und Angst. Da war das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber all dem, was die Erwachsenen mit dieser Welt, die einmal die unsere sein sollte, anstellten. Und so stellten wir einiges an, um uns zu wehren. In Zürich rebellierte die Jugend, in Wien wurde die Gassergasse besetzt, in vielen Großstädten Häuser, wir demonstrierten und streikten gegen Drittmittelfinanzierung auf der Uni. Wir wollten eine gerechtere, eine bessere Welt.

### Respekt vor der Jugend

Die Jugend von heute will das auch. Und diese Welt ist vielleicht durch die modernen Kommunikationstechnologien näher zusammengerückt, aber leichter ist es deswegen nicht geworden. Wir müssen Verständnis haben für ihre Verwirrung, Wut und Angst. Und wir müssen Respekt haben vor den jungen Menschen, die bereit sind diese ihre Welt mitzugestalten, indem sie sich z.B. bei der Gewerkschaftsjugend engagieren, indem sie als JugendvertrauensrätInnen für andere eintreten, indem sie gegen Rechts auftreten, indem sie gegen soziale Ungerechtigkeit auf die Straße gehen, indem sie von ihrem Wahlrecht ab 16 Gebrauch machen. Vertrauen wir ihr, der Jugend von heute.

# Arbeitsrecht-Tagung

ÖGB und ÖGB-Verlag zeigten bei der 44. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht in Zell am See starke Präsenz.

**150 TagungsteilnehmerInnen** – VertreterInnen von Universitäten, Judikatur und Ministerien sowie KollegInnen aus ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammern – folgten der Einladung von ÖGB und ÖGB-Verlag ins Congress-Center.

Sie hörten von Mag. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, über »aktuelle politische Schwerpunkte des ÖGB« und von Mag. Gerhard Bröthaler, Geschäftsführer des ÖGB-Verlags, insbesondere über die aktuellen Buchprojekte und Neuerungen im ÖGB-Verlag.

Dr. Christoph Klein erklärte im Rahmen der Buchpräsentation von »Sozialleistungen im Überblick 2009« die hohe Bedeutung des Titels für beratende Institutionen.

Die AutorInnen des »Arbeitsverfassungsrechts, Band 3« Hon.-Prof. Dr. Josef Cerny, Dr. Sieglinde Gahleitner, Mag. Joachim Preiss und Mag. Hannes Schneller sprachen über die von ihnen kommentierten Gesetze als dem »Herzstück der Arbeitsverfassung« und der Bedeutung der Inhalte für ArbeitnehmerInnen und ArbeitnehmervertreterInnen.

## BUCHTIPP

### Sozialleistungen im Überblick

Hg: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

11. aktualisierte Auflage  
2009, 400 Seiten

ÖGB-Verlag, € 23,80

ISBN: 978-3-7035-1366-4



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



Präsentation ArbVG Band 3: Bröthaler, Schneller, Autengruber, Achitz, Gahleitner, Preiss, Cerny.



Während der gesamten Tagung wurde von den TeilnehmerInnen eifrig in den ÖGB-Kommentaren geschmökert.



Dr. Christoph Klein im Gespräch mit Prof. Dr. Karl Spielbüchler, Präs. der Ges. für Arbeits- und Sozialrecht.



Univ.-Prof. Dr. Robert Rebhahn im Gespräch mit Hofrat Dr. Georg Hradil vom Obersten Gerichtshof.

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,  
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

**E-Mail:** aw@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

**Redaktionskomitee**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,  
Alexander Schneider, Erik Türk

**Redaktionsmitglieder**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Walter Schauer (Grafik und Layout)

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Mag. Ruth Bauer,  
Mag. Kai Biehl, Mag. Thomas Delapina, Astrid Fadler,  
Dagmar B. Gordon, Dr. Konrad Hofer, Univ. Prof. Ing. Dr. Karl  
Kollmann, Florian Kräftner, Helmut Kohl, Mag. Dr. Michael Mesch,  
Mag. Gabriele Müller, Dr. Brigitte Pellar, Mag. Reinhold Russinger,  
Peter Schlögl, Mag. Hannes Schneller, Dr. Susanne Schläpferl,  
Robert Stöger, Todor Ovtcharov, Thomas Varkonyi

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**Arbeiterkammer:**

# Arbeitslos – Was nun?

**So können Sie vorgehen, wenn Sie arbeitslos geworden sind.**

**Wer seine Arbeit** verliert, braucht zunächst einmal ganz praktische Hilfe, um mit der schwierigen Situation zurechtzukommen: Wie hoch wird mein Arbeitslosengeld sein? Welche Rechte und Pflichten habe ich gegenüber dem Arbeitsmarktservice? Von wem sonst kann ich noch Hilfe und Unterstützung erhalten? – das sind nur einige der Fragen, die sich bei Arbeitslosigkeit stellen. Und von dieser sind in Krisenzeiten besonders viele Menschen betroffen. Die Arbeiterkammer hat versucht, die wichtigsten dieser Fragen, vor allem rund um Arbeitslosengeld und Not-

standshilfe in einem Ratgeber zu beantworten und möchten dort, wo einfache Antworten nicht möglich sind, wenigstens Tipps geben, was zu beachten ist. Wichtig war dabei, dass die Probleme und ihre Lösungen möglichst praxisgerecht und auch für NichtjuristInnen verständlich behandelt und dargestellt werden.

Aktuelle Informationen zum Thema Arbeitslosengeld, Abfertigung neu, Entlassung und Kündigung, Musterbriefe und die Broschüre »Arbeitslos – Was nun?« zum Download finden Sie unter: [www.arbeiterkammer.at/jobverlust.htm](http://www.arbeiterkammer.at/jobverlust.htm)

**AK-Wahl 2009:**

# Burgenland: FSG kann Hoch verteidigen

**Leichte Verluste für ÖAAB und AUG/UG.**

**Bei der AK-Wahl** im Burgenland gelang es den Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG) ihr historisches Stimmenhoch von mehr als 70 Prozent erfolgreich zu verteidigen.

So erhielten die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen 70,44 Prozent der abgegebenen Stimmen, das sind um 0,86 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2004.

Einen Verlust von 0,75 Prozentpunkten musste der ÖAAB hinnehmen. Er kam auf 21,95 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) legten 2,3 Prozentpunkte zu. Sie kamen auf 5,6 Prozent.

Ein leichtes Minus von 0,7 Prozentpunkten mussten die Alternativen/Unabhängigen/Grünen-GewerkschafterInnen verzeichnen. Sie erreichten einen Stimmenanteil von 2,01 Prozent.

In Mandaten bedeutet das für die nächste Periode der AK-Vollversamm-

lung: 36 Mandate für die FSG (-1), 11 Mandate für den ÖAAB (+/- 0), 2 Mandate für die Freiheitlichen (+1) und weiterhin ein Mandat für die Alternativen/Grünen/Unabhängigen (+/-0).

Aufgrund des vorläufigen Wahlergebnisses bleibt die Stimmenverteilung im Vorstand der AK gleich. So hält die FSG weiterhin sieben von neun Vorstandsmandaten und stellt auch künftig alle drei Vizepräsidenten.

Der ÖAAB bleibt bei zwei Vorstandsmandaten und kann auch den bei der AK-Wahl 2004 verlorenen Vizepräsidenten nicht zurückerobern.

Dem bisherigen Trend entsprechend, ist die Wahlbeteiligung auch bei der AK-Wahl im Burgenland gesunken. Mit 37.450 abgegebenen Stimmen wurde eine vorläufige Wahlbeteiligung von 50,07 Prozent erreicht.

Das Ergebnis online:

[www.akbgld.at/online/endergebnis-der-ak-wahl-47422.html](http://www.akbgld.at/online/endergebnis-der-ak-wahl-47422.html)

ÖGB:

## Was Sie unbedingt wissen sollten

Aktuelle Broschüre für das Jahr 2009.

Auf 100 Seiten finden Sie alle relevanten Informationen auf einen Blick zusammengefasst. Niemand kann alles wissen und schon gar nicht, wenn sich so oft etwas ändert. Zumal es regelmäßig Neuerungen gibt, weil der ÖGB und die Gewerkschaften wieder erfolgreich verhandelt haben. Deshalb bringt der ÖGB jährlich die Broschüre »Was Sie unbedingt wissen

sollten« heraus. Kurz und bündig finden Sie darin die wichtigsten Bestimmungen zu: Arbeitsrecht, Beendigung des Dienstverhältnisses, Bestimmungen für Eltern und Kinder, Arbeitslosenversicherung, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, steuerrechtliche Bestimmungen, ArbeitnehmerInnenvertretung im Betrieb. Ergänzt werden diese Infos mit den Adressen

der ArbeitnehmerInnenvertretungen in Ihrem Bundesland. Vervollständigt wird die Broschüre durch einen Kalender und Raum für Notizen. Die Broschüre gibt es zum Download im Internet. Sie können diese und andere Publikationen aber auch auf der ÖGB-Homepage oder bei Ihrer Gewerkschaft bestellen:

[www.oegb.at/folder](http://www.oegb.at/folder)

EGB:

## Fight the crisis: put the people first

Europaweite Aktionstage von 14. bis 16. Mai 2009.

Unter dem Motto »Bekämpfung der Krise: Die Menschen in den Mittelpunkt stellen« ruft der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu Demonstrationen in vier europäischen Hauptstädten zwischen 14. und 16. Mai 2009 auf. Für den EGB ist es inakzeptabel, dass ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen die Last einer Krise auf sich nehmen sollen, die sie nicht verur-

sacht haben. Mit dieser Kampagne fordert der EGB einen sozialen »New Deal« in Europa, bei dem die Menschen oberste Priorität genießen und Beschäftigung und Kaufkraft im Mittelpunkt stehen. Mit den Demonstrationen will der EGB den Regierungen ihre Verantwortung in Erinnerung rufen, eine europäische Antwort auf die Krise bereitzustellen anstel-

le von Einzelmaßnahmen. Die Demonstrationen werden am 14. Mai in Madrid, am 15. Mai in Brüssel und am 16. Mai in Berlin und Prag stattfinden. Für die Demonstration in Prag werden ÖGB und Gewerkschaften eine Anreise mit Bussen organisieren.

Infos auf Englisch beim EGB:

[www.etuc.org/a/5972](http://www.etuc.org/a/5972)

AK-Wahl 2009:

## Steiermark: FSG weiter Spitzenposition

Die Wahlbeteiligung lag bei rund 40 Prozent.

Mit 65,7 Prozent der abgegebenen Stimmen (-4,1 Prozent) verteidigten die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen bei den Arbeiterkammer-Wahlen in der Steiermark souverän ihre Vormachtstellung.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer legten um 2,5 Prozent zu und minimale Gewinne verzeichneten die ÖAAB-ÖVP-Fraktion, die Alternativen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE) sowie der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB). Die Liste Kaltenbeck und das Bündnis Mosaik verfehlten den Einzug

in die AK-Vollversammlung. Die AK-Vollversammlung in der nächsten Periode setzt sich demnach zusammen aus: 74 Mandaten für die FSG, 22 Mandaten für den ÖAAB, acht Mandate für die FA, vier Mandate für AUGE und zwei für den GLB.

**Das Endergebnis im Einzelnen:**

**Sozialdemokratische GewerkschafterInnen** (FSG) 65,7 Prozent (minus 4,1 Prozent); **ÖAAB-ÖVP** 20,3 Prozent (plus 0,4 Prozent); **Freiheitliche Arbeitnehmer** (FA) 7,4 Prozent (plus 2,5 Prozent); **Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen** (AUGE/UG) 3,8 Prozent (plus 0,3 Prozent); **Gewerkschaftlicher Linksblock** (GLB) 1,9 Prozent (plus 0,3 Prozent); **Liste Kaltenbeck** 0,6 Prozent (erstmalig angetreten); **Bündnis Mosaik** 0,3 Prozent (plus/minus 0).

Die Wahlbeteiligung lag letztendlich unter Berücksichtigung der nachträglich eingelangten Wahlkarten bei rund 40 Prozent.

Das Ergebnis online:

[www.akstmk.at/online/endgueltiges-ergebnis-der-ak-wahl-2009-47325.html](http://www.akstmk.at/online/endgueltiges-ergebnis-der-ak-wahl-2009-47325.html)

# Chancen für die Jugend

*Am 18. April 2009 findet der 31. Bundesjugendkongress statt. Wir haben drei junge GewerkschafterInnen aus dem »bunten Haufen« ÖGJ interviewt.*

## ZUR PERSON



### Jürgen Michlmayr

Geboren: 11. Dezember 1986 in Linz

2002–2006: Ausbildung zum Produktionstechniker voestalpine Stahl Linz, seit 2006 dort Produktionstechniker, seit 2003 Jugendvertrauensrat in der voestalpine, seit 2005 Jugendvorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) OÖ, Mitglied im Präsidium der GMTN OÖ, im GMTN-Bundesjugendpräsidium und im Bundesvorstand der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), seit 4. Nov. 2006 ÖGJ-Bundesvorsitzender.

**Arbeit&Wirtschaft:** *Knapp vor dem ÖGJ-Kongress habt ihr, ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr, ÖGJ-Jugendsekretär Florian Zuckerstätter und Barbara Marx, die fürs Präsidium kandidiert, Zeit für ein Gespräch mit der A&W gefunden. Was können wir vom Kongress erwarten?*

**Florian Zuckerstätter:** Der 31. Bundesjugendkongress steht unter dem Motto »Bildungswende statt Dividende«. Die Vorbereitungen dafür laufen schon seit vorigem Sommer. Der Kongress findet im Museumsquartier statt und soll auch die moderne Jugendkultur widerspiegeln. Wir rechnen mit 550 TeilnehmerInnen. Es werden auch VertreterInnen anderer Jugendorganisationen und NPOs erwartet. Da gibt es jede Menge Möglichkeiten zur Vernetzung.

**Wie ist die (Gewerkschafts-)Jugend von heute?**

**Florian:** Wir sind mit rund 50.000 Mitgliedern die größte überparteiliche Jugendvertretung in Österreich. Wir akzeptieren Meinungsvielfalt. Und wir setzen Dinge um – wir können konkret was erreichen, und das haben wir bereits bewiesen. Unsere Forderungen werden oft kopiert. Das heißt, dass wir am richtigen Weg sind. Unser Präsidium ist eine Mischung aus erfahrenen und jungen Kräften. Bei uns wird Gender Mainstreaming gelebt, wir machen halbe-halbe auch bei den Funktionen.

**Barbara Marx:** Die ÖGJ ist ein bunter Haufen von jungen engagierten Leuten. Jeder von uns hat Themen, die ihm oder ihr besonders wichtig sind. Bei mir ist das unter anderem die Bildung, Antifaschismus, soziale Themen und vor allem die Arbeit im Frauenbereich. Junge Frauen

## ZUR PERSON



### Florian Zuckerstätter

Geboren: 3. April 1980 in Salzburg

1995–2000: Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallstatt, Ausbildungszweig Streich- und Zupfinstrumentenbauer, 2001–2002 GBH-Jugendvorsitzender Salzburg und stv. ÖGJ-Vorsitzender Salzburg, 2002–2006 Sekretär der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV), 2006–2007 Sekretär Gewerkschaft Bau-Holz (GBH), 2006–2007 Vorsitzender der FSG-Jugend Salzburg, seit Mai 2007 Bundesjugendsekretär.

sind immer noch häufig benachteiligt, bekommen weniger bezahlt oder müssen sich blöde Sprüche anhören. Das immer wieder anzusprechen ist nicht leicht, weil oft das Bewusstsein fehlt, dass Frauen keine Randgruppe sind, sondern jeder zweite Mensch weiblich ist. Die halbe-halbe-Beschickung des Präsidiums war deshalb nur logisch. Darauf kann man sich aber noch nicht ausruhen. Sensibilität für Geschlechterfragen muss bei allem, was man als Organisation tut, mitberücksichtigt werden. Erst wenn das für alle zur Normalität wird, kann man von einer gelungenen Gleichstellung der Geschlechter sprechen.

**Jürgen Michlmayr:** Die Jugend von heute ist jedenfalls nicht so politikverdrossen, wie uns die Medien weismachen wollen. Es gibt rund 2.300 **JugendvertrauensrätInnen**, die in ganz Österreich in Firmen

## ZUR PERSON



### Barbara Marx

Geboren 31. 10. 1980

Seit 2004 Studentin der Politikwissenschaft und Publizistik

Seit 2005 Mitglied im Regionaljugendvorstand der GPA-djp NÖ und der ÖGJ NÖ. Seit 2006 Mitglied im Bundesjugendpräsidium der GPA-djp, Bundesvorstand der GPA-djp und ÖGJ. Seit Februar 2009 Mitglied im Vorstand der GPA-djp Studierenden.



Die ÖGJ ist mit rund 50.000 Mitgliedern die größte überparteiliche Jugendvertretung in Österreich. Wir akzeptieren Meinungsvielfalt. Und wir setzen Dinge um – wir können konkret was erreichen, und das haben wir bereits bewiesen.



tätig sind, zusätzlich Schüler- und StudierendenvertreterInnen. Angesichts so vieler junger Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, ist die »Politikverdrossenheit der Jugend« eine leere Worthülse.

#### **Was sind die Aufgaben von Jugendvertrauensräten (JVR)?**

**Jürgen:** Die wichtigste Aufgabe ist es, Ansprechperson für die Lehrlinge im Betrieb zu sein, z. B. bei Streitigkeiten mit Meistern. Hier müssen JugendvertrauensrätInnen oft vermitteln. JVR achten darauf, ob mit Entlohnung und Überstunden alles rechtens ist, sind aber oft auch AnsprechpartnerInnen für private Probleme, wie Schulden oder Gewalt in der Familie.

#### **Schüler- und StudentenvertreterInnen assoziieren nicht alle gleich mit der ÖGJ. Da kennst du dich aus, Barbara?**

**Barbara:** Gewerkschaft ist für mich eine breite, soziale und politische Bewegung, die nicht erst mit dem Einstieg ins Berufsleben beginnt, sondern bereits in der Schule: Ohne eine gute, möglichst breite Ausbildung ist alles Weitere einfach nicht denkbar. Die ÖGJ unterscheidet sich dadurch auch von allen anderen Jugendorganisationen, weil quasi wie in einem Schmelztiegel die unterschiedlichsten Ausbildungs- und Lebensmodelle zusammenkommen.

#### **Wie weit mischt die Jugend bei Kollektivvertragsverhandlungen mit?**

**Jürgen:** In allen großen Gewerkschaften wie z. B. GMTN, GPA-djp oder vida wird

die Jugend voll mit einbezogen. Wir achten darauf, dass Lehrlinge ordentliche KV-Erhöhungen bekommen und setzen uns z. B. in dem Bereich, aus dem ich komme, der GMTN, für Bildungsfreistellungen ein.

#### **Was braucht die Jugend von heute?**

**Jürgen:** Chancen – wir brauchen Chancen! Eine Chance auf Ausbildung, eine Chance auf Weiterbildung und die Chance, sich in einer Gesellschaft zu beweisen. Das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt. Die Jugend muss gehört werden. Wir wissen alle, dass man über Probleme endlos diskutieren kann, aber wenn ich kein offenes Ohr finde für Vorschläge, wie man etwas dagegen unternehmen kann, dann steht man irgendwann vor einem größeren gesellschaftlichen Problem.

**Barbara:** Ganz besonders wichtig sind aber auch eigene Handlungsspielräume. Woran es manchmal aber in unserer Gesellschaft hapert sind Bereiche, in denen junge Menschen ihre eigenen Vorstellungen und Ideen autonom verwirklichen können. Es wird zwar immer viel davon geredet, dass junge Menschen gesellschaftliche und politische Verantwortung übernehmen sollen, aber wenn es dann um banale Dinge, wie z. B. die Gestaltung einer Skateboard-Anlage geht, dann soll sich die Jugend bitte nicht einmischen. So kann das aber nicht funktionieren. Wir wollen nicht, dass jemand für uns entscheidet, was für uns das Beste ist, sondern selber entscheiden.

#### **Fühlt ihr euch gesellschaftlich ausreichend wahrgenommen?**

**Jürgen:** Ich finde, dass die Jugend in der Öffentlichkeit sehr oft in ein falsches Licht gestellt wird. Man liest nur selten etwas über die wahren Probleme der Jugendlichen – eher von Computersüchtigen, Amokläufern und Komatrunkern. Oft wird es so dargestellt, als wären Jugendliche nicht wirklich an einer Ausbildung interessiert. Das stimmt nicht – es fehlt an Lehrstellen. Oder Thema Komasaufen: Da stehen dauernd Jugendliche in der Zeitung. Niemand schreibt über erwachsene Vorbilder oder darüber, wie mit dem Alkoholkonsum der Kids Geld verdient wird.

**Barbara:** Es beschwerten sich immer alle über die »komasaufende« Jugend, aber die Frage, warum sich die Jugend die Realität »schön«-saufen muss, wird selten gestellt. Fehlende Lehrstellen, unbezahlte Praktika, atypische Beschäftigungen, Kinder- und Jugendarmut – das ist alles nicht neu. In der GPA-djp thematisieren wir seit Jahren die desolate Situation, in der sich viele Jugendliche befinden. Wenn junge Menschen das Gefühl kriegen, dass es egal ist, welche Noten sie haben, weil sie sowieso keine Lehrstelle kriegen, ist es kein Wunder, wenn sie irgendwann resignieren.

#### **Wie geht es der Jugend in der Wirtschaftskrise?**

**Jürgen:** Viele Jugendliche haben Angst vor der Zukunft, das habe ich in den vergangenen Wochen bei Betriebsbesuchen oft gehört. Es sind ja auch schon viele junge Menschen direkt betroffen, vor allem im Alter zwischen 19 und 25 Jahren. Gerade in der ZeitarbeiterInnenbranche, die ja die Krise besonders spürt, arbeiten viele in die-

## WEBLINKS

Österreichische Gewerkschaftsjugend  
[www.oegj.at](http://www.oegj.at)

ser Altersgruppe. Auch viele Niedrigqualifizierte haben ihren Arbeitsplatz verloren.

**Florian:** Gerade in dieser Lebensphase ist Arbeitslosigkeit schlimm, da braucht man Geld, um eine Familie zu gründen.

**Barbara:** Das Schlimmste an der Krise ist die Fassungslosigkeit. Wirtschaftsmodelle funktionieren nicht mehr, ExpertInnen sind ratlos und keiner weiß, wie es weitergehen soll. Die Forderung, die Finanzmärkte zu regulieren, ist schnell formuliert, aber wie das in der Praxis funktionieren soll ist unklar. Jetzt muss es vorrangig darum gehen, die von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen, so gut es geht, sozial abzusichern. Längerfristig werden wir uns ein paar grundlegende Fragen neu stellen müssen.

#### Was sind eure Ziele für die Zukunft?

**Jürgen:** Wir müssen uns angesichts der Krise mehr denn je für eine Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einsetzen. Junge Menschen brauchen Perspektiven, sie brauchen Aus- und Weiterbildung und Chancengleichheit in Beruf und Alltag. Wir werden auch weiterhin energisch gegen Rechtsradikalismus auftreten.

**Barbara:** Mir ist es wichtig, den Gewerkschaftsgedanken weiterzutragen. Solidarität und gemeinsam aktiv an einer besseren Zukunft zu arbeiten ist heute wichtiger denn je. Ich beobachte mit Schrecken, dass rechtes Gedankengut und die Ausgrenzung von Menschen in letzter Zeit wieder salonfähig werden. Die Ängste vieler Jugendlichen sind zwar verständlich, aber das ist der falsche Weg. Menschen auszugrenzen und sie zum Sündenbock zu machen ist zwar einfach, löst aber keine Probleme.

#### Wofür steht euer Kongressmotto »Bildungswende statt Dividende«?

**Jürgen:** Wir als ÖGJ sehen im Bildungsbereich große Mängel vor allem im Schulsystem. Das fängt mit der Berufsorientie-

rung in der Pflichtschule an. Derzeit ist es so, dass viele Jugendliche Lehrberufe beginnen, ohne zu wissen, was sie dort machen und welche Zukunftschancen sie haben. Die gerne von der Wirtschaft beschworene »Karriere mit Lehre« ist ein Lotteriespiel.

**Es wird ja immer wieder kritisiert, dass Jugendliche immer wieder dieselben Lehrberufe anstreben: die Burschen Automechaniker, die Mädchen Friseurin.**

**Jürgen:** Genau darum geht es. Mit besserer Berufsorientierung würden sich z. B. mehr Mädchen in technische Berufe wagen. Diejenigen, die sich jetzt schon für solche Berufe entschieden haben, sind begeistert.

**Dass vielen Jugendlichen grundlegende Fähigkeiten für die meisten Berufe fehlen – also z. B. Schreiben, Rechnen –, wird von der Wirtschaft oft kritisiert.**

**Jürgen:** Das Problem gibt es – und das kann man nicht wegleugnen. Manche Jugendlichen haben nach Abschluss der Grundschule nicht die Basis für eine Berufsausbildung. Da gibt es Schwächen im Schulsystem. Wir sehen eine Lösungsmöglichkeit beim polytechnischen Lehrgang. Der wird nicht optimal genutzt und gehört dringend reformiert. Wir haben da Vorschläge und das ist ein wichtiges politisches Ziel der ÖGJ. Das ist auch ein Leitantrag beim Kongress. Wichtig ist uns auch, dass die Qualität der Berufsausbildung besser überprüft wird. Es gibt Bereiche mit Durchfallquoten über 60 Prozent. In der Öffentlichkeit heißt es dann wieder, die Jugend von heute ist dumm. 60 Prozent Deppen in einem Bereich? Da muss doch auch etwas bei der Berufsausbildung nicht passen.

Auch bei groben Ausbildungsmängeln wird die Lehrberechtigung nur selten entzogen. Wir kennen da jede Menge schauriger Geschichten. Da wurden Bäckerlehrlinge in der Mehlmühle versteckt, als um drei Uhr früh das Arbeitsinspektorat kam. Oder im Gastgewerbe, wo junge Mädchen nach dem Gute-Nacht-Bussi durch den Ausbilder ins Personalzimmer eingesperrt wurden.

**Barbara:** Auch im Bereich der Universitäten schaut es nicht gerade rosig aus. Ab

Herbst gibt es in allen Studienrichtungen sogenannte »Eingangsphasen«. Wer die nicht absolviert, darf nicht weiterstudieren, weil dann angeblich für dieses Studium nicht geeignet. Ich frage mich aber schon, wozu sich dann jedes Jahr Tausende der Maturaprüfung unterziehen, die ja die Hochschulreife eigentlich feststellen soll? Durch eine weitere »Abschreckungsprüfung« kann man das viel zu geringe Budget der Universitäten auch nicht ausgleichen. Das kann man drehen und wenden so viel man will, es muss einfach mehr Geld für den Bildungsbereich geben!

#### Wie wollt ihr eure Ziele umsetzen?

**Florian:** Ich glaube, das Wichtigste ist Vernetzung – im Internet wie im wirklichen Leben. Wir haben uns in den letzten beiden Jahren vermehrt PartnerInnen aus der Wissenschaft gesucht haben, z. B. in Sachen Berufsausbildungsreform haben wir mit dem Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) zusammengearbeitet, und wir arbeiten auch immer wieder mit dem österreichischen Institut für Jugendforschung. Das unterstützt uns beim politischen Lobbying und das ist sehr wichtig für uns. Ohne Lobbying geht es nämlich heute nicht mehr. Nur so können wir unsere Forderungen umsetzen.

Dass wir mit diesen Forderungen richtig liegen beweist die Tatsache, dass allein 13 Seiten im Regierungsprogramm unsere Forderungen widerspiegeln: Freifahrt, Internatskostenübernahme Berufsmatura, aktives und passives Wahlrecht für JugendvertrauensrätInnen, Reformierung der Grundschule etc. Jetzt liegt der Ball bei der Regierung, aber wir werden hartnäckig bleiben. Es geht ja schließlich um unsere Zukunft.

#### Wir danken für das Gespräch.

**Katharina Klee**  
 für Arbeit&Wirtschaft

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Mehr Grips als die »Alten«

*Das AK-»Jugendparlament« in der Ersten Republik setzte sich bereits 1924 für die Rechte junger ArbeitnehmerInnen ein.*

In der »Erwachsenen-Politik« hatten die DemokratiegegnerInnen immer mehr das Sagen und der rechtsextreme Terror nahm zu. Die demokratischen Kräfte scheuten sich, mit gleicher Münze zurückzuschlagen. Gemeinsames Handeln der wichtigsten Parteien im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise, die nach 1930 ihren Höhepunkt erreichte, war nicht mehr möglich. Nur die demokratischen Jugendorganisationen aus Gewerkschaften und Parteien gingen gemeinsam gegen die soziale Not an, bis sie 1934 aufgelöst wurden. Ihre wichtigsten VertreterInnen trafen sich ab 1924 regelmäßig im Jugendbeirat der Arbeiterkammer in Wien, um Gesetze zu begutachten, vor allem aber konkrete Hilfe für ihre AltersgenossInnen zu planen, durchzusetzen und zu organisieren. Der Beirat erhielt schon bald den Ehrennamen »Jugendparlament«. Er hatte auch die Idee zu dem Projekt »Jugend am Werk« – mit Langfristwirkung. In der Zweiten Republik gaben und geben die Lehrwerkstätten von »Jugend am Werk« jenen Jugendlichen noch immer eine Chance, die sonst keine hätten.

Die Jugendorganisationen wurden zunächst von der AK kontaktiert, weil sie am Ausarbeiten der Stellungnahme zu den »Lehrlingsgesetzen« mitwirken sollten. Es ging vor allem um die Einführung der Lehrlingsentschädigung und der Behaltspflicht für die Ausgelernten, aber auch um Urlaub und Arbeitslosenversicherung. Aus den vielen Gruppierungen, die sich zunächst beteiligten, kristallisierte sich schließlich ein »harter Kern« von sechs Organisationen heraus, deren VertreterInnen den Jugendbeirat der AK in Wien bildeten: Die Lehrlingssektion des Bundes der



**Eine der Arbeitsgemeinschaften »Jugend am Werk« 1933: Arbeitslose junge Schuster im Einsatz für die arbeitslosen KollegInnen.**

Freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften, die Hauptstelle der christlichen Gewerkschaftsjugend, der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der Reichsbund der katholischen deutschen Jugend, der Reichsverband der katholischen Mädchenvereine und die Mädchenvereinigung der SAJ. Führend dabei: zwei spätere SozialministerInnen, nämlich Anton Proksch von den Freien Gewerkschaften (Minister 1956 bis 1966) und Grete Daurer, dann Rehor von der Christlichen Gewerkschaften (Ministerin 1966 bis 1970). Als sich 1930 das Ausmaß der Wirtschaftskrise zeigte, machte der Beirat so lange Druck, bis zumindest in Wien die Aktion »Jugend in Not« aktiv wurde. Ende des Jahres führte sie bereits 44 Heimstätten für arbeitslose Jugendliche. Sie

konnten dort essen, sich aufwärmen, lernen und auch zusammen Spaß haben. Besonders wichtig war die Berufsvorschulung für die immer größere Zahl der jüngsten Arbeitslosen, der 14- bis 15-Jährigen.

Für die Älteren organisierte der Beirat die Arbeitsgemeinschaften »Jugend am Werk«, die für sich und die anderen »Jugend in Not«-Einrichtungen arbeiteten – vom Ausbessern der Kleidung bis zum Kochen. Es wurde aber nicht für den Markt produziert, um niemandem anderen die Chance auf einen Job zu nehmen.

Ausgewählt und kommentiert von  
Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Keine Herrenjahre

*Das Österreichische Institut für Jugendforschung hat die »Erwartungen und Erfahrungen von Jugendlichen zur beruflichen Ausbildung« erhoben.*

Autor: Florian Kräftner

ÖGB-Press- und Öffentlichkeitsarbeit

**D**er »Lehrbua«, der um die Wurstsemmel geschickt wird, das »Lehrmadl«, das mehr Zeit mit Putzen verbringt als mit Lernen – gängige Klischees oder bittere Wahrheit? Die österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) wollte genauer wissen, wie es den Jugendlichen in ihren Lehrstellen geht. In ihrem Auftrag hat das Österreichische Institut für Jugendforschung (OIJ) die »Erwartungen und Erfahrungen von Jugendlichen zur beruflichen Ausbildung« erhoben.

Per Fragebogen wurden dafür im Herbst vergangenen Jahres 327 Lehrlinge befragt, ergänzt durch 15 qualitative Interviews im Februar 2009. Die erhobenen Daten wurden mit bisherigen Erkenntnissen verknüpft und analysiert.

Um mit dem Positiven zu beginnen: 79,1 Prozent der Lehrlinge gaben an, dass ihre derzeitige Ausbildung auch ihrem Berufswunsch entspricht. Was allerdings auch heißt: 20,9 Prozent werden nicht in dem Beruf ausgebildet, den sie sich wünschen, die meisten, weil sie in diesem Beruf keine Lehrstelle finden konnten.

Das ist dramatisch, weil das Interesse am »Nicht-Wunschberuf« während der Ausbildung nicht größer wird: Es »lässt sich schließen, dass die Jugendlichen ihre Interessen im Vorfeld sehr genau zu kennen scheinen, und der Eintritt in eine im Vorfeld nicht favorisierte Profession nur selten Interesse weckt. Das heißt, eine um-

fassende Berufsinformation, die es den Jugendlichen ermöglicht einen Beruf bzw. eine Ausbildung entsprechend ihrer Interessen zu wählen, würde die Zufriedenheit mit der Ausbildungssituation erhöhen«, erklärt Studienautorin Natalia Wächter.

## Frust im Handel?

Die mangelnde Zufriedenheit mit der Ausbildung ist deutlich erkennbar: Nur 76,7 Prozent der Lehrlinge würde noch mal denselben Beruf erlernen. Davon würden allerdings 17,4 Prozent nicht mehr im selben Betrieb arbeiten wollen. Es fällt auf, dass Lehrlinge im Handel am wenigsten mit ihrem Beruf zufrieden sind: 37,6 Prozent würden dort ihren Beruf nicht noch einmal erlernen wollen. Entsprechend unzufriedener sind weibliche Lehrlinge – weil sie vermehrt im Handel tätig sind.

Demgegenüber geben nur 12,1 Prozent jener, die in der männlich dominierten Industrie tätig sind, und 20 Prozent jener, die im Gewerbe ausgebildet werden, an, dass sie ihren Beruf nicht mehr erlernen möchten. Lehrlinge aus Landwirtschaft und öffentlicher Verwaltung waren in der Stichprobe kaum vertreten, deshalb kann keine sinnvolle Aussage über ihre Zufriedenheit gemacht werden.

Belastet fühlen sich die Lehrlinge vor allem durch Stress, Unterforderung, körperliche Belastung, ungerechte Behandlung und Überstunden. 38,2 Prozent geben an, Überstunden zu machen, auch knapp 30 Prozent der 15- bis 17-jährigen Lehrlinge. »Hier wird es wirklich bedenklich, denn laut Kinder- und Jugendbe-

## WEBLINKS

Österreichisches Institut  
für Jugendforschung  
[www.oiej.at](http://www.oiej.at)

schäftigungsgesetz dürfen Lehrlinge unter 18 Jahren gar keine Überstunden machen«, kritisiert ÖGJ-Bundessekretär Florian Zuckerstätter.

Lehrlinge in Klein- und Kleinstbetrieben fühlen sich verstärkt durch Mehrarbeit belastet. In Groß- und Mittelbetrieben ist die Belastung wesentlich geringer, dort sagen 68,2 bzw. 57,9 Prozent, dass sie gar nicht von Mehrarbeit belastet seien. In Klein- und Kleinstbetrieben fühlen sich gerade einmal 17,9 bzw. 29,2 Prozent so unbeschwert.

## Stress und körperliche Belastung?

Die Betriebsgröße hat auch einen wesentlichen Einfluss auf die Stressbelastung: So geben nur 10,2 Prozent der Beschäftigten in Kleinstbetrieben an, sich »gar nicht« durch Stress belastet zu fühlen, während 36 Prozent der Lehrlinge, die in Großbetrieben arbeiten, diese Bewertung abgeben.

Ähnliches gilt für die körperliche Belastung: Während 34,3 Prozent der in Großbetrieben arbeitenden Lehrlinge angibt, gar nicht durch körperlich anstrengende Tätigkeiten belastet zu sein, sagen das lediglich 12,5 Prozent der Lehrlinge, die in Kleinstbetrieben beschäftigt sind und gar nur 5,3 Prozent jener, die in Kleinstbetrieben arbeiten.



Ein schwacher Zusammenhang lässt sich zwischen der Zufriedenheit mit der Ausbildung und dem Geschlecht erkennen. Im Allgemeinen scheinen bei den Mädchen die Erwartungen an die Ausbildung weniger entsprochen zu haben als bei den Burschen.

Um zum eingangs erwähnten Problem des Würstchenholens und Putzens zurückzukommen: Von den 23,3 Prozent, die nicht mehr denselben Beruf ergreifen würden, gaben 19 Prozent »zu viele ausbildungsfremde Tätigkeiten« als Grund an. Schwerwiegender sind da aber »ich hatte andere Vorstellungen vom Beruf« (34 Prozent), »meine Interessen haben sich geändert« (22 Prozent) und »schlechtes Arbeitsklima« (19 Prozent). Nur elf Prozent schieben die Schuld auf den/die AusbilderIn.

### Mädchen unzufriedener?

Ein schwacher Zusammenhang lässt sich zwischen der Zufriedenheit mit der Ausbildung und dem Geschlecht erkennen. Im Allgemeinen scheinen bei den Mädchen die Erwartungen an die Ausbildung weniger entsprochen zu haben als bei den Burschen. So geben 17,1 Prozent der weiblichen Lehrlinge an, dass die Ausbildung nicht ihren Erwartungen entspricht – gegenüber nur 10,1 Prozent der männlichen Lehrlinge.

Besonders wichtig im Beruf sind den befragten Jugendlichen freundliche ArbeitskollegInnen (88,2 Prozent). Dicht dahinter folgen ein sicherer Arbeitsplatz (83 Prozent) und gute Bezahlung (80,6 Prozent). Das Verhältnis zu den KollegInnen schätzt fast die Hälfte als »sehr solidarisch« ein. Fast die Hälfte (47,5 Prozent) bewerten das Verhältnis zu den KollegInnen mit eins, weitere 29,6 Prozent mit zwei und 15,7 Prozent mit drei. Lediglich 6,3 Prozent geben eine Bewertung von vier bis sechs ab, welche auf ein eher konkurrierendes Verhältnis schließen lässt.

Zwischen Geschlecht und Arbeitsklima besteht kein Zusammenhang, dafür scheint aber die Branche entscheidend: So scheint im Handel und im Gewerbe ein stärkeres Konkurrenz-Verhältnis zu herrschen als in der Industriebranche. Außerdem scheint das konkurrierende Verhältnis im letzten Lehrjahr zuzunehmen. Während 11,9 Prozent der Lehrlinge im letzten Lehrjahr das Verhältnis zu ihren KollegInnen als eher konkurrierend einstufen (Ausprägungen 4 bis 6), geben dies nur 3,7 Prozent der Lehrlinge im ersten Lehrjahr an. 54,7 Prozent der Lehrlinge im ersten Lehrjahr bewerten ihr Verhältnis mit den ArbeitskollegInnen mit »eins«, während diese Bewertung nur 37,3 Prozent der Lehrlinge im letzten Lehrjahr abgeben.

Das Verhältnis zu den AusbilderInnen ist etwas schlechter als das zwischen den Lehrlingen untereinander: Nur noch 39 Prozent bewerten hier mit »eins«, 33,4 Prozent mit »zwei« und 13,4 Prozent stufen das Verhältnis zu ihren AusbilderInnen als »mittelmäßig bis sehr schlecht« ein. 12,8 Prozent der Lehrlinge fühlen sich im Betrieb »vorwiegend«, »eher« oder »sehr missachtet«. Der Mittelwert der Bewertungen liegt bei 1,2 und zeigt, dass mit 71,3 Prozent die meisten der Befragten Einstufungen von »sehr respektiert« und »vorwiegend respektiert« abgegeben haben.

### Vom Leben lernen?

Echtes Leben – Schule: kein Vergleich. Die Lehrlinge sind sich einig, dass man die wichtigen Dinge eher im Betrieb lernt als in der Berufsschule. Die Befragten konnten eine Bewertung innerhalb von

fünf Ausprägungen von eins (ausreichend Nützlich) bis fünf (zu wenig Nützlich) abgeben. 41,3 Prozent der Lehrlinge bewerten die Frage, ob sie im Betrieb ausreichend Nützlich für den Beruf lernen mit der Schulnote »eins«, während 30,2 Prozent diese Bewertung für die Berufsschule abgeben.

### Und nach dem Lehrabschluss?

Für die künftige Berufsausübung fehlen den befragten Jugendlichen in den meisten Fällen Fremdsprachenkenntnisse, fachliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen. Allgemeine Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermissen die Lehrlinge am wenigsten.

Überraschend viele Lehrlinge, nämlich 41,6 Prozent, wissen nicht, ob sie nach der Lehre im selben Betrieb weiterarbeiten können oder nicht. 48,3 Prozent der Lehrlinge geben an, im selben Betrieb weiterarbeiten zu können und 10,2 Prozent geben an, dass dies nicht möglich sei. Dementsprechend ist bei den Lehrlingen ein gewisses »Unsicherheitsgefühl« bezüglich der weiteren Berufspraxis erkennbar. Die Mädchen haben im Vergleich zu den Burschen mehr Angst, nach der Lehre keinen Arbeitsplatz zu bekommen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[florian.kraeftner@oegb.at](mailto:florian.kraeftner@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Motive der Berufswahl

*Aus welchem Elternhaus sie kommen, spielt bei der Berufsentscheidung junger Menschen eine nicht unbedeutende Rolle.*

Autor: Dr. Konrad Hofer

Institut für qualitative Arbeits- und Lebensweltforschung (IQUAL)

In der aktuellen qualitativen Studie über Motive junger Menschen bei der Berufswahl werden vor allem drei Forschungsfragen beantwortet:

1. Welche Berufsziele streben Jugendliche an?
2. Welche Motive stecken hinter den Berufszielen?
3. Wer oder was beeinflusst die Berufswahl?

Um gültige Ergebnisse zu erzielen, habe ich im Rahmen des von der AK österreichweit angebotenen »Bewerbungstrainings« mit über 400 SchülerInnen, vorwiegend aus der 8. und 11. Schulstufe, mit Lehrkräften und Eltern offene Gespräche zu diesen drei Fragen geführt.

## Berufsziele Jugendlicher

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass zwei Drittel aller Mädchen in vier Lehrberufen konzentriert sind: Einzelhandelskauffrau (25 Prozent), Friseurin und Bürokauffrau (zusammen 25 Prozent) und immerhin noch 16 Prozent lernen einen Beruf im Hotel- und Gastgewerbe.

Bei den Burschen ist die berufliche Streuung viel größer. Nur ein Viertel aller männlichen Lehrlinge findet sich im Kfz-Technikbereich, in der Elektroinstallateionstechnik oder sie lernen Einzelhandelskaufmann bzw. Koch. Aufgrund des Zahlenmaterials wäre zu erwarten, dass Ju-

gendliche, die nach ihren Berufswünschen gefragt werden, überwiegend die gängigsten Berufe als Ziel angeben. Die Aussagen der Jugendlichen über ihre berufliche Zukunft sind jedoch, das zeigen die Ergebnisse der Studie deutlich, sehr viel breiter gestreut als die Statistik uns das glauben machen will. Folgende These lässt sich formulieren: Je jünger die Befragten, desto fantastischer ihre Berufswünsche. Erst mit zunehmendem Alter gewinnt das Machbare gegenüber dem Wünschenswerten die Oberhand.

Die Berufswünsche der 14-Jährigen setzen überwiegend den Abschluss einer Matura voraus. So streben in Wien rund zwei Drittel aller HauptschülerInnen eine weiterführende Schule mit Ziel Matura an. Im ländlichen Bereich wollen gleich drei Viertel aller PflichtschülerInnen ihre Schulbildung mit Matura abschließen.

Ein besonders wichtiges Motiv für eine bestimmte Berufswahl ist damit verbundene persönliche Anerkennung. Keine der SchülerInnen nannte das Berufsziel Hilfskraft, LagerarbeiterIn, Reinigungskraft, PaketzustellerIn, TaxifahrerIn, RegalbetreuerIn, Arbeit im Callcenter etc.

Je höher die Ausbildung, so das Kalkül, desto eher wird es gelingen, beruflich erfolgreich zu sein. Eine möglichst erfolgreiche berufliche Tätigkeit wird als Voraussetzung gesehen, um die allgemeinen bürgerlichen Lebensziele wie Partnerschaft, eigenes Haus bzw. eigene Wohnung, Familiengründung erreichen zu können. Diese Ziele wollen die Jugendlichen über eine möglichst anständig bezahlte Arbeit erreichen. Nicht nur persönliche Fähigkeiten und Flexibilität sind

für eine Berufswahl maßgebend, sondern ganz besonders äußere Faktoren, wie zum Beispiel Ausbildungsangebote und die soziale Herkunft. Es gibt eine enge Verbindung zwischen Berufswahl und familiärem Hintergrund. 75 Prozent aller Jobs werden über bestehende soziale Netze vermittelt und zum großen Teil deswegen ausgewählt.

Die Kernaussage dieser Studie lautet: Das Eingebettetsein in jeweils unterschiedlich starke soziale Netze muss schlechthin als der entscheidende Einfluss auf die jeweilige Berufswahl und für die anschließende Berufskarriere bezeichnet werden.

Die Auswirkungen des sozialen Hintergrundes auf die Berufswahl lassen sich empirisch anhand folgender Punkte nachweisen:

## Berufliche Vorkenntnisse

Praktikumsstellen zu finden, gelingt den meisten SchülerInnen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft recht gut. Wenn die Elternkontakte nicht ausreichen, unterstützen sie die Lehrkräfte bei der Suche nach Praktikumsplätzen.

Aber bereits bei den Ferienjobs geht die soziale Schere auseinander. SchülerInnen aus Familien niedriger sozialer Schichten finden, falls überhaupt, Ferienjobs in Lagern, auf Baustellen, in Geschäften.

SchülerInnen aus Familien höherer sozialer Schichten haben im Bezug auf Ferienjobs kaum Probleme. Sie nutzen die Ferien entweder für Auslandsaufenthalte oder arbeiten in Büros, Banken, Anwalts- und Steuerberatungskanzleien, Behör-

Ein besonders wichtiges Motiv für eine bestimmte Berufswahl ist damit verbundene persönliche Anerkennung. Keiner/keine der SchülerInnen nannte das Berufsziel Hilfskraft, LagerarbeiterIn, Reinigungskraft, PaketzustellerIn, TaxifahrerIn, RegalbetreuerIn, Arbeit im Callcenter etc.



den, Interessenvertretungen, Investmentfonds etc.

### Konkretisierungsgrad

Die Berufswahl von SchülerInnen ist umso klarer, je besser einzelne SchülerInnen in ein starkes soziales Netz eingebunden sind. In Schulen, die zum großen Teil von SchülerInnen besucht werden, deren Eltern zum Großteil höhere soziale Positionen einnehmen, überwiegen Aussagen zu ganz konkreten beruflichen Zielen. Die SchülerInnen sagen zum Beispiel klipp und klar: »Nach dem Zivildienst studiere ich Wirtschaft, Medizin, Biochemie etc.«

SchülerInnen, deren Eltern eher niedrige soziale Positionen einnehmen, reagieren meist unsicher, sie sagen: »Was ich nach der Matura machen werde, weiß ich noch nicht.« Falls in dieser Gruppe ein konkreter Berufswunsch geäußert wird, gibt es fast immer einen Plan B: »Nach der Matura werde ich Stewardess, wenn ich das nicht schaffe, studiere ich Sprachen.«

Alle Eltern, aus welchen sozialen Schichten sie auch kommen mögen, sind grundsätzlich an einer möglichst erfolgreichen Schulkarriere ihrer Kinder interessiert. Eltern aus niedrigeren sozialen Schichten sagen überwiegend: »Die Kinder sollen es einmal besser haben als wir. Die Kinder haben unsere volle Unterstützung, aber lernen müssen sie selbst.«

In dieser typischen Aussage liegt der entscheidende Unterschied zu Eltern aus »gutem Haus«. Zwar gibt es auch unter den sozial benachteiligten Haushalten immer mehr Eltern, die für ihre Kinder Nachhilfestunden organisieren, sie in Pri-

vatschulen schicken und Schulgeld bezahlen, aber darüber hinaus können sie kaum Hilfestellungen anbieten. Eltern mit hohem Einkommen haben mehr Möglichkeiten. Sie schicken zum Beispiel ihre Kinder ins Ausland, um auf diese Weise Sprachprobleme zu beheben, sie leisten sich kostspieligere und meist auch erfolgreichere Nachhilfen, sie treten in den Schulen bei Elternsprechtagen selbstbewusster auf und fördern so indirekt das schulische Fortkommen ihrer oft nicht minder selbstbewussten Sprösslinge.

### Persönliches Auftreten

SchülerInnen aus bürgerlichen Haushalten übernehmen weitgehend die Kommunikationskultur ihrer Eltern, sie drücken sich oft gewählter aus als KollegInnen aus niedrigeren sozialen Schichten. Letztere haben oft bereits bei Vorstellungsgesprächen die schlechteren Karten, weil sie es nicht verstehen, sich »gut zu verkaufen«. Pierre Bourdieu spricht in diesem Zusammenhang vom »**inkorporierten** Kapital«. Das bezieht sich auf die klassenspezifische Sprache und die damit verbundenen Umgangsformen. Je weiter entfernt das »inkorporierte Kapital« vom allgemein anerkannten Verhaltenskodex liegt, desto niedriger werden TrägerInnen dieses »Kapitals« bewertet.

Die Berufswahl ist in der Regel ein sich ständig verändernder Prozess. Um beruflichen Erfolg zu haben, ist eine starke soziale Vernetzung äußerst günstig. Ohne Einbettung in ein gut funktionierendes Netz wird es schwierig, ein gewünschtes Berufsziel zu erreichen. Mit einer guten Ausbildung und besonderen

### WEBLINKS

Institut für qualitative Arbeits- und Lebensforschung  
[equal.rokell.com](http://equal.rokell.com)

persönlichen Fähigkeiten kann das fehlende soziale Netz jedoch weitgehend kompensiert werden.

Die Berufswahl folgt bestimmten Mustern, sie wird primär vom familiären Umfeld beeinflusst. Wenn jedoch Eltern niedrig bewertete Berufspositionen einnehmen, fehlt die Vorbildwirkung und ihre Kinder sind in hohem Maße auf eigene oft fantastisch anmutende Berufsziele angewiesen. SchülerInnen aus niedrigeren sozialen Schichten müssen oft früher als ihnen lieb ist erkennen, dass sie ihre Berufsziele nicht erreichen können, weil das gegenwärtige Schulsystem zu wenig auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Den SchülerInnen aus sozial benachteiligten Haushalten fällt besonders das ausgeprägte Halbtagschulsystem auf den Kopf, da viele Erziehungsberechtigte im Gegensatz zu Eltern aus »gutem Haus« bei der Betreuung der Hausübungen überfordert sind.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[konrad\\_hofer@utanet.at](mailto:konrad_hofer@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Neue Berufsbilder

*Immer wieder werden neue Berufsausbildungen angeregt. Ob ein »neuer Beruf« zustande kommt und ein Erfolg wird hängt von vielen Dingen ab.*

Autor: Thomas Varkonyi

Freier Journalist

**B**raucht man neue Berufe? Nicht immer, aber scheinbar immer wieder. Die 19-jährige Desiree Czrernik hat sich für den neuen Beruf der Lebensmitteltechnikerin entschieden, weil sie sich im Internet informiert hat, und der Beruf neu und interessant klang. Nach einem Vorstellungsgespräch bei der Firma Felix Austria, hat sie die Lehre dort begonnen: »Ich habe am Anfang überhaupt keine Vorstellung davon gehabt, wie es in einer Fabrik zugeht, aber es ist sehr abwechslungsreich durch die vielen Bereiche, in denen man eingesetzt wird. Am interessantesten ist für mich das Labor, da werden Analysen gemacht. Da hat man Verantwortung, und wenn z. B. der PH-Wert nicht passt gibts Stress.«

Ob ein neuer Beruf entsteht, hängt in erster Linie davon ab, ob eine Interessenvertretung oder ein Industriezweig einen Bedarf daran erkennt. Daraufhin setzen sich diverse Gremien der Sozialpartner zusammen und verhandeln die Vor- und Nachteile. Dabei konzentrieren sich die Gewerkschaften eher auf eine möglichst umfassende Ausbildung, die eine breite

Basis für den Beruf und die Erlangung der dazugehörigen Fertigkeiten gewährleistet, während die Wirtschaft primär nachfrageorientiert ist. Branchenspezifisch gibt es da durchaus erhebliche Unterschiede, sowohl in der Wahrnehmung des Problems als auch in der Zusammenarbeit zur Lösung desselben.

Zum Beispiel gibt es momentan vonseiten der Wirtschaftskammer die Überlegung, Berufe wie RezeptionistIn, EtagenkellnerIn und Koch/Köchin in sogenannten Ethnobetrieben, wie Pizzeria, China-Restaurant und ähnlichen, anzubieten. Problematisch ist das, da die klassische Ausbildung zu Restaurantfachleuten bzw. Koch/Köchin durch ihre fachliche Breite dazu befähigt, in Ethnobetrieben zu arbeiten, hingegen die Tätigkeit in einem Ethnobetrieb so eng gefasst ist, dass nach einer Ausbildung beinahe ausschließlich in solchen Lokalen gearbeitet werden kann. Dies stellt eine unvorteilhafte Einengung der gesamten beruflichen Möglichkeiten und einen Wettbewerbsnachteil dar, wie Robert Maggale von der Gewerkschaft vida ausführt: »Wir sind stolz darauf, dass unsere Gastronomiefachleute auf der ganzen Welt arbeiten können, so gut ist unsere Ausbildung, wie auch die Wirtschaftsseite bestätigt. Das soll auch so bleiben. Eine Einbahnstraßenausbildung, die sich einseitig spezialisiert, kann keine Lösung sein. Zuerst muss eine gute Basis gelegt werden, dann erst kann eine Spezialisierung stattfinden.«

## Vielfalt statt Einengung

Obwohl es allgemein notwendig erscheint, das Berufswahlverhalten der Mädchen zu



ändern und ihnen zu vermitteln, dass sie auch für technische und handwerkliche Berufe geeignet sind, und gleichzeitig Vorbehalte bei Unternehmen, Eltern und LehrerInnen abgebaut werden müssen, scheint die Situation im Gastgewerbe nicht dramatisch. »Wir haben in der Branche einen Frauenanteil von über 60 Prozent, mit einem leichten Überhang im Servicebereich, aber das ist alles, im Vergleich zu anderen Branchen, kaum ein Problem«, sagt Maggale. Viel mehr Sorgen bereitet ihm die Einengung der Berufsausbildung

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[www.dielebensmittel.at](http://www.dielebensmittel.at)



in den möglichen neuen Berufen. »Was unterscheidet einen Etagenkellner von einem normalen Kellner? Nichts außer, dass er nur auf einer Etage arbeitet. Es ist nicht schlüssig, warum man das will. Es gibt weniger Hotels als andere Betriebe, und was kann man mit der Ausbildung sonst noch anfangen? Es ist eine berufliche Sackgasse.« Das Bestreben, diese Berufe trotzdem einzuführen, qualifiziert er als den Versuch, die Lohnkosten zu senken.

### AllrounderInnen gefragt

Ganz anders ist die Situation bei den LebensmitteltechnikerInnen. Diesen neuen Beruf gibt es seit einem Jahr, und man kann bereits von einem vollen Erfolg sprechen. Die SozialpartnerInnen – der Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) – waren an der Etablierung dieses neuen Lehrberufes wesentlich beteiligt. Vorrangiges Ziel war die Qualifizierung von MitarbeiterInnen in der Lebensmittelbranche unter Berücksichtigung der veränderten Arbeitsanforderungen in der Branche. »Die Anforderungen in der Lebensmittelbranche haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert, und es braucht heute wahre AllrounderInnen in der Lebensmittelindustrie«, sagt GMTN-Experte Gerhard Riess. »Mit dem neuen Lehrberuf LebensmitteltechnikerIn haben wir auf die Bedürfnisse der Branche und des Arbeitsmarktes nach einer qualifizierten Ausbildung mit zukunftssträchtigen Berufsaussichten reagiert.«

### Gegessen wird immer

Der neue Lehrberuf bietet eine fundierte und moderne Ausbildung mit besten Chancen auf einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz. Die alarmierenden Zahlen steigender Jugendarbeitslosigkeit verdeutlichen, wie wichtig eine vielschichtige Ausbildung in einer sicheren Branche wie jener der Lebensmittelindustrie ist. »Gegessen wird auch in der Wirtschaftskrise«, meint Riess. Aber nur wer gut ausgebildet ist, hat auch in Zeiten schlechter Konjunktur gute Zukunftsperspektiven. Natürlich sind Unternehmen bestrebt, sich qualifizierte FacharbeiterInnen zu sichern und damit auch in ihre Zukunft zu

investieren. In der dreieinhalbjährigen Ausbildung lernen die angehenden LebensmitteltechnikerInnen den gesamten Prozess von der Produktion über die Verpackung bis hin zur Planung und dem Entwickeln neuer Be- und Verarbeitungsmethoden unterschiedlicher Lebensmittel. Die bestehenden Lehrberufe können das breite Spektrum an lebensmitteltechnischen Kenntnissen und die steigenden Anforderungen in der arbeitsteiligen Produktion von Lebensmittel nicht mehr zur Gänze abdecken. »Die Zuckerbäckerausbildung bei Manner stellt weder den Betrieb, noch die Lehrlinge wirklich zufrieden. Es soll nun den veränderten Gegebenheiten Rechnung getragen werden.«

### Internatskosten abgegolten

Darüber hinaus wird durch das neue Berufsbild eine Lücke für jene Branchen geschlossen, die keine spezifischen Ausbildungen/Lehrberufe haben, wie beispielsweise die Gewürz-, Kaffeemittel-, Speiseöl-, Fett- und Stärkeindustrie.

Es ist auch gelungen, Betriebe zur Aufnahme von Lehrlingen zu bewegen, die noch nie zuvor Lehrlinge aufgenommen haben. Natürlich ist das auch eine nicht zu unterschätzende Leistung, die Imagegewinn mit sozialer Verantwortung paart. Attraktiv ist auch, dass die Internatskosten, die im einzigen Berufsschulenstandort Wels anfallen, zur Gänze abgegolten werden. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, dass keine Konkurrenzsituation zu traditionellen Berufsbildern wie z. B. Brau- und Getränketechnik entsteht.

Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, den neuen Lehrberuf auch für Mädchen attraktiv zu machen. Deshalb wurde darauf geachtet, dass es eine ausgewogene Gestaltung der Lerninhalte zwischen technischen Elementen und jenen für die Lebensmittelproduktion typischen Fächern wie Warenkunde, Verarbeitungstechniken und Qualitätssicherung gibt.

»Wenns gut läuft, ist es lustig, die Kollegen sind voll in Ordnung. Manchmal muss man sich ziemlich anstrengen, aber da muss man durch, das ist in jeder Arbeit so. Ich würde die Lehre auf jeden Fall weiterempfehlen«, meint Desiree Czernik. »31 Burschen und Mädchen werden zurzeit zu LebensmitteltechnikerInnen aus-

## INFO & NEWS

### Was lernen LebensmitteltechnikerInnen?

- Lebensmittelverarbeitung und -herstellung
- Beurteilen, Auswählen, Vorbereiten, Aufbereiten und Lagern von Roh-, Zusatz- und Hilfsstoffen
- Verpackung und Abfüllung von Lebensmittel
- Bedienen und Überwachen von Geräten, Apparaten und Produktionsanlagen
- Überwachen und Sicherstellen der Produktqualität
- Warten von Geräten, Maschinen und Anlagen
- Erfassen und Dokumentieren von technischen Daten über den Arbeitsablauf und die Arbeitsergebnisse
- Anwenden der Hygienestandards
- Ausführen von Arbeiten unter Berücksichtigung der einschlägigen Sicherheits-, Hygiene- und lebensmitteltechnischen Vorschriften und Umweltstandards.

### Einkommen:

Schon während der Ausbildung im 1. Lehrjahr, je nach KV, € 540,- pro Monat.

Nach abgeschlossener Ausbildung ca. € 2.000,- und mehr pro Monat.

gebildet. Für 2009 erwarten wir mehr als doppelt so viele Lehrlinge«, sagt Riess. Um möglichst viele Menschen zu informieren, wurde eine zweigeteilte Kampagne gestartet, deren zweiter Teil im Herbst beginnt und dafür sorgen soll, dass dieses Ziel erreicht wird und LebensmitteltechnikerIn ein Beruf mit Tradition wird.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[dinomail@gmx.at](mailto:dinomail@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Berufsbildung neu

*Die berufliche Bildung in Österreich hat starken Reform- und Innovationsbedarf, diagnostiziert ÖIBF-Experte Peter Schlögl.*

*Autor: Peter Schlögl*

*Geschäftsführender Institutsleiter  
des Österreichischen Instituts  
für Berufsbildungsforschung*

**D**ie berufliche Bildung stellt ein wichtiges Verbindungs- und Übergangselement des Bildungssystems mit dem Beschäftigungssystem dar. In Österreich umso mehr, als ein im internationalen Vergleich hoher Anteil an jungen Menschen (über 80 Prozent) im Anschluss an die Schulpflicht in berufliche Bildungsprogramme wechselt. Österreichs Berufsbildung zeichnet sich weiters durch zwei annähernd gleich stark ausgebaute berufsbildende Zweige aus. Neben der dualen Ausbildung (in Betrieb und Berufsschule) gibt es noch zwei vollschulische Berufsbildungswege, von denen einer auch zu einer Reifeprüfung mit allgemeinem Hochschulzugang führt.

## Historische Wurzeln

Die Rahmenbedingungen der Berufsbildung folgen – ähnlich wie in Deutschland und der Schweiz – vielfach historischen Wurzeln, die sich hinsichtlich der Lehre bis ins Mittelalter zum zünftischen Ausbildungsmodell rückverfolgen lassen oder bei den Vollzeitschulen in die Zeit Maria Theresias. Diese lange Tradition wirft jedoch auch immer wieder die Frage auf, inwiefern die Strukturen und konkreten Angebote noch zeitgemäß sind, und wo Innovations- und Reformbedarf besteht.

Dieser Frage ist das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) gemeinsam mit der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) nachgegangen und hat ein Gutachten zur Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung in Österreich erarbeitet.

## Status quo

Dass eine Neugestaltung des Sektors erforderlich ist, und nicht einem unbegründeten Reformeifer entspringt, zeigen Befunde zum Bildungs- und Berufsbildungswesen. Als zentral sind hier zu erwähnen:

- Strukturelle Gründe innerhalb der Arbeitswelt, wie **Tertiärisierung**, Regionalisierung, Globalisierung, neue Produktions- und Fertigungsmethoden, Informations- und Kommunikationstechnologie u. v. m.
- Das Lehrstellenangebot zeigt sich in Österreich seit Mitte der 1990er-Jahre zum dritten Mal in der zweiten Republik sehr angespannt.
- Die Frage der Qualität von Berufsbildungssystemen und deren Anpassungsfähigkeit wird im europäischen Raum zunehmend wichtig.
- Nationale und internationale Studien zu Bildungschancen zeigen, dass der Bildungsstand und das Einkommen der österreichischen Eltern auf die gewählte Schullaufbahn und den Bildungserfolg der Kinder vergleichsweise hohen Einfluss haben.
- Im Zusammenhang mit lebenslangem Lernen wird zunehmend eine verbesserte Durchlässigkeit der Bildungssysteme thematisiert.

## WEBLINKS

Österreichische Referenzstelle für Qualität in der Berufsbildung bei der OeAD (Österreichische Austauschdienst)-GmbH:  
[www.arqua-vet.at](http://www.arqua-vet.at)  
[www.oeibf.at](http://www.oeibf.at)

Die identifizierten Reformbedarfe beginnen bereits in der Pflichtschulzeit und reichen bis hin zum Abschluss der beruflichen Bildungsprozesse.

## Besser vorbereiten

Auf Information und Erfahrungen basierende Entscheidungsprozesse sind die Voraussetzung für das Gelingen von treffsicheren Bildungs- und Berufentscheidungen in allen Lebensphasen und damit auch bei der beruflichen Erstentscheidung. Davon profitieren die Jugendlichen selbst, aber auch die Gesellschaft insgesamt, weil mögliche Neuorientierungen oder Abbrüche damit weniger wahrscheinlich sind.

Junge Menschen sollen beim Finden von Neigungen und Fähigkeiten unterstützt werden. Die diesbezüglich hohe Expertise, die bei den Pädagogen/-innen in den Polytechnischen Schulen besteht, wäre dem gesamten Pflichtschulwesen zugänglich zu machen. Dies würde bedeuten, dass eine umfassende Berufs- und Bildungswegorientierung in alle Bildungspfade der Pflichtschulzeit (Hauptschule, AHS-Unterstufe, **NMS**, Sonderschulen, ...) zu integrieren wäre. Fun-

dierte, realitätsnahe Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Arbeitswelt, von Berufen und über weiterführende Bildungswege sind eine grundsätzliche Voraussetzung dafür. Und zwar in den letzten Jahren vor Abschluss der Pflichtschule, nicht allein im ersten Semester des letzten Jahres.

Die entsprechende Anleitung und Begleitung muss jedenfalls unter konsequenter Berücksichtigung von **Diversity**- und Gender-Aspekten erfolgen, um weitere Segregationen im Bildungssystem zumindest nicht noch zu verstärken. Eine verstärkte Einbindung von externen ExpertInnen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die die Lehrkräfte in der Entwicklung und Begleitung der Entscheidungsfähigkeit junger Menschen unterstützen, soll hier wertvolle Unterstützung leisten, kann eine pädagogische Prozessbegleitung aber keinesfalls ersetzen.

### Übersichtlicher Bildungsplan

Die Bildungswahl und Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen realisiert sich in Österreich in einem hoch differenzierten Bildungssystem. Schon nach der Volksschule teilen sich die Bildungswege und führen im Anschluss an das Pflichtschulalter in ein sich fortwährend immer mehr ausdifferenzierendes Bildungswesen. Dazu kommen seit Mitte der 1990er-Jahre zunehmend Ausbildungsplatzengpässe und gleichzeitig der Ausbau von schulischen Ausbildungsangeboten sowie lehrstellenmarktstützenden und -ergänzenden Maßnahmen (Stichwort **JASG**).

Bildungspolitische Innovationen wie die integrative Berufsausbildung oder Lehre & Matura reichern mittlerweile die Landschaft der Bildungswege zusätzlich an. Auch die zunehmende Vielfalt an »Lernorten« der beruflichen Bildung wie Ausbildungsbetrieb einerseits, sowie Berufsschule, überbetriebliche Lehrwerkstätten und berufsqualifizierende Vollzeitschulen andererseits erfordern zukünftig übergeordnete Ausbildungsziele, die Transparenz für Jugendliche und ArbeitgeberInnen einerseits, und klare Anrechenbarkeiten bzw. erleichterte Durchlässigkeit andererseits ermöglichen.

Zeitgemäße Form eines solchen übergeordneten »Bildungsplans«, wie man es

bezeichnen könnte, wäre eine Darstellung der tatsächlich erworbenen Kompetenzen. In diesem Bildungsplan könnten beim Zusammenwirken mehrerer Lernorte auch eine klare und nachvollziehbare Darstellung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit in der Erreichung dieser Lernergebnisse geleistet werden. Auch könnten gegebenenfalls mitgebrachte Kompetenzen – etwa bei Lehr- oder SchulabbrecherInnen – in so einem übergeordneten Qualifikationsprofil Berücksichtigung finden, das insgesamt einerseits konkreten Bedarfen für qualifizierte Facharbeit entspricht, andererseits eine solide Basis für Weiterbildung und Höherqualifizierung (Berufsfreifprüfung, Fachhochschule u. a.) darstellt.

### Hohe Qualifikationen

Die Aus- und Weiterbildung von Pädagogen/-innen oder AusbilderInnen an einer Berufsschule oder Vollzeitschule sowie in Betrieb oder Lehrwerkstätte muss neueste erziehungswissenschaftliche und berufspädagogische Erkenntnisse, fundiertes Fachwissen sowie neueste methodisch-didaktische Erkenntnisse vermitteln.

Qualität und Qualifikation sind jedoch an allen Stellen des Qualifizierungssystems notwendig, also auch bei den angewendeten Kompetenzfeststellungsverfahren und den PrüferInnen. Dies sowohl im Sinne der lernenden jungen Menschen wie auch der Qualitätssicherung hochwertiger Lehr- und Berufsausbildung, die tatsächlich umfassende berufliche Handlungsfähigkeit zum Ziel hat.

Die Feststellung der entwickelten Kompetenzen am Ende der Ausbildung bedarf verlässlicher und aussagekräftiger Verfahren. Dazu haben sich in der Pädagogik und in der betrieblichen Praxis viele über einfache »Abprüfung« hinausgehende Ansätze entwickelt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl beim Zugang, bei der Begleitung von beruflichen Lernprozessen sowie beim Abschluss der Bildungsgänge Handlungsbedarf festgestellt werden kann, und damit eigentlich alle AkteurInnen der Berufsbildung in Praxis und Politik wesentlich angesprochen sind.

## BUCHTIPPS

### Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich

Bielefeld 2009,  
Broschüre, 1. Auflage  
2009, 506 Seiten, € 44,-  
ISBN 978-3-89204-998-2



### Bacher, Johann/Beham, Martina/Lachmayr, Norbert (Hrsg.): Geschlechterunterschiede in der Bildungswahl

Wiesbaden 2008,  
Broschüre, 208 Seiten,  
mit 36 Abb. u. 43 Tab.,  
€ 29,90  
ISBN: 978-3-531-16045-0



### Gutknecht-Gmeiner, Maria: Externe Evaluierung durch Peer Review Qualitätssicherung und -entwicklung in der beruflichen

Erstausbildung.  
Wiesbaden 2008,  
Broschüre, 351 Seiten,  
1. Aufl., € 39,90  
ISBN: 978-3-531-16233-1



### Münk, Hans Dieter/Weiß, Reinhold (Hrsg.): Qualität in der beruflichen Bildung

Forschungsergebnisse  
und Desiderata.  
Bielefeld 2009, Broschüre,  
195 Seiten, 1. Aufl.,  
€ 24,90  
ISBN: 978-3-7639-1111-0



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[peter.schloegl@oebf.at](mailto:peter.schloegl@oebf.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ausbildungsgarantie

*Laut Sozialpartnerpapier »Arbeitsmarkt – Zukunft 2010« sollen alle Jugendlichen die Chance auf eine abgeschlossene Ausbildung haben.*

Autor: Helmut Kohl

Abteilung Lehrlings- und Jugendschutz  
der AK Wien

**A**nfang 2008 hat die damalige Bundesregierung mit den Sozialpartnern eine Vereinbarung unter dem Titel »Arbeitsmarkt – Zukunft 2010« getroffen, deren Ziel einerseits eine anforderungsgerechte Weiterentwicklung der Fördersysteme, und andererseits eine Ausbildungsgarantie beinhaltet. Zentrale Anliegen dabei waren, jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen, die Arbeitsmarktintegration zu verbessern und den Fachkräftebedarf zu decken.

## Überbetriebliche Lehrausbildung

Neben dem wichtigen betrieblichen Lehrstellenangebot wurde die überbetriebliche Lehrausbildung als gleichwertiger und regulärer Bestandteil der dualen Berufsausbildung weiterentwickelt. Im Rahmen der überbetrieblichen Lehrausbildung erlernen Jugendliche bei einem Ausbildungsträger die Inhalte eines Lehrberufs, wobei Praktika und die Berufsschule eine wichtige Rolle spielen. Organisiert wird die überbetriebliche Ausbildung vom Arbeitsmarktservice, daher ist es auch besonders wichtig, dass sich die Jugendlichen mit ihren Berufswünschen beim Arbeitsmarktservice melden. Die überbetriebliche Ausbildung steht grundsätzlich allen Jugendlichen offen, vor allem aber, wenn sie nach Beendigung ihrer Schulpflicht keine geeignete betriebliche Lehrstelle finden können.

Ein Anliegen ist es aber auch, sozial benachteiligte, lernschwache Jugendliche sowie BildungsabbrecherInnen und Jugendliche mit Berufswünschen, die im Rahmen des betrieblichen Lehrstellenangebots nicht abgedeckt werden können, mit Ausbildungsplätzen zu versorgen. Jugendliche können die gesamte Ausbildung bis zum Lehrabschluss absolvieren, ein Wechsel in eine betriebliche Lehrstelle bleibt aber unter Anrechnung der bereits zurückgelegten Ausbildungszeit jederzeit möglich. In überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen werden derzeit circa 8.000 Jugendliche ausgebildet. Diese Ausbildungsplätze sollen bis Herbst 2009 auf 12.000 erhöht werden, um der wirtschaftlich schwierigen Situation Rechnung zu tragen.

Als weitere Elemente, um die Ausbildungsgarantie für die Jugendlichen sicherzustellen, sind auch **Implacementstiftungen** und FacharbeiterInnenintensivausbildungen möglich; aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung wird allerdings das Instrument der Implacementstiftung derzeit kaum angeboten.

## Neue gesetzliche Regelung

Die gesetzlichen Grundlagen zur überbetrieblichen Lehrausbildung wurden im Berufsausbildungsgesetz (§§ 30 und 30b) zusammengefasst und neu geregelt; die bisherigen Maßnahmen nach dem Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz (JASG) sind mit 31. 12. 2008 ausgelaufen, das heißt, dass nur noch bestehende Ausbildungsverträge bis zu deren Ende weitergeführt werden, neue Ausbildungsverträge jedoch nur noch nach dem Berufsausbildungsgesetz abgeschlossen werden können. Bezüglich

der arbeits- und sozialrechtlichen Stellung (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetz, Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, Familienlastenausgleichsgesetz und hinsichtlich der Berufsschulpflicht) sind Personen in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen Lehrlingen gleichgestellt und haben weiters Anspruch auf eine Ausbildungsbeihilfe. Die Ausbildungsbeihilfe beträgt derzeit pro Monat in den ersten beiden Lehrjahren 240 Euro und ab dem dritten Lehrjahr 555 Euro.

## Betriebsbezogene Förderungen

Zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von arbeitslosen Jugendlichen zwischen 19 und 24 Jahren stehen insbesondere FacharbeiterInnenintensivausbildungen oder geförderte Beschäftigungen als Instrumente zur Verfügung.

Mit dem Ziel, Betriebe zu motivieren, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen und die Zahl der betrieblichen Lehrstellen trotz Krise zu halten bzw. in Hinblick auf einen zukünftigen Fachkräftebedarf zu steigern, und den Jugendlichen Qualität in der Lehrausbildung anzubieten, wurden auch die betriebsbezogenen Förderungen im Berufsausbildungsgesetz (§ 19c) neu geregelt.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[helmut.kohl@akwien.at](mailto:helmut.kohl@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wettbewerb als Chance

*Berufswettbewerbe können gerade in Krisenzeiten wertvolle Motivation sein.  
AK Wien und Gewerkschaft beweisen das jedes Jahr.*

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

**B**erufswettbewerbe gibt es eine ganze Menge. Die der Arbeiterkammer Wien und der Gewerkschaft *vida* erfreuen sich bei den Jugendlichen und ihren Eltern gleicher Beliebtheit. Das kommt vor allem daher, dass die Wettbewerbe in diesem Fall allen Lehrlingen offenstehen, auch denen, die aufgrund der derzeitigen Wirtschaftskrise keine Lehrstelle haben. Henri Schreiber, bei der Gewerkschaft *vida* als Jugendsekretär für die Wettbewerbe zuständig: »Bei den Wettbewerben der Wirtschaftskammer können nur Lehrlinge, die einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb haben, teilnehmen. Wer arbeitslos ist oder auf Lehrstellensuche, kann nicht mitmachen. Bei den Wettbewerben der Gewerkschaft können alle mitmachen, die in die Berufsschule gehen.« So auch die Lehrlinge, die gemäß Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) ihre Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen absolvieren. Da die Lehrlinge der JASG-Jahrgänge regulär die Berufsschule besuchen, dürfen sie an den Berufswettbewerben teilnehmen und schneiden, so Henri Schreiber »regelmäßig besonders gut ab«.

## Im Finale

Mario Drapella, der als Kochlehrling im dritten Jahr kurz vor seiner Lehrabschlussprüfung steht, hat es heuer ins Finale ge-

schaft und wird am 24. April seinen großen Auftritt haben: »Ich habe voriges Jahr schon einmal am Wettbewerb teilgenommen, und ich finde, dass mir etwas in meiner Ausbildung fehlen würde, wenn ich das nicht machen würde. Es bringt etwas, dass man unter Druck arbeiten muss und benotet wird«, meint der Kochlehrling der im Vorjahr den 4. Platz belegte. Heuer will er noch mehr erreichen. Und tritt an, um im Wettbewerb gegen die anderen Lehrlinge im 3. Lehrjahr zu siegen, wenn es darum geht, wer die besten Rindsrouladen und den besten Reisaufwurf auf den Tisch zaubern kann. Wenn es gelingt, ist er der Beste unter 1.800 in seinem Lehrjahr.

## Tradition seit 1953

Die AK und die Gewerkschaft *vida* führen seit dem Jahr 1953 Berufswettbewerbe für Jugendliche durch und schließen mit ihnen eine Lücke in der Ausbildung und Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfungen, die die Wirtschaftskammer mit ihren Wettbewerben nicht schließt: So ist die Teilnahme an den Wettbewerben gratis und die Vorbereitung sowie die Tests und Prüfungen erfolgen in der Schulzeit. Henri Schreiber: »Viele Lehrbetriebe bilden nicht so ganzheitlich aus, wie es bei den Prüfungen am Ende der Lehrzeit abgefragt wird. Alle schreien in Österreich immer nach Fachkräften, aber kaum jemand will sie ausbilden. Mit diesen Wettbewerben tragen wir dazu bei, dass die Lehrlinge etwas lernen.«

Schreiber argumentiert, dass bei den Berufswettbewerben, die die Wirtschafts-

## INFO & NEWS

**Das Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG)** versucht durch die Bereitstellung von Lehrstellen in Ausbildungseinrichtungen dem Mangel an betrieblichen Lehrstellen entgegenzuwirken. Zielgruppe der JASG-Lehrgänge sind Lehrstellensuchende mit positivem Abschluss der 8. oder 9. Schulstufe, behinderte Jugendliche mit abgeschlossener Schulpflicht, Jugendliche mit besonderen Vermittlungshemmnissen oder TeilnehmerInnen früherer JASG-Lehrgänge, die keine zumutbare Lehrstelle gefunden haben.

kammer durchführt »viele Jugendliche rausrutschen«. Dabei wäre gerade für diese Lehrlinge der Wettkampf mit anderen und die Vorbereitung auf eine schwierige Aufgabe eine besondere Herausforderung.

## Beliebte Wettbewerbe

»Viele Eltern und auch teilnehmende Jugendliche stellen fest, dass die Wettbewerbe der AK und Gewerkschaft in einem familiäreren Umfeld stattfinden.« Dabei muss die Qualifikation stets die gleiche sein: nämlich der gesamte Stoff der Lehrabschlussprüfung.

Katrin Gösselbauer, Friseurlehrling im 3. Lehrjahr, ist die diesjährige Siegerin in ihrer Altersklasse: »Meine Chefin hat schon viel preisfriert – deshalb hat mich der Wettbewerb interessiert.« Und es wird anlässlich des Wettbewerbes viel geübt. »Mein Modell war sicher achtmal im Ge-



Die Berufswettbewerbe, die in vielen Gewerben durchgeführt werden, bilden so etwas wie eine dritte Säule in der fundierten Ausbildung der Lehrlinge.

schäft, und wir haben die Steckfrisur immer wieder geübt. Das war eine super Generalprobe für die Gesellenprüfung«, so Katrin Gösselbauer, die sich schon jetzt auf die Siegerehrung im Mai freut.

### Theorie und Praxis

Jedes Jahr nehmen mehr als 3.000 Lehrlinge allein aus dem Friseur- und Gastgewerbe an den Berufswettbewerben teil. Die Vorausscheidung besteht im Gastgewerbe aus einer praktischen und einer theoretischen Prüfung, die in der Berufsschule stattfindet. Die Tests werden allerdings nur mit Punkten bewertet aber nicht benotet. In der Praxis haben die TeilnehmerInnen eine Aufgabe je nach Beruf und Lehrjahr zu absolvieren. So müssen zum Beispiel die Köche im ersten Lehrjahr eine Suppe kochen und Restaurantfachleute im 3. Lehrjahr zeigen, dass sie ein Huhn vor den kritischen Augen des Gastes tranchieren können und mixen einen Standardcocktail vor Publikum. Aus dem Durchschnitt der Praxis und der Theorie qualifizieren sich die besten Lehrlinge aus jeder Klasse für das Finale. Die Praxis wird im Verhältnis 2/3 zu 1/3 gegenüber der Theorie bewertet. Die Lehrlinge erfahren die Auswertung schriftlich und in der Berufsschule. Am Finaltag treten die besten jeder Klasse je nach Lehrberuf und Lehrjahr gegeneinander an. Daraus ergeben sich die LandessiegerInnen. Die Organisation und Auswertung für die Fragebögen und die Praxiswettbewerbe übernehmen die jeweiligen FachlehrerInnen. Für das Finale wird eine Jury der Lehrabschlussprüfungskommission der ArbeitnehmerInnenseite eingesetzt.

Die Vorausscheidung im Friseurgewerbe wird mittels schriftlicher Tests ermittelt. Die Auswertung wird den Lehrlingen per Post zugesandt. Je nach Punktzahl werden die Lehrlinge zum Finale eingeladen (qualifiziert) oder auf das nächste Jahr verwiesen (leider nicht qualifiziert). Die Finaltage finden in den beiden Fachstudien der Friseure der Arbeiterkammer und Gewerkschaft vida statt. Die Finaltage sind auf drei Tage aufgeteilt, gestaffelt nach Lehrjahren. An den Finaltagen müssen die TeilnehmerInnen Aufgaben aus dem Berufsbild (Schneiden, Föhnen, ...) sowie einen weiteren theoretischen Test bewältigen. Aus diesen Aufgaben ergeben sich wieder die jeweiligen LandessiegerInnen.

Am Sonntag, den 17. Mai 2009 findet im Festsaal der **Imperial Riding School** – 1030 Wien, die feierliche Siegerehrung mit zahlreichen Ehrengästen sowie einem tollen Showprogramm statt.

Den glücklichen SiegerInnen winken Preise und Urkunden, die beim Fest und der Siegerehrung übergeben werden.

### Unglaublich viel Spaß

Doch die eigentliche Belohnung trägt der Wettbewerb in sich: »Wenn ich hier gut abschneide, dann weiß ich, dass ich bei meiner Lehrabschlussprüfung auch gut abschneiden werde, dass ich mit den anderen KollegInnen in Sachen Theorie und Praxis gleichauf liege«, so Drapella über den wahrscheinlich wichtigsten Nebeneffekt der Berufswettbewerbe. Denn nicht jeder Betrieb kann wirklich umfassend ausbilden, und so kommt es oft, dass die Lehrlinge sich den letzten Schliff in

### WEBLINKS

vida-Jugend:  
[jugend.vida.at](http://jugend.vida.at)

ihrem Job bei den von Gewerkschaft und AK veranstalteten Wettbewerben holen.

So bilden die Berufswettbewerbe, die in vielen Gewerben durchgeführt werden, so etwas wie eine dritte Säule in der fundierten Ausbildung der Lehrlinge. Sie können aber noch mehr. In regelmäßigen Abständen finden internationale Berufswettbewerbe, sogenannte Facharbeiterolympiaden statt, bei denen sich alle zwei Jahre rund 40 Berufsgruppen unter Beteiligung von 29 Ländern aller Kontinente in Sachen Fachwissen miteinander messen. Mit ihrer Teilnahme messen sich die Lehrlinge mit den Besten aus aller Herren Länder und bringen neben zahlreichen Siegen auch eine Menge an Sicherheit und Eloquenz von ihren »Einsätzen« mit, die sie später im Beruf erfolgreich sein lässt.

Und letztendlich, so der engagierte Jungkoch Drapella: »Es macht auch unglaublich viel Spaß.«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Alles Krise, oder was?

*Beim Eintritt ins Erwerbsleben werden viele Jugendliche allein gelassen.  
Sie helfen einander gegenseitig.*

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

**H**inter einem der vielen Computer im Arbeitsmarktservice (AMS) für Jugendliche in der Neubaugasse in Wien sitzt eine junge Dame. Circa 20 Jahre, ein Outfit, wie es auch bei Chefsekretärinnen vorzufinden ist. Sie ist erst vierzehn Jahre sagt sie, während sie weiter nach Adressen im Service-Computer sucht. Es ist heute ihr erster Tag im AMS als Arbeitssuchende in spe. Im Juli endet ihr letztes Schuljahr an einer Kooperativen Mittelschule. Auch die meisten ihrer Schulkolleginnen haben sich schon beim Arbeitsmarktservice vormerken lassen. »Besser früher als später«, sagt Zulija. »Man kann hier die Adressen suchen, wo man arbeiten möchte und sich dort bewerben.« Was sie werden will? Bürokauffrau, meint sie, wie ihre Schwester. Zulija spricht so gut Deutsch, das kann nicht ihre Muttersprache sein. Da lacht sie und sagt: »Na ja, das ist Russisch. Geboren bin ich nicht da.« Da habe sie doch eine doppelte Chance. »Ach so?«, meint sie, »Ja sicher, vielleicht. Ich hoffe.«

## Es wurlt

Das AMS für Jugendliche gleicht einem Bienenstock. Auch auf den Stiegen sitzen und stehen Jugendliche in Gruppen zusammen. Verschiedene Sprachen sind zu hören, die Warteräume in den sechs Stockwerken sind voll. Nur wenige sitzen mit Kopfhörern da, einer signalisiert mit tief ins Gesicht

gezogener Schirmkappe: »Mit mir nicht sprechen.«

Es ist Monatsbeginn: »Da laufen am Tag bis zu 500 Jugendliche durchs Haus«, erzählt Gerda Challupner, Leiterin der Regionalstelle Wien des AMS für Jugendliche. Die wenigsten kommen allein, einige wenige erscheinen mit Vater oder Mutter, viele werden vom Freund oder der Freundin begleitet. Bis zu vier, fünf Begleitpersonen hat Frau Challupner schon gezählt.

## Übersiedlung im Herbst

Sie freut sich auf das neue Haus, in das das AMS für Jugendliche im Herbst übersiedeln wird. »Wartezeiten über eine halbe Stunde steigern die Unzufriedenheit enorm«, berichtet Gerda Challupner. Auch für ihre KollegInnen ist die Arbeit in den engen Räumlichkeiten zu den Spitzenzeiten extrem belastend. Durch Terminvereinbarungen und einer »vorgelegerten Betreuungszone« für Jugendliche, die »eher spontan« vorbeikommen, soll der Druck reduziert werden. Rund 12.000 Jugendliche sind derzeit als arbeit- oder lehrstellensuchend in Wien gemeldet, etwa die Hälfte davon besucht Qualifizierungsmaßnahmen.

»Alle wollen arbeiten und sich um ihr selbst verdientes Geld auch etwas leisten«, betont Gerda Challupner, die seit 1980 in der Betreuung Jugendlicher, vormals Arbeitsamt, tätig ist. Wenn ein Jugendlicher arbeitslos wird hat es Gründe, die zu beseitigen sind: Ein fehlender Pflichtschulabschluss, mangelnde Qualifizierungen oder Deutschkenntnisse etwa. Manchen macht die Pubertät zu schaffen. Manche haben familiäre oder gesundheitliche Probleme.

»Da stehen sie eben momentan der Welt hilflos gegenüber und verlieren einen Arbeitsplatz nach dem anderen. Sie brauchen in dieser schwierigen Situation Begleitung und Unterstützung«, berichtet Challupner. Bei Jugendlichen mit besonderen Problemen arbeitet das AMS-Wien eng mit anderen Beratungseinrichtungen zusammen: Etwa **WUK-Monopoli**, der **Wiener Berufsbörse** oder dem **Sprungbrett**.

Österreichweit war die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen zu Jahresbeginn um rund 23 Prozent gestiegen. Zusätzliche Mittel für das AMS hatte die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) gefordert. »Die Wirtschaft wird sich wieder erholen. Gut ausgebildete Arbeitskräfte können aber nicht von einem Tag zum anderen eingeschult werden. Mit fundierter Ausbildung muss jetzt begonnen werden, nicht erst wenn die Wirtschaft wieder »Fachkräftemangel« schreit«, meint der ÖGJ-Vorsitzende Jürgen Michlmayr.

## 1.621 Vornamen

In den Bundesländern leiden besonders viele junge Menschen unter der Wirtschaftskrise. Mit einer ungewöhnlichen Aktion machte die ÖGJ-Burgenland auf die Lage der Betroffenen aufmerksam: Auf einem Plakat wurden die 1.621 Vornamen jener Jugendlichen notiert, die (im Februar) auf Jobsuche waren. Eine Zahl, die den EinwohnerInnen einer größeren burgenländischen Gemeinde entspricht. »An der Jugendarbeitslosigkeit sind nicht die Jugendlichen schuld«, meint ÖGB-Jugendsekretär Oliver Krumpeck. »Sie wollen arbeiten und sich

Das AMS für Jugendliche gleicht einem Bienenstock. Auch auf den Stiegen sitzen und stehen Jugendliche in Gruppen zusammen. Verschiedene Sprachen sind zu hören, die Warteräume in den sechs Stockwerken sind voll.

eine Existenz aufbauen. Die Zahlen kommen zustande, obwohl 350 junge Menschen derzeit in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen einen Beruf erlernen und die Zahl dieser Einrichtungen um mehr als 30 Prozent gestiegen ist.«

### Kein Grund zur Panik

Ein ähnlich rapider Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit wie in den Bundesländern war in Wien nicht zu verzeichnen. Gerda Challupner: »Rein von der Statistik her, ist – noch? – kein Grund zur Panik. Schließlich haben wir hier keine voest, keine Magna- Werke oder andere Großproduktionsstätten, sondern einen starken Dienstleistungssektor.«

In der Regionalstelle Wien ist auch eine Servicestelle für Unternehmen eingerichtet. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Wirtschaftskammer funktioniert gut, berichtet Gerda Challupner. Trotzdem: »Momentan ist alles Krise. Ich würde mir wünschen, dass man sich von ihr nicht so unter Druck setzen lässt. Die Unternehmen müssen mehr in die Jugendlichen, in die Zukunft investieren.«

Hakan\* ist mit seiner Freundin da. Sie halten einander an den Händen. Hakan sucht Arbeit, der Bereich ist ihm egal. »Ich komme gerade aus der Haft«, erzählt er, er habe Probleme gehabt, jetzt aber mache er eine Therapie. In der Haft hat er auch den Staplerführerschein gemacht. »Ich bin voll motiviert«, sagt er. »Aber manche Betriebe nehmen zu viele auf und behalten nach ein paar Monaten nur einen davon. Da ist die Motivation dann wieder weg.« Dass er auch

\*) Namen von der Redaktion geändert

Türkisch spricht, war »bis jetzt eher ein Nachteil. Mir hat das höchstens Schwierigkeiten gebracht: Wenn ich einmal etwas verstanden habe, was ich nicht hätte verstehen sollen.«

Auch Gregor\* will Staplerfahrer werden. Er ist 20 und sucht seit einem Jahr einen Job. Deutsch spricht er wenig, sein Freund Milan\* spricht für ihn. »Es gibt viele, die kein Deutsch können«, sagt er, »die bleiben dann lieber zu Hause. Das kann ich auch verstehen. Aber es gibt auch viele, die wirklich suchen. Mein Freund zum Beispiel.« Und Milan selbst. Er hat die Fachschule für Bautechnik abgebrochen und anschließend Maler und Anstreicher gelernt. Seit einem Monat ist er arbeitslos. »Jetzt gehts mir schlecht«, sagt er. »Ich fühle mich nicht wohl dabei. Aber spätestens im Sommer werde ich etwas finden. Ich hab ja nicht umsonst gelernt.«

### Traditionelle Berufe

Die Wirtschaftslage, so ist zu vermuten, wird sich auch bis Jahresende weiterhin verschlechtern. »Aber schon im Vorjahr, als die Zahlen noch besser waren, hatten viele Jugendliche Probleme, einen Job oder eine Lehrstelle zu finden. »Der Druck auf die Jugendlichen wird immer größer«, berichtet Gerda Challupner. »Sie gelten nur dann als »wertvolles« Mitglied der Gesellschaft, wenn sie einen Arbeitsplatz haben. Und viele haben niemand, der ihnen bei Misserfolgen oder bei einem Durchhänger einen Anstoß gibt. Das ist in den vergangenen Jahren ein immer größer werdendes Problem geworden: Dass Jugendliche beim Einstieg in das Erwerbsleben ganz allein sind.« Und: Berufsorientierung ist ein Pro-

**W E B L I N K S**

AMS-Infoseite für Jugendliche  
[www.arbeitszimmer.cc](http://www.arbeitszimmer.cc)

Berufsinformationszentren des AMS  
[www.ams.at/buw/14139.html](http://www.ams.at/buw/14139.html)

Berufskompass zur Berufsorientierung  
[www.berufskompass.at](http://www.berufskompass.at)

Lehrlingskompass  
[www.lehrlingskompass.at](http://www.lehrlingskompass.at)

Berufsinformationscomputer  
[www.bic.at](http://www.bic.at)

Bildungs- und Berufsinformation  
[www.yourchoiceinfo.at](http://www.yourchoiceinfo.at)

Berufslexikon  
[www.berufslexikon.at/lehre](http://www.berufslexikon.at/lehre)

Lehrberufsinfo mit Stellenangeboten  
[www.lehrberuf.info](http://www.lehrberuf.info)

zess, kein halbstündiges Gespräch, meint Challupner. Nach fast 30 Jahren Berufserfahrung ist eines gleich geblieben: das Ranking der Berufswünsche. Kfz-Techniker, vormals Automechaniker, bei Burschen und die »Dreiergruppe« bei den Mädchen: Friseurin, Einzelhandel und Büro.

**K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Jesus für sieben Euro

*Es ist nicht leicht, als Student aus Bulgarien in Österreich Geld zu verdienen, weiß Biber-Redakteur Todor Ovtcharov.*

Autor: Todor Ovtcharov

Student in Wien

Ich studiere seit eineinhalb Jahren in Wien und muss mich selbst finanzieren. Wenn man in Österreich arbeiten will, begreift man schnell, dass ein bulgarischer Pass trotz EU-Beitritt so etwas wie ein Stück Klopapier mit einem Foto darauf ist. Man muss jeden Job annehmen. Wie der Chef einer Personalagentur zu mir am Telefon sagte: »Wissen Sie, Herr Ovtcharov (bei dem Namen stotterte er ein bisschen), Sie müssen nur da arbeiten, wo Sie nicht gesehen werden, Sie wissen ja wie es ist.« Mittlerweile weiß ich, wie es ist und so landete ich in der Gemüsefabrik Süßenbrunn.

## Ich war der Karottengott

Zwölf Stunden am Tag musste ich minus drei Grad kalte Karotten aussortieren. Alle krummen, schwarzen und beschädigten Karotten müssen weg. Ich war der Karottengott. Den Job machte ich zusammen mit Ivan, der gerade sein Zahnheilkundestudium in Sofia abgeschlossen hatte. Als junger Zahnarzt konnte er in Sofia nicht so viel Geld verdienen, dass er sich ein Snowboard kaufen konnte. Deswegen sortierte er über die Weihnachtsferien in Süßenbrunn Karotten aus. Die üblichen MitarbeiterInnen in der Fabrik sind ältere Frauen aus der Slowakei. Der Chef ist der ein-

zige Österreicher in der Fabrik. In der Uni lerne ich über Demokratie im Westen – im wirklichen Leben sehe ich eine moderne Sklaverei.

## Jessica und Jennifer

Ein paar Monate später arbeitete ich in einer Bäckerei in Straßhof. Ich musste Zimtschnecken verzieren, Golatschen mit Puderzucker und Plunder mit Schokolade übergießen. Dabei war ich der süßeste Typ auf der Welt – mit Puderzucker, Schokolade und Marillenmarmelade überall auf meinem ursprünglich weißen T-Shirt. Für eine muntere Atmosphäre sorgte Radio Niederösterreich. Die ganze Nacht hörte ich fröhliche Lieder, in denen es um Liebe und Schmerz ging, und die von Sängerinnen gesungen wurden, die alle Jessica oder Jennifer hießen. Als ich die Stelle als Plunderbesprüher kündigte, bekam ich mein Geld für drei Wochen Nacharbeit nicht. Einen Vertrag hatte ich natürlich nicht – ich musste ja versteckt sein.

## Zeugen Jehovas und die Emos

Seitdem ich in Wien bin, habe ich ungefähr zehn Jobs gemacht. Zu den oben genannten kommen noch die als Kuvertierer, Plakatierer, Flyerverteiler, Aschenbecherwäscher, Garderobier und Umzugshilfe.

Vor kurzem sollte ich als Jesus Christus gekleidet das Jesus-Christ-Superstar-Musical promoten. Ich bekam eine weiße Robe, ein riesiges Kreuz, einen Dornenkranz und eine lockige, schwarze Perücke, mit der ich mehr wie ein Trans-

W E B L I N K S

**biber** – die erste Stadtzeitung mit **scharf** – ist das erste transkulturelle Magazin in der österreichischen Medienlandschaft und erscheint im Jahr 2009 sechsmal kostenlos:

[www.dasbiber.at](http://www.dasbiber.at)

vestit als wie der Sohn Gottes aussah. Die Arbeit war mehr als aufregend:

Zeugen Jehovas wollten mich bekehren, die **Emokinder** fragten, ob sie mich steinigen dürfen, und eine nette ältere Frau erkundigte sich, ob ich aus der Psychiatrie entlaufen bin. Zu allem antwortete ich leidend: »Jesus Christ Superstar in der Votivkirche.« Am zweiten Tag kam die Polizei, sagte mir, dass ich eine Bestätigung vom Magistrat brauche, um Jesus zu sein, und die Jesusaktion wurde unterbrochen. So trug ich mein Kreuz, wie ich mein Ausländer-Kreuz seit eineinhalb Jahren trage und voraussichtlich immer tragen werde. Doch wie der Sohn Gottes uns sagte: Der, der leidet, wird im Himmel belohnt.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

[redaktion@dasbiber.at](mailto:redaktion@dasbiber.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# In der Schule viel zu tun

*Um die Ausbildungsgarantie der Regierung umzusetzen, besteht im Schulsystem noch Handlungsbedarf.*

Autorin: Dr. Susanne Schöberl

Stv. Leiterin der Abteilung Bildungspolitik,  
Arbeiterkammer Wien

Im Regierungsprogramm 2007, als die als Übergangsregelungen eingeführten Maßnahmen des Jugendausbildungssicherungsgesetz ins 11. Jahr gingen, wurde erstmals den Jugendlichen eine Bildungsgarantie gegeben: Im Kapitel Bildung stand unter »Bildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr« als Ziel: »Senkung des Anteils der Jugendlichen ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss und Sicherung der Jugendbeschäftigung durch die Möglichkeit zum Besuch einer weiterführenden Schule, eines Ausbildungsprogramms oder den Erhalt eines Lehrplatzes.« Nach der Neuwahl 2008 heißt es im Regierungsprogramm für die 24. Gesetzgebungsperiode: »Mit der Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr soll allen Jugendlichen eine vollwertige (Berufs-) Ausbildung ermöglicht werden: in der Schule, im Rahmen der dualen Berufsausbildung oder bei Engpässen in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte.« Die Bildungsgarantie für Jugendliche bezieht sich nicht nur auf das Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsplätzen, das inzwischen durch das Lehrlingspaket 2008 in Angriff genommen wurde, sondern es ist ganz ausdrücklich der Beitrag der schulischen (Berufs-)Bildung gefragt. So finden sich folgende Vorhaben:

■ Weiterer Ausbau der Angebote im Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (2007) bzw. kontinu-

## Jugendliche nicht mehr in Ausbildung nach Arbeitsmarktstatus

15–19 Jahre	beschäftigt	nicht in den Arbeitskräften	arbeitslos	Gesamt
ISCED 0-1-2-3c	12.913	8.519	14.277	35.709
%	36	24	40	
ISCED Rest	31.695	3.339	3.921	38.955
%	81	9	10	
insgesamt	44.608	11.858	18.198	74.664
%	60	16	24	
20–24 Jahre	beschäftigt	nicht in den Arbeitskräften	arbeitslos	Gesamt
ISCED 0-1-2-3c	40.446	15.084	6.804	62.334
%	65	24	11	
ISCED Rest	248.632	15.998	16.475	281.105
%	88	5,69	5,86	
insgesamt	289.078	31.082	23.279	343.439
%	84	9	7	

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 2007, eigene Berechnungen  
ISCED 0-1-2-3c: kein weiterführender Abschluss  
ISCED Rest: weiterführender Abschluss

ierliche Aufstockung der Zahl der Ausbildungsplätze an denselben (2008).

■ Verstärktes schulisches Angebot zur Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung (2007) bzw. Ausbau des Förderprogramms »Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung« (2008).

■ Ausbau der Berufsinformation und verstärkte Einbeziehung der Wirtschaft sowie Schaffung eines Coaching-Modells für Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Berufseinstieg (2007).

■ Kostenfreies und altersgerechtes Nachholen des Pflichtschulabschlusses für Jugendliche in der Berufsschule und Hauptschule durch Zusatzangebote (2008).

■ Erarbeitung von Strategien und Modellen zu einer Neuorientierung der 9. Schulstufe mit dem besonderen Fokus auf die Attraktivierung der Polytechnischen Schule (2008).

Österreich zählt mit der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr zu den Schlusslichtern in der EU (EU-19-Durchschnitt: 16. Lebensjahr). Dies führt zu einer niedrigen Bildungsbeteiligung der 15- bis 19-Jährigen. Diese lag im Jahr 2006 mit 82 Prozent unter dem EU-19-Durchschnitt von 85 Prozent, damit findet sich Österreich an vierzehnter Stelle. Kennzeichnend für das österreichische Bildungssystem ist die starke Gewichtung

von berufsbildenden und berufsvorbereitenden Bildungsgängen. 2006 besuchen fast drei Viertel der SchülerInnen im Sekundarbereich II berufsbildende Einrichtungen, sechs Prozent berufsvorbereitende und ein gutes Fünftel allgemein bildende Schulen.

### Steigende SchülerInnenzahl

Die SchülerInnenzahl an den Oberstufenschulen hat im Zeitraum vom Schuljahr 1999/2000 bis zum Schuljahr 2006/07 um fast sechs Prozent zugenommen (von 386.366 auf 409.097 SchülerInnen). Das ist ein deutlich höherer Anstieg als die Zunahme bei den gesamten Jugendlichen in dieser Altersgruppe um knapp zwei Prozent. Die 15- bis 19-jährige Wohnbevölkerung in Österreich stieg von 485.249 Jugendlichen im Jahr 2000 auf 498.111 Jugendliche 2007 an.

Zum höchsten Anstieg kam es an den berufsbildenden höheren Schulen (BHS, über elf Prozent), gefolgt von der Oberstufe an den allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS, plus neun Prozent) und den berufsbildenden mittleren Schulen (BMS, plus sechs Prozent). Einen geringen Anstieg von einem halben Prozent weisen die Berufsschulen (BS) auf, deren SchülerInnenanzahl zwischen 1999/00 und 2004/05 stark gesunken ist und sich jetzt dank der Maßnahmen des Jugendausbildungssicherungsgesetzes und der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen erholt.

Die aktuellen Zahlen aus dem Schuljahr 2007/08 zeigen mit fast 226.000 SchülerInnen in den berufsbildenden Schulen die große Bedeutung dieser Ausbildung. Diese wird unterstrichen von einem Vergleich der Abschlüsse im Bereich der Sekundarbildung: Im Schuljahr 2006/07 standen knapp 44.000 Lehrabschlüssen fast 43.000 schulische Berufsabschlüsse gegenüber, davon mehr als die Hälfte in kombinierter Form Reifeprüfung und Berufsberechtigung.

### Ohne Ausbildung und Abschluss

Wichtig für die Einschätzung der Maßnahmen zur Ausbildungsgarantie sind Angaben zu den Jugendlichen, die sich nach ihrer Pflichtschulzeit nicht mehr in



Insgesamt ist es wichtig, dass mehr Jugendliche ihre begonnenen schulischen Ausbildungen abschließen, und dass sie dabei spezifische inhaltliche, aber auch sozialpädagogische Förderung erhalten.

einer Ausbildung befinden und keinen weiterführenden Abschluss erworben haben. Im Jahr 2007 gab es fast 36.000 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren, die sich nicht mehr in Ausbildung befanden und höchstens den Pflichtschulabschluss vorweisen konnten. Im Gegensatz zur Gesamtheit dieser Altersjahrgänge, die nicht mehr in Ausbildung ist, waren die Jugendlichen ohne Ausbildung fast doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. fanden sich zu einem großen Anteil nicht in der Labour-Force (also in Karenz, im Haushalt etc.). Auch bei den Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren zeigt sich die gleiche Tendenz. Diejenigen ohne eine weiterführende Ausbildung sind zu einem geringeren Anteil beschäftigt, dafür umso höher von Arbeitslosigkeit betroffen und befinden sich im größeren Ausmaß nicht im Status Labour-Force.

### Berufsreifeprüfung umgesetzt

Als abzuhakender Punkt aus den Regierungsprogrammen 2007 und 2008 kann die Umsetzung der Berufsreifeprüfung für Lehrlinge genannt werden. Offen ist hier jedoch die kostenlose Berufsreifeprüfung für SchülerInnen an mittleren Schulen. Angegangen wurden Maßnahmen zur Senkung der AbbrecherInnen in den ersten Klassen der berufsbildenden Schulen (z. B. mehr Teilungen oder Orientierungsstufe). An der Verbesserung der Berufs- und Bildungswegorientierung arbeitet eine Projektgruppe unter Einbeziehung der Sozialpartner. Hier bleibt die Forderung der ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen aufrecht, dass es eines eigenen Gegenstandes

zur Berufsorientierung bedarf, und dass der außerschulische Bereich stärker einbezogen gehört.

Durch den Schulentwicklungsplan ist eine Reihe von neuen Plätzen an den BMHS im Entstehen. Die genaueren Analysen aus der PISA-Studie 2006 zeigen uns, dass diese »neuen« Plätze nicht nur mehr von den »alten« Plätzen sein dürfen. Die SchülerInnen an den BMS zeichnen sich durch einen hohen Anteil mit Migrationshintergrund aus, kommen aus Familien mit niedrigem sozialem Status und weisen viele Schullaufbahnverluste auf. Diese SchülerInnen brauchen eigene Angebote und Unterstützungen in den berufsbildenden Schulen. Insgesamt ist es wichtig, dass mehr Jugendliche ihre begonnenen schulischen Ausbildungen abschließen, und dass sie dabei spezifische inhaltliche, aber auch sozialpädagogische Förderung erhalten.

Noch unzureichend angegangen wurden das Nachholen von Abschlüssen für die Altersgruppe bis 18 Jahre und die Neuorientierung der 9. Schulstufe.

Die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bleibt ein ambitioniertes Ziel, an deren Verwirklichung wir aber nicht umhin kommen auf dem Weg zu einem sozial gerechten Bildungssystem.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[susanne.schoeberl@akwien.at](mailto:susanne.schoeberl@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Motiviert und billig

*Theoretisches Wissen unter Anleitung praktisch anzuwenden und auszubauen – so läuft ein Praktikum par excellence. Die Realität sieht anders aus.*

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

**O**b Alkoholkonsum, Sex, Wahlrecht oder Führerschein – junge Menschen sind heute mit fast allem früher dran als ihre Eltern. Nur die ökonomische Selbstständigkeit verschiebt sich immer weiter nach hinten. Die AkademikerInnenquote (in Österreich dzt. 20 Prozent) steigt, Auslandsaufenthalte u. ä. verlängern die Studierendauer und nicht jeder Studienabschluss ist auch eine Jobgarantie. Für rund ein Drittel der HochschulabsolventInnen beginnt das »reguläre« Berufsleben mit einem Praktikum, das aber meist nicht für den Lebensunterhalt reicht.

## Kapital Berufserfahrung

Learning by doing ist ein Prinzip, das beispielsweise an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen schon lange Tradition hat. Hier muss ein Teil der Ferien dafür verwendet werden, den angestrebten Beruf besser kennenzulernen. Die Fachhochschulen haben derartige Pflichtpraktika von Anfang an fix in den Studienplan integriert. Weil sich die Universitäten nicht mehr länger Praxisferne vorwerfen lassen möchten, werden Pflichtpraktika immer häufiger auch an den Universitäten Teil des Studienalltags. Wobei: Ganz so neu ist die Idee auch dort nicht. Denn während der Famulatur (lat. Famulus = Gehilfe) müssen beispielsweise angehende MedizinerInnen 16 Wochen Praktikum

machen – unbezahlt, im besten Fall ist das Essen gratis oder gibt es Fahrtkostenersatz. Aber auch wer nicht muss, der/die will oft freiwillig ein Praktikum absolvieren, um sofort nach Studienabschluss auch Berufserfahrung vorweisen zu können. Der Traum jedes Arbeitgebers scheint allmählich wahr zu werden: BerufseinsteigerInnen, die ausreichend Erfahrung haben, um zu wissen worauf sie sich einlassen, aber mit den üblichen Einstiegsgehältern zufrieden sind.

## Kopieren, Kleben & Co.

Wobei PraktikantInnen manchmal schon froh sein können, wenn ihnen tatsächlich die Möglichkeit geboten wird, entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Gabi, Publizistik-Studentin, absolvierte im 8. Semester ein unbezahltes Praktikum in Budapest. Die Zeit verbrachte sie meist mit Kopieren, Telefonieren & Co.: »Unbezahlte Praktika sind generell problematisch, aber wenn mensch außerdem nichts lernt, die Kosten für Reise und Unterkunft noch dazukommen, dann war die Zeile im Lebenslauf hart verdient.«

Bei den StudentInnenorganisationen sind Praktika schon längere Zeit ein Thema, vor kurzem hat der VSSÖ die Website [www.meinpraktikum.at](http://www.meinpraktikum.at) vorgestellt, wo StudentInnen anonym ihre Erfahrungen posten können: »In meinem Praktikum in einer Bank wurde ich mit einem hochinteressanten ›Projekt‹ konfrontiert: Dieses bestand darin, die Kreditaktenarchive im Keller von chronologisch auf alphanumerisch umzusortieren, etwas anderes habe ich vier Wochen lang nicht gemacht. Ob den PraktikantInnen im

nächsten Sommer dann die Umsortierung von alphanumerisch auf chronologisch aufgetragen wurde, weiß ich nicht.«

Keineswegs immer sind die Erfahrungen so schlecht. Daniel Horak: »Ich hatte nach meinem Pflichtpraktikum in der HTL nicht nur einen gut bezahlten 16-Stunden-Job während des Studiums, sondern beim gleichen Unternehmen auch die Möglichkeit, das FH-Praktikum zu absolvieren.«

Die Zufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und Bezahlung variiert stark. Schlechte Bezahlung sind StudentInnen meist gewöhnt, sobald sie das Gefühl haben, auf andere Art von der Tätigkeit zu profitieren, stehen monetäre Aspekte (zumindest für all jene, die es sich halbwegs leisten können) nicht im Vordergrund. Eva N.: »Gerade bei den Praktika nach dem Studium – als ich wirklich längere Zeit die jeweiligen Jobs Vollzeit ausgeübt habe – habe ich wichtige Erfahrungen gesammelt. Und ich habe Menschen in den jeweiligen Branchen kennengelernt, ich bin auch heute noch mit vielen ehemaligen KollegInnen in Kontakt.«

## Arbeit ohne Wert?

Peter Schweinberger, Pressesprecher der Österreichischen HochschülerInnen-schaft (ÖH): »Die Erfahrungen sind sehr unterschiedlich. Am wenigsten Beschwerden bekommen wir von FH-StudentInnen.« Nach der vom Verein »Generation Praktikum« 2007 veröffentlichten Studie »Arbeit ohne Wert« sind tatsächlich 75 Prozent der FH-PraktikantInnen



**Auslandspraktika machen sich gut im Lebenslauf, sind aber häufig unbezahlt. Ein Stipendium von 300 oder 400 Euro kann die durch Flug und Unterkunft entstandenen Kosten nicht ausgleichen.**

insgesamt sehr bis eher zufrieden. Die oft beworbene Nähe zu Wirtschaft und Industrie an den Fachhochschulen dürfte sich hier tatsächlich bezahlt machen.

Apropos Bezahlung: Hier ist die Bandbreite je nach Branche, Firmengröße und Berufserfahrung ebenfalls groß. Barbara, 24, absolvierte das Pflichtpraktikum ihres Masterstudiums für einen internationalen Konzern in Brüssel zu Konditionen, von denen andere nur träumen können. »Ich war dort drei Monate im Bereich Human Resources tätig, für 1.600 Euro Monatsbruttogehalt, plus Wohnen im Hotel und Flug. Außerdem wurde mir eine Fixanstellung angeboten.«

Bei unbezahlten Praktika sind spezielle Stipendien oft die einzige Möglichkeit, doch noch ein paar hundert Euro zu bekommen. Wobei viele Unis Informationen über derartige Möglichkeiten noch als Holschuld der StudentInnen zu betrachten scheinen, und das natürlich zusätzlichen Zeitaufwand erfordert. Gabi: »Mein Stipendium für das Praktikum in Budapest wurde so spät ausbezahlt, dass ich praktisch den ganzen Sommer im Minus war.«

### **Chancengleichheit?**

Wer von zu Hause nicht zumindest in irgendeiner Form finanziell unterstützt wird, hat unter diesen Bedingungen einen schweren Stand. Auslandspraktika machen sich gut im Lebenslauf, sind aber häufig unbezahlt. Ein Stipendium von 300 oder 400 Euro kann die durch Flug und Unterkunft entstandenen Kosten nicht ausgleichen. Bei längeren Aufenthalten muss die eigene Wohnung oder

das Zimmer in Österreich weiter- oder untervermietet, womöglich sogar geräumt werden – viel Aufwand und einige Kosten. Ein weiteres Beispiel: Künftige Zahnärzte/-ärztinnen müssen 72 Wochen (!) unbezahltes Pflichtpraktikum absolvieren.

Die Statistiken zeigen auch für Frauen kein positives Bild: 44 Prozent der Absolventinnen machen nach Studienabschluss ein Praktikum, aber nur 23 Prozent der Männer. Auch der Anteil an unbezahlten Praktika ist bei Frauen mit 24 Prozent deutlich höher (Männer: neun Prozent). Über die Ursachen kann man derzeit nur spekulieren, vielleicht hängt es unter anderem auch damit zusammen, dass Männer bei der Entscheidung für eine Studienrichtung pragmatischer vorgehen.

Denn Arbeitsbedingungen und Bezahlung während und nach dem Studium hängen stark von der Studienrichtung ab. Auch hier geht es um Angebot und Nachfrage. Beim (überlaufenen) Psychologiestudium beträgt der Frauenanteil mehr als zwei Drittel, unbezahlte Praktika sind an der Tagesordnung. Jährlich 1.300 Publizistik-AbsolventInnen (69 Prozent weibliche Studentinnen in Wien) stehen insgesamt 7.000 (meist schon besetzten) Stellen gegenüber.

Aus arbeitsrechtlicher Sicht sind punkto Praktika viele Fragen offen. Samir Al-Mobayyed, Vorsitzender der ÖH-Bundesvertretung: »Diese Beschäftigungsform ist nicht klar definiert. Oft verstecken sich dahinter freie Dienstverträge, Volontariate etc. Auch HochschulabsolventInnen mit Praktika abzuspeisen ist höchst problematisch.« Die ÖH for-

**W E B L I N K S**

Mehr Infos unter:  
[www.meinpraktikum.at](http://www.meinpraktikum.at)

dert daher unter anderem eine bessere sozialversicherungsrechtliche Absicherung von PraktikantInnen. Seit Jänner veranstaltet die ÖH Praktikantencafés gemeinsam mit dem Verein »Generation Praktikum«.

### **Nicht nur Vorteile**

Im Übrigen kann es auch für UnternehmerInnen sinnvoll sein, über ihren Umgang mit PraktikantInnen nachzudenken, so Uta Glaubitz in ihrem 2006 erschienenen Buch »Generation Praktikum«. Darin gibt sie nicht nur Tipps für StudentInnen, sondern kritisiert die Praxis, durch ständig wechselnde, billige PraktikantInnen Personalkosten zu sparen, aus einer anderen Perspektive: Für GeschäftspartnerInnen ist es unerfreulich bis ärgerlich, sich immer wieder auf neue AnsprechpartnerInnen einstellen zu müssen.

**K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Teurer Spaß Kaufsucht

*Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten steigt die Neigung zu Frustkäufen. Aus der Kompensation wird oft Sucht, Junge sind besonders betroffen.*

*Autor: Univ.-Prof. Ing.  
Dr. Karl Kollmann*

*Stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik  
der AK Wien*

**D**ie Wirtschaftskrise hat schon Ende letzten Jahres ein Verhalten der Menschen deutlich gedämpft, das man als kompensatorischen Konsum bezeichnet. Am Ausmaß der sogenannten »Kaufsucht« hat dies allerdings nichts geändert. Es blieb bei etwa acht Prozent der Bevölkerung gleich hoch wie in den früheren, wirtschaftlich weniger problematischen Jahren. Hauptbetroffene: junge Frauen.

## Konsum heute

Waren und Dienstleistungen zu kaufen, das hat mit Bedarfsdeckung zu tun. Jedoch sind Konsumgüter längst nicht nur Mittel zur Deckung des persönlichen oder familiären Bedarfs, sondern sie haben auch eine soziale Funktion. Demonstrativer Konsum, also das Sichtbarmachen, dass man erfolgreich oder wohlhabend ist, gibt es schon seit langer Zeit; kompensatorischer Konsum ist dagegen vergleichsweise neu. Kompensation – man kauft etwas als Ersatz für etwas anderes, das man nicht hat. Aus Frustration etwas kaufen, das kennen wir alle: Die Tafel Schokolade gegen den Ärger am Arbeitsplatz, ein neues Kleidungsstück, um sich über einen familiären Konflikt ›drüber zu helfen‹, eine neue Digitalkamera, da es im Beruf dauernd nervt,

usw. Konsum ist dabei eine Ersatzhandlung, um Enttäuschungen abzumildern – es muss auch nicht Konsum sein, das kann auch exzessiver Sport oder Glücksspiel sein. Kaufen hat aber den Vorteil, dass es praktisch an jeder Ecke möglich ist und gesellschaftlich anerkannt wird. Allerdings kostet es Geld.

## Frustkäufe

Kompensatorischen Konsum gibt es breit gefächert. Wenn er intensiver wird und die Konsumhandlung selbst immer mehr ins Zentrum rückt, gar ein gewisser Kontrollverlust eintritt, wird das zur Kaufsucht. Diese ist deswegen so bedrohlich, da zu Konsum immer Geld notwendig ist, und dieses haben die Menschen nur beschränkt. Wenn sich Verbindlichkeiten anhäufen, kann man schnell in die Überschuldung abrutschen, es sei denn, man hat ein gutes verwandtschaftliches Netzwerk, das hier eingreift. Nicht nur mit Geld, sondern vor allem mit psychischer Unterstützung und Verhaltensspielregeln. Gibt es diese Unterstützung – das kann z. B. auch durch eine Psychotherapie sein – nicht, kommt man mit diesem Suchtverhalten recht rasch in ziemlich ausweglose Überschuldungssituationen, in den finanziellen Kollaps.

## Die Lage in Österreich

Die AK führt zur Kaufsucht und Kaufsuchtgefährdung seit einigen Jahren empirische Untersuchungen durch, die jüngste im Herbst vergangenen Jahres. Kaufsuchtgefährdet waren rund 28 Prozent der österreichischen Bevölkerung.

## INFO & NEWS

### Ein paar Hinweise zu einem möglicherweise problematischen Konsumverhalten

Es schadet überhaupt nicht, sich immer wieder einmal ein paar Gedanken zum eigenen Konsumverhalten zu machen und ein bisschen persönliche Bilanz zu ziehen, etwa mit folgenden Fragen:

- Ertappen Sie sich gelegentlich dabei, für manche Dinge mehr Geld auszugeben?
- Haben Sie manchmal das Gefühl, etwas unbedingt haben zu wollen?
- Bleibt schon am 20. des Monats wenig Geld übrig?
- Zahlen Sie häufig bargeldlos (mit Karte)?
- Flattern des öfteren unerwartet Erlagscheine oder Zahlungen ins Haus?
- Wissen Sie so im Großen und Ganzen die regelmäßigen Zahlungen (Versicherung bspw.), die auf Sie zukommen?

Wobei sich diese Kaufsuchtgefährdung in zwei Gruppen aufteilt. In deutlich Kaufsuchtgefährdete mit rund 20 Prozent, also ein Fünftel der Bevölkerung, und stark Kaufsuchtgefährdete mit knapp neun Prozent, das ist jeder Zehnte. Bei dieser letzten Gruppe kann man im Großen und Ganzen von Kaufsuchtgefährdeten sprechen, während die erste Gruppe (die deutlich Kaufsuchtgefährdeten) ein ausgeprägtes kompensatorisches Konsumver-

**Demonstrativer Konsum, also das Sichtbarmachen, dass man erfolgreich oder wohlhabend ist, gibt es schon seit langer Zeit; kompensatorischer Konsum ist dagegen vergleichsweise neu. Kompensation – man kauft etwas als Ersatz für etwas anderes, das man nicht hat.**



halten aufweisen. Die Übergänge sind dabei fließend. Bedingt durch die beginnende Wirtschaftskrise im Herbst 2008 hat sich kompensatorischer Konsum deutlich eingebremst, denn ein Jahr zuvor waren es noch rund 34 Prozent, 2008 dann 20 Prozent. Auf der anderen Seite ist die Gruppe der Kaufsüchtigen in etwa gleich hoch geblieben.

### Junge Frauen besonders betroffen

Am stärksten kaufsuchtgefährdet ist die Gruppe der weiblichen Jugendlichen und jungen Frauen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren. Rund 16 Prozent (!) sind in dieser Altersgruppe stark kaufsuchtgefährdet (also de facto kaufsuchtig) und 37 Prozent deutlich (insgesamt 53 Prozent). In der darüber liegenden Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen sind bei der starken Kaufsuchtgefährdung sowohl Männer wie Frauen mit zehn Prozent vertreten. Dort wo es um ausgeprägten kompensatorischen Konsum geht, überwiegen jedoch wiederum die Frauen mit knapp 30 Prozent (Männer rund 14 Prozent).

Übrigens ist seit dem Jahr 2004 die Kaufsuchtgefährdung in Österreichasant angestiegen.

### Warum die Jugend?

In unserer Gesellschaft gibt es eine zunehmende Vereinzelnung (Auflösung traditioneller Verwandtschafts-, Nachbarschafts- und Familiensysteme), und es wird besonders Wert auf Individualisierung gelegt. Dazu kommt der Wegfall (früher einmal sehr mächtiger) ideeller Strukturen und Werte, etwa in politischer, aber

auch in religiöser Hinsicht. Vielfach fehlen die Möglichkeiten eines breiteren persönlichen Kontaktes und der aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen bzw. gemeinschaftlichen Aktivitätsformen – Wirklichkeit wird vor allem von den Medien und den Peergroups (Bezugsgruppen) vermittelt, wobei sich diese Peergroups wiederum an den Medien orientieren.

Dabei entstehen jedoch in den Menschen selbst sozusagen »Leerräume«. Gerade für junge Menschen wird es damit schwieriger, eine eigene und stabile soziale Identität zu finden.

### Konsumideale als Ersatz

Die sich auflösenden gesellschaftlichen bzw. gemeinschaftlichen Formen und Strukturen, wie z. B. familiäre Eingebundenheiten oder politisches Engagement, aber auch religiöse Formen, wurden in den vergangenen 50 Jahren zusehends durch Konsum bzw. »Konsumrituale« ersetzt. Freizeit findet im Einkaufszentrum statt oder ist an Konsumgegebenheiten gebunden.

Dazu kommt, dass die Markenwahl einen wichtigen Grundstein der eigenen Identität darstellt. Die Selbstetikettierung durch Mode-»Labels« ermöglicht Zuordenbarkeit bzw. schafft das Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gruppe, und die am Körper getragene Marke äußert stellvertretend den eigenen Lebensstil. Werbung macht ja dies unverhohlen allen klar und versucht ihren AdressatInnen einzureden, dass die beworbenen Produkte gleichsam für das soziale Überleben notwendig sind. Werbung beeinflusst damit

## WEBLINKS

Kaufsuchtstudie zum Download:  
[www.arbeiterkammer.com/pictures/d85/AKStudie\\_Kaufsucht.pdf](http://www.arbeiterkammer.com/pictures/d85/AKStudie_Kaufsucht.pdf)

Elternweb zur Kaufsucht  
[www.elternweb.at/index.php?page=Kaufsucht](http://www.elternweb.at/index.php?page=Kaufsucht)

Pro mente zur Kaufsucht  
[www.praevention.at/seiten/index.php/nav.24/view.316/level.3/](http://www.praevention.at/seiten/index.php/nav.24/view.316/level.3/)

die Art und Weise der Identität bzw. Identitätsbildung und die Selbstwertgefühle.

Und das betrifft junge Frauen besonders, denn bei ihnen kommt noch das durch die Werbung und Medien tagaus tagein geschaffene Schönheitsideal dazu: schlank sein, schön sein, schick (weil auch teure) Kleidung tragen, Stil haben, Kosmetik nutzen. Bei den jungen Männern ist dies nicht in einem so hohen Maß ausgeprägt, und sie haben auch (noch – hier ziehen allerdings die jungen Frauen nach) andere Formen als Mädchen, um sich in der Gruppe zu positionieren, etwa »Härte«, Sport oder Aggressivität (auch z. B. beim Autofahren).

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[karl.kollmann@akwien.at](mailto:karl.kollmann@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Norden alt, Süden jung

*Während in der westlichen Welt über Überalterung geklagt wird, ist auf dem afrikanischen Kontinent fast die Hälfte der Bevölkerung unter 14 Jahren.*

Autorin: Mag. Ruth Bauer

AHS-Lehrerin für Englisch/Psychologie/  
Philosophie und freie Journalistin mit  
Afrikaschwerpunkt

**W**ährend wir in Europa von Überalterung hören und lesen, darüber rätseln, wer in der Zukunft unsere Pensionen bezahlen wird, macht man sich über Altersversorgung andernorts sehr viel weniger Sorgen – junge Menschen sind genügend vorhanden. In den Ländern des Südens, üblicherweise sind damit die meisten Länder der Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika gemeint, besteht das Problem der Überalterung nicht. Auf dem afrikanischen Kontinent ist beinahe die Hälfte der Bevölkerung unter 14 Jahre alt. Wirklich alte Menschen gibt es kaum – bei einer durchschnittlichen kontinentalen Lebenserwartung, die je nach Statistik zwischen 50 und 55 Jahren liegt, kann von wirklichem »Alter« auch wahrlich nicht die Rede sein.

Traditionellerweise übernehmen in Afrika die Kinder die Versorgung der älteren Menschen. Alters- und Gesundheitsvorsorge im europäischen Sinne ist in den meisten Ländern weitgehend unbekannt. Dies sollte nicht weiter verwundern, bedenkt man, dass in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, der größte Teil der Bevölkerung im informellen Sektor tätig ist, also keinen fixen Arbeitsplatz hat, sondern sich mit kleinen und kleinsten Dienstleistungen und privatem Miniaturhandel über Wasser hält. Aller-

dings gibt es heute auch große Veränderungen bei der traditionellen Altersversorgung, denn die jungen Menschen ziehen in die Städte oder verlassen ihre Länder und wandern in die reichen Nationen der Welt aus. Die Alten der Dritten Welt bleiben verlassen und unversorgt zurück. Eine große Herausforderung für die Zukunft.

## Erdbevölkerung verdoppelte sich

Sechs Milliarden Menschen leben derzeit auf der Erde. Die Erdbevölkerung verdoppelte sich in den vergangenen Jahrhunderten immer schneller. 2050 werden an die elf Milliarden Menschen auf der Erde leben. In Europa werden es allerdings nur noch etwa 11,5 Prozent der Menschheit sein. Der Rest verteilt sich auf die Länder des Südens. Wir können von zwei, in der Geschichte beispiellosen Prozessen ausgehen: einer immensen Zunahme von alten Menschen im Norden der Erde und einer fast ebenso starken Zunahme von ganz jungen Menschen im Süden. Die UNO bezeichnet diese Jungen und Alten als »die neuen Generationen«.

Traurig stimmt der Gedanke, dass es offenbar zu humanitären Katastrophen kommen muss, um die Bevölkerungsexplosion zu stoppen. Jüngste Studien zeigen, dass sich das Bevölkerungswachstum mittlerweile merkbar verlangsamt. ExpertenInnen führen dies darauf zurück, dass einerseits auch in den Entwicklungsländern die Geburtenrate zu sinken beginnt, und auf der anderen Seite – erstmals seit Jahrzehnten – wieder eine höhere Sterblichkeit besteht. Vor allem Aids ist dafür ein wesentlicher Faktor. **Botswana** erweist sich

## INFO & NEWS

### Situation in den Entwicklungsländern:

- Fast zwei Milliarden Menschen sind weltweit zwischen zehn und 24 Jahre alt.
- 85 Prozent dieser jungen Menschen, leben in den Entwicklungsländern.
- Fast ein Viertel der jungen Bevölkerung muss mit weniger als einem Dollar am Tag leben.
- 82 Millionen Mädchen zwischen zehn und 17 Jahren werden vor ihrem 18. Geburtstag heiraten – viele davon werden praktisch in die Ehe gezwungen.
- Jährlich bekommen 14 Millionen Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren ein Kind, an die 90 Prozent davon in den Entwicklungsländern.
- Mindestens drei Millionen junge Mädchen lassen jedes Jahr eine unsachgemäße Abtreibung vornehmen, denn Möglichkeiten der Familienplanung sind kaum gegeben.
- Etwa zwölf Millionen Jugendliche zwischen 15 und 24 sind HIV-positiv.
- Jeden Tag infizieren sich 6.000 junge Menschen mit HIV.

Zahlen: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

dabei als Spitzenreiter: In den vergangenen zehn Jahren sank dort die Lebenserwartung von 62 auf nur 44 Jahre. Länder wie Botswana aber auch **Simbabwe** werden im nächsten Jahrzehnt etwa 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren – durch Aids.



**Die wirtschaftliche Not zwingt Kinder dazu, für ihr Überleben zu kämpfen. Für Schule und Freizeit bleibt keine Zeit. Ein Teufelskreis der Armut beginnt, denn ohne Ausbildung gibt es auch später im Leben der jungen Menschen kaum eine Chance auf einen besseren Job.**



Doch auch Hunger erhöht die Sterblichkeit. Gründe dafür sind der Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, die Zerstörung und Erosion der Böden, die Übernutzung der Wasserressourcen und das Absinken des Grundwasserspiegels. Dies sind Entwicklungen, die in den Ländern des Südens zwangsläufig zu immer stärkerer »Überjüngung« der Bevölkerung führen werden. Ein Begriff, der eigentlich bisher noch nicht existiert, vielleicht aber geprägt werden muss.

Eine sehr junge Bevölkerung führt dazu, dass Kinderarbeit in dem betroffenen Land sehr viel häufiger auftritt. Im Artikel 32 der **Kinderrechtskonvention** wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Kinder vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt werden müssen. Tätigkeiten, die die gesundheitliche, geistige, seelische und soziale Entwicklung gefährden, dürfen nicht von Kindern verlangt werden. Das Schicksal der 14-jährigen Nepalesin Mainya spricht da eine andere Sprache. 16 Stunden dauern ihre Schichten, die sie seit vielen Jahren in einer Teppichfabrik tagein, tagaus verrichten muss. Lohn bekommt sie keinen. Es sei eine Schuld abzuarbeiten, hat man Mainya gesagt. Welche Schuld gemeint ist, hat ihr niemand erklärt. »Am Tag bleibt uns ungefähr eine Stunde Pause«, erzählt sie und fügt hinzu »aber manchmal müssen wir auch die ganze Nacht weben.« Von Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung hat Mainya noch nichts gespürt.

Auch Mohammad nicht. Mohammad lebt in Pakistan, und er versteht etwas von Fußball. Spielen ist dabei allerdings nicht gemeint, dazu hat er keine Zeit. Aber mit dem Zusammennähen der Einzelteile, da

kennt er sich aus. Drei Fußbälle näht er pro Tag. Ein paar Cents bekommt er dafür – neun Stunden dauert seine Schicht. Mohammad kann nicht lesen oder schreiben, aber er kann eins und eins zusammenzählen: ohne Job kein Überleben für seine Familie. »Die perfekte Kugelform muss der Ball haben«, weiß der 12-Jährige. Geometrie also für Kinder ohne Schule.

### Jugend in der »3. Welt«

Die Arbeitsplätze der Kinder sind meist weit weg von den Wohnorten der Eltern. Die Kinder sind isoliert, werden spärlich entlohnt und müssen quasi rund um die Uhr arbeiten. Vor allem Mädchen werden dazu noch häufig Opfer von sexueller Ausbeutung – sogenannte »ArbeitsvermittlerInnen«, die häufig für Zuhälter tätig sind, zwingen die Kinder in die Prostitution. Laut ILO arbeiten weltweit mindestens 250 Millionen Kinder unter 15 Jahren regelmäßig. Kindheit und Jugend in den armen Regionen der Welt ist anders. Die wirtschaftliche Not zwingt Kinder und Jugendliche dazu, für ihr Überleben zu kämpfen. Für Schule und Freizeit bleibt daneben keine Zeit. Ein Teufelskreis der Armut beginnt, denn ohne Ausbildung gibt es auch später im Leben der jungen Menschen kaum eine Chance auf einen besseren Job. Doch als arme Eltern werden auch sie ihre eigenen Kinder wieder arbeiten schicken müssen. Die Spirale dreht sich weiter.

Junge Menschen, die eine Chance auf Bildung und Beruf haben, bekommen später und weniger Kinder. Das heißt, es gäbe auch positive Wege, die Bevölkerungsexplosion aufzuhalten. Vor allem

wäre es notwendig, Mädchen und Frauen auszubilden. Wenn Frauen später Mütter werden, dann wird die Erdbevölkerung ebenfalls langsamer wachsen.

### Die Lage spitzt sich zu

Die Zunahme der jungen Bevölkerung wird für einige Länder der Welt auch ein großer Vorteil sein: Man wird das »Wunder« zu nutzen wissen; vor allem in Asien, wo man in der Lage ist, den jungen Menschen produktive Arbeitsplätze zu bieten. In Afrika sieht die Lage jedoch düster aus. Schon jetzt drängt eine viel zu große Zahl Arbeitssuchender auf den kaum vorhandenen Arbeitsmarkt. Und die Lage wird sich weiter zuspitzen. Große Gefahren liegen in der daraus möglicherweise resultierenden Verunsicherung, steigender Kriminalität, wachsender Armut, politischer Instabilität, Krieg, Terrorismus und anderen entsetzlichen Auswirkungen. Die Zahl der emigrationswilligen Menschen wird sich vervielfachen, noch viel mehr junge Menschen werden auf dem Weg nach Europa ums Leben kommen, in überladenen Nusschalen dem Tod entgegenrudern, noch viel mehr junge Frauen werden ruchlosen MenschenhändlerInnen in die Hände fallen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[ruth.bauer@gmx.net](mailto:ruth.bauer@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Arbeitsplätze schützen

*AK-Präsident Tumpel erteilt einer Nulllohnrunde eine Absage und fordert mehr Gerechtigkeit bei der Steuer. Die Kosten der Krise sollen die Verursacher zahlen.*

**D**ie Krise trifft die ArbeitnehmerInnen hart. Viele machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Der Druck auf sie steigt. Die hohen Preise bei Lebensmittel und Wohnen verschärfen die Situation noch. »Die ArbeitnehmerInnen sind nicht schuld an der Krise. Wir werden nicht zulassen, dass sie jetzt die Folgen ausbaden müssen«, sagt AK-Präsident Herbert Tumpel. Rufen der Industriellenvereinigung nach einer Nulllohnrunde erteilt er eine klare Absage.

## Klares Nein zur Nulllohnrunde

»Die ArbeitnehmerInnen sollen nicht die Zeche für eine Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben«, so Tumpel. Eine Nulllohnrunde wäre auch wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll. Im Gegenteil: Das Wichtigste sei jetzt, die Kaufkraft zu stärken. Dazu müsse den ArbeitnehmerInnen mehr in der Tasche bleiben. Die Steuersenkung war dazu ein richtiger Schritt. Eine Nulllohnrunde würde diesen positiven Effekt wieder zunichte machen. »Das wäre sozial ungerecht und wirtschaftlich völlig unsinnig. Wir sagen dazu ein klares Nein«, sagt Tumpel. Stattdessen müsste man jetzt darüber diskutieren, wie man mehr soziale Gerechtigkeit ins Steuersystem bringe. Das Bankenpaket war richtig, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Nicht vergessen dürfe man aber: Dabei werden mit Steuergeldern der ArbeitnehmerInnen die Vermögenswerte der Aktionäre und EigentümerInnen abgesichert. Der AK-Präsident: »Es ist nicht einzusehen, dass die sich jetzt darum drücken, ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten.« Im Moment müssen Vermögende kaum Steuern in Österreich zah-



len. Allein eine Besteuerung im europäischen Durchschnitt würde über fünf Mrd. Euro bringen: »Wir brauchen eine gerechtere Verteilung.«

Arbeitsplätze schützen und neue Beschäftigung schaffen, sei, so Tumpel, jetzt das Wichtigste. Dafür seien große Investitionen nötig. Vor allem in Bereichen, in denen hohe Beschäftigungseffekte erzielt werden können und die für die Zukunft wichtig sind, z. B. Ausbau von Schiene und Straße, Schulbau oder Wärmedämmung von Gebäuden. Tumpel pocht auf rasche Umsetzung der Beschäftigungspakete und fordert: »Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Aufträge müssen jetzt bei den Betrieben ankommen, damit die Arbeitsplätze geschützt bleiben.«

Die Jungen trifft die Krise besonders hart. Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit Anfang des Jahres rasant gestiegen. Der Start ins Berufsleben wird so sehr schwierig: »Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Jungen die besten Ausbildungschancen haben und später sichere Berufe ergreifen können.«

In den nächsten Wochen und Monaten wird es auch darum gehen, Regeln zu schaffen, die eine solche Krise in Zukunft verhindern. »Wohin uns ungezügelter Spekulation führt, haben wir gesehen«, so AK-Präsident Tumpel. Auch den enorm hohen Managergehältern muss ein Riegel vorgehoben werden. Denn Prämien, die riskante Spekulationen noch belohnen, sind untragbar: »Wir müssen in Zukunft verhindern, dass Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität so leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Dazu brauchen wir strenge Regeln und eine effiziente Kontrolle.«

## Eine starke Vertretung – jetzt!

Gerade in Zeiten wie diesen brauchen die ArbeitnehmerInnen eine starke Vertretung, die ihre Interessen wahrnimmt, ihre Rechte schützt und ihre Anliegen in der Politik konsequent vertritt. Denn schon werden die ersten Rufe nach Nulllohnrunden und Lohnverzicht laut. Dem gilt es, mit aller Härte entgegenzutreten.

# Statistiken sind Argumente

	Harmonisierte VPI	
	Jänner 09	Februar 09
Belgien (BE)	2,1	1,9
Deutschland (DE)	0,9	1,0
Irland (IE)	1,1	0,1
Griechenland (EL)	2,0	1,8
Spanien (ES)	0,8	0,7
Frankreich (FR)	0,8	1,0
Italien (IT)	1,4	1,5
Zypern (CY)	0,9	0,6
Luxemburg (LU)	0,0	0,7
Malta (MT)	3,1	3,5
Niederlande (NL)	1,7	1,9p
<b>Österreich (AT)</b>	<b>1,2</b>	<b>1,4p</b>
Portugal (PT)	0,1	0,1
Slowenien (SI)	1,4	2,1
Slowakei (SK)	2,7	2,4
Finnland (FI)	2,5	2,7
<b>Eurozone (VPI-EWU)</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2p</b>
Bulgarien (BG)	6,0	5,4
Tschech. Republik (CZ)	1,4	1,3
Dänemark (DK)	1,7	1,7
Estland (EE)	4,7	3,9
Lettland (LV)	9,7	9,4
Litauen (LT)	9,5	8,5
Ungarn (HU)	2,4	2,9
Polen (PL)	3,1	3,6
Rumänien (RO)	6,8	6,9
Schweden (SE)	2,0	2,2
Vereinigtes Königreich (UK)	3,0:	
<b>EU (EVP)</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7p</b>
Island (IS)	21,9	21,6
Norwegen (NO)	2,6	2,8
<b>EWU (VPI-EWR)</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8p</b>
Schweiz (CH)	-0,1	-0,1

Der Arbeitsmarkt im Jänner 2009				
	Stand Feb. 09	Veränderung zum Vormonat	Veränderung Vorjahresmonat	Vorjahresmonat
Unselbst. Beschäftigung	3.338.993	293		-24.197
ohne KUG/Präsenzdiener	3.222.993	-599		-24.248
ArbeiterInnen	1.253.441	-2.076		-50.990
Angestellte u. Beamte	2.085.552	2.369		26.793
Männer	1.745.568	-211		-38.460
Frauen	1.593.425	504		14.263
AusländerInnen	424.645	3.590		-1.471
InländerInnen	2.914.348	-3.297		-22.726
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>301.695</b>	<b>166</b>		<b>57.842</b>
Männer	198.827	-132		46.629
Frauen	102.868	298		11.213
AusländerInnen	58.127	-612		15.278
InländerInnen	243.568	778		42.564
Jugendliche (bis unter 19)	10.529	-576		2.464
Jugendliche (19 bis unter 25)	36.899	-303		10.065
Ältere (50 bis unter 55)	32.265	568		5.703
Ältere (55 bis unter 60)	22571	477		2.562
Ältere (über 60)	5478	75		491
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>8,3</b>	<b>0,0</b>		<b>1,5</b>
Offene Stellen	26.275	-536		-10.757
Lehrstellensuchende	4.998	-78		518
Offene Lehrstellen	3157	198		-339
<b>Geringfügige Beschäftigung *</b>	<b>290.633</b>	<b>2.645</b>		<b>19.383</b>
Männer	100.041	1.670		10.036
Frauen	190.592	975		9.347
ArbeiterInnen	166.174	1.599		10.253
Angestellte	124.459	1.046		9.130

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

**Datenquellen:** EUROSTAT, i.f.d. Monat.  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.  
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar**

# Mitbestimmen

*Wichtige Rechte der ArbeitnehmervertreterInnen in Krisenphasen.  
Teil 2: Verschwiegenheitspflichten.*

*Autor: Mag. Hannes Schneller*

*AK Wien, Abt. Sozialpolitik*

In Krisenphasen sind häufigere und detailreichere Informations- und Beratungsgespräche zwischen Betriebsrat und Management ein zentrales Instrument, um »betriebspartnerschaftlich« Strategien der Krisenbewältigung entwickeln zu können. Dabei werden zahlreiche Daten, Berechnungen, Tatsachen, und Vorgänge (z. B. Quartalsberichte, Businesspläne, Marktanalysen, Personalkosten/-faktoren, Entwicklungen und Prognosen, technische Einrichtungen und Verfahren/Methoden, Kalkulationen, aber auch persönliche Umstände einzelner Beschäftigter etc.) intensiv zu erörtern sein.

## Geschäftsgeheimnisse

Wie soll ein Betriebsrat (BR) nun mit Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen umgehen? Gerade in der Krise könnte das »Ruchbarwerden« derselben einen »Verstärkereffekt« haben: Ruf- und Kredit-schädigung (von lat. credo: ich glaube) lauten die zivilrechtlich verpönten Begriffe, und derartige ist unter Umständen ein Entlassungsgrund. Daneben bestehen Strafdrohungen nach § 160 ArbVG und

nach dem UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) sowie Schadenersatzrisiken. BR-Mitglieder können sich allenfalls auf die »Mandatsschutzklausel« des § 120 berufen (»Verhalten in Ausübung des Mandats gesetzt ... und unter Abwägung aller Umstände entschuldbar ...«), Sicherheit bietet diese angesichts der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs (OGH) jedoch nur bedingt. Außerdem ist die Möglichkeit einer nachhaltigen Störung einer Unternehmenskultur des Gebens und Nehmens in Form eines vertrauensvollen Umgangs und von Irritationen in den gerade jetzt so wichtigen Netzwerken zu bedenken.

## ExpertInnen beiziehen

Es bestehen drei Voraussetzungen, um von einem »Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis« im Sinn des § 115 Abs. 4 ArbVG bzw. im Sinne des Aufsichtsratsrechts sprechen zu können:

■ Es muss ein »objektiv« (also nicht bloß vom Management definiertes) berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung von Daten bestehen, die in Zusammenhang mit dem Unternehmen und dem Betrieb stehen.

■ Die Daten (Zahlen, Fakten, Prognosen, Pläne) sind nur einem kleinen, geschlossenen Personenkreis bekannt; anders formuliert: sie sind noch nicht veröffentlicht bzw. einer breiteren Personengruppe (der Allgemeinheit, zumindest innerhalb der Branche) bekannt.

■ Es muss die Möglichkeit einer Unternehmensschädigung zumindest »theoretisch« gegeben sein, wobei schon der oben erwähnte »Rufschaden« genügen würde.

## BUCHTIPP

**Josef Cerny/Sieglinde Gahleitner/Joachim Preiss/Hannes Schneller**  
**Arbeitsverfassungsrecht**  
**Band 3**

ÖGB-Verlag, 2009,  
832 Seiten, € 38,-  
ISBN 978-3-7035-1309-1



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

In manch entscheidender Situation werden die ArbeitnehmervertreterInnen zwar abzuwägen haben, ob ihr gesetzlicher Interessenwahrungsauftrag (siehe § 38) dem Schutz von Unternehmensdaten vorangeht. Das sollte man jedoch nicht übereilt und nicht ohne Beiziehung externer ExpertInnen beurteilen! Ganz besonders gilt dies für börsennotierte Unternehmen wegen des Verbots der Weitergabe von Insiderinformationen, was dem Schutz kursrelevanter Daten dient.

Ziehen Sie, je nach Rolle und Funktion als BR-Mitglied (ArbeitnehmervertreterIn im Aufsichtsrat, ZBR-Sitzung, Betriebsversammlung, Interview mit Medienvertreter etc), verschiedene »Filter« ein. Bereiten Sie sich, unter Umständen mit einem (schriftlichen) Rede- und Diskussionskonzept auf Ihre Rolle vor, und scheuen Sie nicht davor zurück, drängende Fragen nach Details höflich aber bestimmt zurückzuweisen.

## WEBLINKS

Alle Infos für BetriebsrätInnen  
[www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at)

## 1. Informationsebene

Die Aufsichtsratsmitwirkung ist die höchste Informationsebene: Hier erlangen die ArbeitnehmervertreterInnen Kenntnis von sehr genauen Geschäftsdaten und betriebs-technischen Produktions-, Kalkulations-Daten usw. In aller Regel ist hier kein Filter notwendig, weil Personen der nächsten Ebene ohnehin unmittelbare Informations- und Beratungsansprüche gemäß §§ 108 und 109 ArbVG bezüglich der »voraussichtlichen Unternehmensentwicklung«, Umsatz- und Produktionsplänen, Personalplanungen etc. haben. Von Bedeutung ist dabei jedoch die Berücksichtigung von (und »Erinnerung« an) gesetzlichen oder vertraglichen Verschwiegenheitsverpflichtungen der Informationsempfänger. Exakte Zahlen und Namen bei personellen Umbesetzungen (Vorstände, Prokuristen, evtl. Geschäftsführer) sowie börsenrelevante Daten sollten jedoch nicht weitergegeben werden. Im Zweifel sollte die Bewahrung der Vertrauensposition im Aufsichtsrat Vorrang haben.

## 2. Informationsebene

Die zweite Informationsebene setzt sich aus dem ZBR- oder BR-Gremium und den gesetzlich vorgesehenen BeraterInnen von AK und Gewerkschaft (gemäß § 39 Abs. 4 ArbVG zur Verschwiegenheit verpflichtet) sowie sonstigen BeraterInnen und Sachverständigen, die schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet wurden, zusammen.

Hier ist ein grober Filter notwendig: Nur einige wenige, potenziell die Konkurrenz begünstigende oder Kunden/Kundinnen, GeschäftspartnerInnen, GläubigerInnen oder LieferantInnen verunsichernde Zahlen oder Umstände sind von den Quartalsberichten, Unternehmensberater-Analysen, Rohbilanzen, zustimmungspflichtigen Maßnahmen etc. »wegzufiltern«. Persönliche Daten (privat und arbeitsbezogen) über einzelne ArbeitnehmerInnen (finanzielle Verhältnisse, Gesundheit, Performance am Arbeitsplatz, Mobbing- oder **Bossingvorfälle** ...) sind aber besonders diskret zu behandeln.

## 3. Informationsebene

In der dritten Informationsebene finden Diskussionen, Strategieplanung mit der

Belegschaft oder einzelnen ArbeitnehmerInnen (Abteilungen) statt; Informationen an die Belegschaft und Betriebsversammlungen sind notwendig.

Hier ist ein differenzierter Filter anzuwenden: Nur zu den für diese Personen (-gruppen) relevanten Punkten Genaueres sagen, dabei aber auf deren Verschwiegenheit nachdrücklich hinweisen. Insbesondere hier ist zu prüfen, ob die geplante Informationsweitergabe nicht mehr Verunsicherung hervorruft, als sie Nutzen für die Gesamtbelegschaft bringt.

## 4. Informationsebene

Die vierte Informationsebene umfasst einzelne, unmittelbar betroffene ArbeitnehmerInnen. Hier ist ein feiner Filter anzuwenden: Vieles fällt heraus; selbst Näherungswerte punkto Kundenverhalten, Auftrags- oder Umsatzrückgänge dürfen – sofern nicht schon in der Branche oder über die Medien allgemein bekannt – nur sehr grob angegeben werden. Keinesfalls darf das Ansehen und die Kreditwürdigkeit des Unternehmens (d. h. der Firma; nicht gemeint ist damit das Management) geschädigt werden (VwGH 1987 und andere).

## 5. Informationsebene:

Die fünfte und breiteste Informationsebene umfasst die Öffentlichkeit wie z. B. JournalistInnen, PolitikerInnen, BR anderer Unternehmen (à la Betriebsrätenetzwerk), sonstige Stakeholder (Kunden/Kundinnen, LieferantInnen, GeschäftspartnerInnen des Unternehmens).

Prüfen Sie – tunlichst gemeinsam mit ExpertInnen –, ob die Weitergabe von unveröffentlichten Daten, Zahlen, Entwicklungen oder Prognosen das Unternehmen möglicherweise schädigen könnte (gegenüber Kunden, Banken und sonstigen Gläubigern, Geschäftspartnern; unmittelbar durch Beeinträchtigung der Marktposition oder Abspringen wichtiger ArbeitnehmerInnen etc.).

## Stärke durch Information

Aber: Nach dem Motto »zu Tode gefürchtet, ist auch schon gestorben« kann die Drohung mit Informationen z. B. an die Belegschaft mitunter das einzig probate Mittel sein, um die ArbeitgeberInnen von

## INFO & NEWS

**Auf allen Ebenen, je größer der Informationsempfängerkreis ist, umso sorgfältiger, gilt:**

- Im Allgemeinen reicht die Weitergabe von Richtwerten und Entwicklungstendenzen.
- Exakte Zahlen und alles Schriftliche kann verhänglich sein.
- Je größer die Zahl der zu informierenden Personen und je geringer diese Personen einer speziellen Verschwiegenheitspflicht unterworfen sind, umso „feiner“ sollte der Daten-Filter sein.

Mitunter empfiehlt sich auch eine – gleichberechtigte – Vereinbarung mit der Geschäftsführung bzw. dem Aufsichtsratspräsidium, wie die „Informationspolitik“ gestaltet werden kann.

Informationsverweigerung oder übereilten personalpolitischen Vorgangsweisen abzuhalten. Wenn also das Management nicht kooperativ ist, kann sich die Notwendigkeit einer genaueren Information der Belegschaft über den (finanziellen) Zustand des Unternehmens ergeben; aber auch dabei wird es kaum notwendig sein, exakte Unternehmenskennzahlen zu kommunizieren. Ohne Beratung durch die Fachgewerkschaft sollte keinesfalls informiert werden, denn derartige Betriebsversammlungen werden mitunter schon als erster Schritt eines Arbeitskampfes aufzufassen sein, und das österreichische Recht ist gegenüber dem Arbeitskampf »neutral«. Das heisst, dass diverse Entlassungsgründe, Schadenersatzpflichten, Aufsichtsratsverpflichtungen usw. auch dann bestehen, wenn mangels Kooperation des Managements eine Veröffentlichung gewerkschaftspolitisch geboten erschien.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[johann.schneller@akwien.at](mailto:johann.schneller@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Trübe Aussichten

*Die Wirtschaftsforschungsinstitute mussten die Konjunkturprognosen deutlich nach unten revidieren.*

Autor: Mag. Thomas Delapina

Abteilung Wirtschaftswissenschaften und  
Statistik der Kammer für Arbeiter und  
Angestellte für Wien

**D**ie Verschärfung des globalen Konjunkturunbruchs im vorigen Herbst als Folge einiger Bankenzusammenbrüche nach Plätzen der Immobilienblase in den USA fiel noch wesentlich stärker aus als die Prognoseinstitute annahmen, und zwang diese zu drastischen Abwärtsrevisionen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg befindet sich die gesamte Weltwirtschaft in einer Rezession und wird laut jüngster WIFO-Prognose heuer um ein Prozent schrumpfen. Selbst die 2009 auf fünf Prozent halbierte Wachstumsrate der chinesischen Wirtschaft ist für dieses Land ein Alarmzeichen.

## Finanzmärkte noch instabil

Die Stabilisierung der Finanzmärkte als notwendige Voraussetzung einer deutlichen Erholung ist noch nicht eingetreten. Dennoch wird durch die massiven Konjunkturstützungsprogramme der Regierungen weltweit erwartet, dass 2010

## Wichtigste Wirtschaftsdaten Österreich 2006–2010 (%)

	2006	2007	2008	2009	2010
BIP-Wachstum	3,4	3,1	1,8	-2,2	0,5
Priv. Konsum	2,4	1,0	0,9	0,4	0,8
Investitionen	2,6	4,7	1,8	-5,1	0,3
Exporte	6,8	8,7	0,9	-7,0	0,5
Reallöhne netto	1,2	-0,1	-0,3	3,6	-0,2
Inflationsrate	1,5	2,2	3,2	0,6	1,1
Beschäftigung	1,7	2,1	2,4	-1,2	-0,6
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,8	6,2	5,8	7,3	8,2

Quelle: WIFO Prognose März 2009

wieder eine leichte Erholung eintritt. Durch die globale Nachfrageschwäche bleiben die Rohstoffpreise weiter auf ihrem niedrigen Niveau und werden erst im kommenden Jahr wieder leicht ansteigen. Wie sich die Wechselkurse entwickeln werden, lässt sich wegen der anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und der unterschiedlichen Reaktionen der Geldpolitik zurzeit nicht seriös voraussagen. Die Arbeitsmärkte werden jedenfalls im Laufe des Jahres 2009 die Wirtschaftskrise voll zu spüren bekommen und sich auch im kommenden Jahr noch nicht erholen.

In den führenden Industrieregionen der Welt wird der Wachstumseinbruch überdurchschnittlich stark ausfallen. Das WIFO rechnet mit Rückgängen des BIP in den USA von 2,7 Prozent, in Japan von 4,5 Prozent und in der EU-27 ebenso wie in der Eurozone (16) mit 3,0 Prozent. In den neuen EU-Mitgliedsländern

wird die Wirtschaft 2009 stagnieren. Dass die US-Wirtschaft trotz ihrer besonderen Betroffenheit durch die Finanzkrise relativ besser abschneidet, ist vor allem der aktiveren Wirtschaftspolitik zuzuschreiben. Die **Fiskalpolitik** wird die Wirtschaft mit Mitteln in der Höhe von vier Prozent des BIP stützen, und die Geldpolitik ist bemüht, mit Maßnahmen wie etwa dem Ankauf von Wertpapieren die Geldmenge auszuweiten.

## Einbruch in der Eurozone

Die Wirtschaft der Eurozone verzeichnete nach den Rückgängen im 2. und 3. Quartal 2008 dann im 4. Quartal einen Einbruch um 1,5 Prozent, wobei die exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders vom internationalen Nachfrageausfall betroffen war. Daraufhin verstärkte die Wirtschaftspolitik zwar ihre zögerlichen und unkoordinierten Maßnahmen, aller-

## WEBLINKS

Österreichisches Institut  
für Wirtschaftsforschung  
[www.wifo.ac.at](http://www.wifo.ac.at)

dings wird die wachstumsfördernde Wirkung nur halb so groß wie in den USA eingeschätzt. Zum Jahreswechsel sollte die Schrumpfung einer Stagnation weichen, wenn die Konjunkturbelebungsprogramme Wirkung zeigen.

Die Krise auf den Finanzmärkten erschütterte auch das Vertrauen in bislang rasch aufholende Länder Ostmitteleuropas. Das Wachstum kam zum Erliegen, und beträchtliche Kapitalabflüsse brachten einige Währungen unter Abwertungsdruck. Die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder ist für Österreich durch die enge Verflechtung im Finanzsektor sowie wegen der Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen von besonderer Bedeutung.

### Rezession in Österreich

Als kleine offene Volkswirtschaft konnte sich Österreich dem internationalen Trend nicht entziehen und geriet ebenfalls schon 2008 in eine Rezession. Für 2009 musste nun der prognostizierte Rückgang des BIP von 0,9 auf 2,2 Prozent des BIP revidiert werden. Denn die Auftragseingänge, vor allem aus dem Ausland, brechen ein. Dies wiederum trifft praktisch alle Bereiche der exportorientierten Sachgütererzeugung. Neben der Nachfrage nach Kraftfahrzeugteilen geht auch jene nach Vorleistungen, Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern massiv zurück. Die Investitionen schrumpfen deutlich, Ausrüstungsinvestitionen sogar um zehn Prozent. Laut WIFO-Konjunkturtest beobachten Unternehmen allerdings keine unüblichen Kreditrestriktionen, allerdings sind die Finanzierungskosten gestiegen.

Dass zumindest der private Konsum der Haushalte weiterhin – wenn auch gering – wächst, ist vor allem der Wirtschaftspolitik zu verdanken, welche mit massiven Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen der Krise gegensteuert. Allerdings führt ein Teil davon heuer zu einem Anstieg der Sparquote, erst im Jahr 2010 werden die Einkommenszuwächse verstärkt nachfragewirksam werden. Die Lohnabschlüsse des vergangenen Herbstes machen sich noch positiv bemerkbar, die Pro-Kopf-Einkommen steigen heuer relativ kräftig. Als Folge der internationalen Konjunkturkrise lässt der Preisauftrieb

deutlich nach. Gegen Jahresmitte kann sogar mit negativen Inflationsraten gerechnet werden. Die massive Ausweitung der Geldmenge wirkt der Gefahr einer Deflation entgegen. Für 2010 wird wieder mit einem leichten Anziehen der Inflation gerechnet.

### Einbruch am Arbeitsmarkt

Die schlechte Konjunkturlage führte zu Jahresbeginn zu einem Einbruch am Arbeitsmarkt. Durch das Abnehmen der Arbeitskräftenachfrage wird die Beschäftigung 2009 um 38.000 oder 1,2 Prozent sinken. Der Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit wird dabei mit 53.000 auf 265.000 (+25 Prozent) deutlich kräftiger erwartet als in der vorangegangenen Prognose. 2010 wird die Beschäftigung um weitere 20.000 sinken und die Arbeitslosenzahl auf 298.000 steigen. Die Arbeitslosenquoten werden sich daher von 2008 auf 2010 von 3,8 auf 5,8 (in Prozent der Erwerbspersonen lt. Eurostat) bzw. von 5,8 auf 8,2 Prozent (in Prozent der Unselbstständigen lt. Arbeitsmarktservice) erhöhen. Eine Erholung am Arbeitsmarkt ist nicht vor 2011 in Sicht.

Viele Unternehmen versuchen, die Beschäftigten mit geförderten Kurzarbeitsmodellen zu halten. Im März 2009 stieg die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen auf 42.000. Damit soll auch versucht werden, Qualifikationen im Unternehmen zu halten, die im nachfolgenden Aufschwung wieder benötigt werden.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird heuer und 2010 die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Drei-Prozent-Grenze übersteigen. Exakte Prognosen sind derzeit nicht möglich, da der Bundesvoranschlag für diese beiden Jahre erst im April vorliegen wird. Aber es ist klar, dass konjunkturbelebende Maßnahmen, ein Rückgang wachstumsabhängiger Steuereinnahmen und höherer Aufwand für die Arbeitslosenunterstützung das Defizit spürbar in die Höhe treiben werden.

Dies ist allerdings in dieser außergewöhnlichen Wirtschaftslage angesichts des wichtigen Beitrags zur Stützung der heimischen Wirtschaft äußerst sinnvoll und notwendig. Denn damit werden Nachfrage und Beschäftigung gestützt, und das Vertrauen von KonsumentInnen

## INFO & NEWS

**Konjunkturprognosen** werden über den Ablauf früherer Konjunkturzyklen, empirisch festgestellten wirtschaftlichen Zusammenhängen (zum Beispiel die Wirkung von Zinsen auf Investitionen oder von Steuern auf die Konsumnachfrage) und schließlich Konjunkturindikatoren abgeleitet. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert den definitorischen Rahmen, um die Konsistenz der Prognosen herzustellen. Dabei bedient man sich zum Teil intuitiver Verfahren, zum Teil ökonomischer Methoden. Ökonometrische Konjunkturmodelle stützen sich auf mathematisch-statistische Verfahren.

und InvestorInnen wird gestärkt. Natürlich wird im nächsten Wiederaufschwung die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen wieder herzustellen sein. Doch derzeit sind Sparappelle nicht förderlich. Im Gegenteil, es sollte vielmehr angedacht werden, ob nicht angesichts der deutlich verschlechterten Wirtschaftsprognosen zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung geplant werden sollten.

### Keine Lohnkürzungen

In diesem Sinne ist es auch notwendig, den vonseiten der Industrie geäußerten Forderungen nach Lohnkürzungen massiv entgegenzutreten. Denn dadurch würde die Nachfrage noch weiter reduziert, und der Weg aus der Krise wäre noch mühsamer. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass diese jüngste WIFO-Prognose im Vergleich zu den aktuellen Prognosen internationaler Organisationen (wie OECD und Internationaler Währungsfonds) als eher optimistisch (!) eingeschätzt werden muss.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[thomas.delapina@akwien.at](mailto:thomas.delapina@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Kulturpolitik für alle

*Eine Erinnerung an Robert Jungbluth, der am 3. Jänner dieses Jahres starb.  
Sein Ziel war stets den Zugang zur Kultur zu öffnen.*

Autorin: Dr. Brigitte Pellar

Historikerin

**R**obert Jungbluth sah seine Lebensaufgabe darin, Bildung und Kultur für möglichst viele Menschen zu organisieren und zu veranstalten. Sein Ziel war es, damit vor allem der Jugend und den ArbeitnehmerInnen neue Chancen zu eröffnen, am kulturellen Geschehen teilzuhaben. Es ging ihm aber ebenso darum, die Menschen außerhalb der »Kulturszene« zu bewegen, selbst künstlerisch aktiv zu werden.

Der Lehrer Jungbluth leitete zunächst im Wiener Stadtschulrat das Schulgemeindeferat der Berufsschulen und kam bei dieser Arbeit erstmals mit den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer in Kontakt. Anschließend übernahm er die Leitung des Instituts für Jugendkunde. Ein Mitglied des Instituts war der ÖGB, vertreten durch die Gewerkschaftsjugend; die Beziehung zur Gewerkschaftsbewegung und ihren Anliegen vertiefte sich.

## Leben fürs Theater

Die Tätigkeit im Kulturmanagement begann Robert Jungbluth als Mitarbeiter der Wiener Festwochen, wo er Hildegard Waisemberger half, die Bezirksfestwochen zu starten. Dieses Projekt band die Bezirke mit Unterstützung der Bezirksvorstellungen in das Festwochenkonzept ein und förderte damit auch die kulturellen Initiativen im unmittelbaren Lebensraum der Bevölkerung. Ab 1964 übernahm Jung-

## ZUR PERSON

### Franz Mrkvicka

1974 bis 1982 Abteilungsleiter und 1982 bis 2000 Bereichsleiter für Bildung und Kultur sowie stellvertretender Direktor der AK Wien, 1983 bis 1987 Wiener Kulturstadtrat.

### Meine Erinnerungen an »Bundestheater unterwegs«

Im Rahmen der Bundestheater-Tourneen erlebten OrganisatorInnen, Mitwirkende und Publikum viele wunderbare Vorstellungen mit prominenten Mitwirkenden. Einige blieben besonders in Erinnerung:

In Vöcklabruck hatte Mozarts »Die Hochzeit des Figaro« einen solchen Zulauf, dass BesucherInnen auch auf den Stufen des Saales und zwischen den Sitzreihen eingeklemmt die Oper begeistert verfolgten.

Das Musical »My fair Lady«, mit Dagmar Koller, war eine hinreißende Aufführung.

Der »Nestroy-Abend« unter anderem mit **Inge Konradi**, Fritz Muliar, **Helma Gautier** und Otto Taussig wurde in Kapfenberg, weil es einen kurzen Stromausfall gab, von Marcel Prawy mit launigen Worten im finsternen Saal eingeleitet.

In Mistelbach musste **Elisabeth Orth** ihren großen Monolog als Goethes Iphigenie wegen Platzmangels direkt vor den Knien des Bürgermeisters sprechen.

**Donizettis** Oper »Don Pasquale« mit **Edita Gruberova** übertrag der ORF zum Nationalfeiertag 1977 aus dem steirischen Mürrzuslag.

Das letzte Programm von »Bundestheater unterwegs« war ein Beitrag zum Gedenkjahr 1988 – eine berührende Lesung aus dem »Tagebuch der Anne Frank«, die vom Burgtheater arrangiert wurde.

bluth zusammen mit **Rolf Kutschera** die Direktion im Theater an der Wien. Die Wiener Stadthalle leitete er von 1969 bis 1971 ebenfalls mit großem Erfolg. 1971 bestellte ihn Unterrichtsminister Leopold Gratz zum Generalsekretär des neu gegründeten Österreichischen Bundestheaterverbandes, ab 1988 war er mit Otto Schenk als Partner Direktor des Theaters in der Josefstadt.

In den 16 Jahren der Amtszeit Robert Jungbluths als Generalsekretär erlebten die

Bundestheater eine künstlerisch und organisatorisch bedeutende Zeit. Er legte das Fundament für die auch international bewunderten Erfolge der Bundestheater in den vergangenen Jahrzehnten. Er versuchte gleichzeitig getreu seinem Lebensmotto, die Aufführungen »seiner Theater« – auf der ganzen Welt anerkannte künstlerische Spitzenleistungen – vor allem jenen, die nicht zu den traditionellen KulturkonsumentInnen zählten, näherzubringen. Umgekehrt sollten die Menschen, die Theater,



Oper, Operette und Musical gestalten, die SchauspielerInnen, die SängerInnen, die TänzerInnen, die Kreativen in den Bereichen Regie, Kostüm und Bühnenbild, und auch die Technik, dem Publikum nah begegnen. So wurde Jungbluth zum Initiator der Aktion »Bundestheater in den Bundesländern«. Die Aktion machte unter dem Titel »Bundestheater unterwegs« in allen Bundesländern Station. In zahlreichen Gemeinden Österreichs konnte das Publikum erstmals live Aufführungen von Burg- und Akademietheater, Staats- und Volkso-per erleben.

### Partnerinnen Arbeiterkammern

Partnerinnen Robert Jungbluths bei der Planung und Durchführung der Tourneen waren die Bildungsabteilung der AK Wien als Koordinationsstelle und die Arbeiterkammern in den einzelnen Bundesländern. Und sie waren gute Partnerinnen. Langjährige Kontakte und eine starke Vertrauensbasis ermöglichten die Realisierung des Projekts. Dazu kamen die AK-Erfahrungen im Bereich der Kulturvermittlung: Schon seit 1946 organisierten sie in den Bundesländern Kulturprogramme für die ArbeitnehmerInnen. Und die AK Wien zeichnete zudem seit den 1950er-Jahren für das Vorzeigeprojekt »Volkstheater in den Außenbezirken« (heute »Theater in den Bezirken«) verantwortlich. Wesentlich für das überaus erfolgreiche Gelingen der Bundestheater-Aktion waren die Zustimmung der BetriebsrätInnen und die vorbildliche Unterstützung Jungbluths durch die Direktoren **Achim Benning** (Burgtheater/ Akademie-



Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens der Stadt Wien an Robert Jungbluth (2. von links) durch Bürgermeister Helmut Zilk (links) 1986. Rechts neben Jungbluth: Vizebürgermeister Erhard Busek und Kulturstadtrat Franz Mrkvicka.

theater), **Egon Seefehlner** (Staatsoper) und **Karl Dönch** (Volkso-per).

Basis für »Bundestheater unterwegs« war ein Übereinkommen zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Österreichischen Arbeiterkammertag (ÖAKT – heute BAK = Bundesarbeitskammer). Es wurde am 30. Juni 1976 von Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz, der die Aktion mit trug, ÖAKT-Präsident Adolf **Czettel** und Kammeramtsdirektor Dr. Otto Scheer als Leiter des ÖAKT-Büros unterzeichnet. Die Kosten wurden zwischen dem Bundestheaterverband und den Arbeiterkammern geteilt. Die Eintrittspreise waren niedrig, damit sich alle den Besuch der Aufführungen leisten konnten. Stücke und Spielstätten wurden vom Bundestheaterverband und den Arbeiterkammern gemeinsam ausgesucht. Werbung, Kartenvertrieb und Kontakte zu den Städten und Gemeinden und vor allem

zu örtlichen BetriebsrätInnen, über die auch ein Großteil des Vorverkaufes lief, wurde von den Arbeiterkammern und dem ÖGB übernommen. Das Konzept ging voll auf. Bereits am 21. April 1982 konnte ÖAKT-Präsident Czettel in Steyr in Oberösterreich den Hunderttausendsten Besucher begrüßen. Die Aktion fand so großen Anklang, dass sie bis 1988 verlängert wurde. Insgesamt sahen 170.000 BesucherInnen die Aufführungen an 56 Spielorten in ganz Österreich.

### Kulturpolitiker im besten Sinn

Bei allen Managementanforderungen blieb Kultur für Robert Jungbluth immer ein soziales Anliegen. Er erhielt so gut wie alle Titel und Auszeichnungen, die jemand für das Kulturschaffen, -vermitteln und -managen nur verliehen bekommen kann, einschließlich der Ehrenmitgliedschaft aller Bundestheater. Viel wichtiger scheint es mir aber, nicht zu vergessen, dass er ein Erneuerer, Reformier und Ermöglicher war, – ein »Kulturpolitiker« im besten Sinn. Nicht umsonst nannte ihn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer einen »außerordentlichen Kulturmenschen«.



Adolf Czettel als Präsident des Österreichischen Arbeiterkammertags (links), Kammeramtsdirektor Otto Scheer als Leiter des ÖAKT-Büros (rechts) und Unterrichtsminister Fred Sinowatz (Mitte) bei der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Durchführung der Aktion »Bundestheater unterwegs« 1976.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[brigitte.pellar@aon.at](mailto:brigitte.pellar@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Protegé in der Krise

*Die OECD hat in den vergangenen zehn Jahren private Altersvorsorge forciert. Im »Private Pensions Outlook 2008« zieht sie Bilanz.*

Autor: Robert Stöger

Koordinator Wirtschaftspolitik im  
Bundeskanzleramt

Im Jahr 1998 hat die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Publikation mit dem Titel »Wahrung des Wohlstandes in einer alternden Gesellschaft« veröffentlicht. Sie nahm darin den Trend zu einem immer höheren Anteil an PensionistInnen zum Anlass, Zweifel an der künftigen Leistungsfähigkeit des Umlageprinzips im Rahmen staatlicher Altersvorsorge, der tragenden Säule der Pensionssysteme in vielen ihrer Mitgliedsstaaten, zu formulieren, und ein Plädoyer zu mehr privater Vorsorge auf Kapitaldeckungsbasis abzugeben.

## Mehr privat

Der Ruf der OECD und anderer Organisationen, der auf einem bestimmten Weltbild (»Mehr privat, weniger Staat«) basierte und sich mit den Geschäftsinteressen der Versicherungs- und Finanzmarktbranche traf, blieb nicht ungehört. Mittlerweile gibt es in praktisch allen Mitgliedsländern Pensionsprogramme der zweiten (betrieblichen) und der dritten (persönlichen) Säule, in fast einem Drittel davon sind diese obligat. In den vergangenen zehn Jahren nahmen nicht zuletzt aufgrund gezielter politischer Förderung in den meisten OECD-Staaten die Einzahlungen in private Pen-

sionsfonds deutlich zu. Deren Guthaben beliefen sich im Jahr 2007 auf drei Viertel ihres BIP; zusammen mit anderen Formen waren sogar mehr als 100 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung in privater Pensionsvorsorge angelegt. Im Höhenflug der Finanzmärkte waren jährliche Erträge der Fonds von fünf Prozent und mehr keine Seltenheit. Seit die aktuelle Finanzkrise im September 2008 mit voller Wucht ausgebrochen ist und auch die Vermögen der Pensionsfonds reduziert hat, stellt sich diese scheinbare Erfolgsgeschichte in einem anderen Licht dar. Grund genug also für die OECD, mit ihrem erstmals erschienen »Private Pensions Outlook« eine Bilanz zu ziehen.

## Große Unterschiede

Die Publikation liefert zunächst eine Fülle von Fakten und Vergleichsmaterial zu der Entwicklung der (privaten) Pensionsfonds in den Jahren 2001 bis 2007. So erfährt man etwa, dass zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede sowohl bei Größe der Fondswerte (zwischen 130 Prozent des BIP in den Niederlanden und weniger als fünf Prozent in einer Reihe von anderen EU-Mitgliedsstaaten) als auch in den jährlichen Wachstumsraten – und hier sowohl im Gesamtvolumen als auch bei der Zahl der TeilnehmerInnen – bestehen. Weitgehend unabhängig von der Verbreitung privater Systeme im jeweiligen Land, jedoch verteilungspolitisch interessant, ist die Tatsache, dass private Vorsorgemodelle umso stärker in Anspruch genommen werden, je höher

## WEBLINKS

OECD:  
[www.oecd.org](http://www.oecd.org)

das Einkommen der Pensionsversicherten ist.

Abgesehen davon, dass nur ein Teil der Mitgliedsstaaten über einen solchen verfügt, gibt es auch bei öffentlichen Pensionsfonds große qualitative und quantitative Unterschiede. Diese können entweder durch Sozialversicherungsabgaben von Unternehmern und Beschäftigten oder direkt aus dem staatlichen Budget gespeist werden. Die Veranlagungsformen reichen von 100 Prozent in festverzinslichen Wertpapieren wie in Spanien und den USA bis zu einem Aktienanteil von über 70 Prozent in Irland. Ihr Volumen beträgt etwa ein Viertel von jenem der privaten Fonds. Gemessen am jeweiligen BIP hat Schweden mit 31 Prozent den größten Fonds, gefolgt von Japan und Korea mit jeweils etwa 25 Prozent. Der Bericht der OECD gibt keine Auskunft darüber, welcher Anteil an den Auszahlungen der jeweiligen staatlichen Pensionssysteme durch die Fonds bestritten wird.

## Spitzenreiter Österreich

Österreich, das keinen öffentlichen Pensionsfonds besitzt, weil sein staatliches System zur Gänze auf dem Umlageprinzip beruht, gehört dabei mit einer (idealtypischen) Bruttoersatzrate von 80 Prozent hinter Luxemburg und Spanien zu

In einer Reihe von Fällen, etwa für TeilnehmerInnen an Ansparplänen ohne Leistungsgarantie, die kurz vor der Pensionierung stehen, oder beim Bankrott von Unternehmen, die Beiträge zu betrieblichen Kassen leisten, muss eingeräumt werden, dass merkbare Einbußen für die Versicherten entstehen können.



den Spitzenreitern in der OECD. Beim Anteil der öffentlichen Ausgaben für Pensionen ist Österreich mit 12,1 Prozent des BIP überhaupt Spitzenreiter. Bei den Indikatoren für private Systeme ist es unterschiedlich platziert. Der Anteil der Fondsvermögen am BIP war mit 4,7 Prozent einer der geringsten OECD-weit, bei den Wachstumsraten liegen wir sowohl bei Volumina (20,8 Prozent pro Jahr) als auch bei Mitgliedern (6,7 Prozent jährlich) im Mittelfeld. Durch die geringe Zahl von 20 Fonds ist die durchschnittliche Fondsgröße mit 880 Millionen US\$ eine der höchsten unter den 30 OECD-Staaten.

Österreich ist jenes Land, in dem im Berichtszeitraum der Anteil an Aktien am **Portfolio** der Fonds am deutlichsten gestiegen ist, und zwar um 20 Prozentpunkte auf mehr als ein Drittel, was OECD-weit eine Mittelfeldposition bedeutet. In einigen anderen Ländern wurden dagegen in dieser Zeit Umschichtungen hin zu festverzinslichen Wertpapieren vorgenommen.

### Rückgang um 22 Prozent

Der politisch interessanteste Abschnitt des Berichts ist jener, in dem die OECD versucht, auf den »Aufbruch« auf den Finanzmärkten und seine Folgen für die Pensionsfonds einzugehen. Hier muss sie mitteilen, dass zwischen Jänner und Oktober 2008 die Erträge aus Pensionsfonds im OECD-Durchschnitt real um 22 Prozent zurückgegangen sind, am meisten in jenen Ländern wie Irland oder USA, wo Aktien einen besonders hohen Anteil am Vermögen bilden. Sie

weist zwar im selben Atemzug auf den langen Zeithorizont hin, der in der Natur von Pensionsvorsorgesystemen liege, und auf die beachtlichen Renditen, die die Fonds über einen längeren Zeitraum hinweg erwirtschaftet haben. In einer Reihe von Fällen, etwa für TeilnehmerInnen an Ansparplänen ohne Leistungsgarantie, die kurz vor der Pensionierung stehen, oder beim Bankrott von Unternehmen, die Beiträge zu betrieblichen Kassen leisten, muss sie jedoch einräumen, dass merkbare Einbußen für die Versicherten entstehen werden. Detaillierte Kalkulationen oder Projektionen über die langfristigen Auswirkungen auf die Auszahlungen der Pensionsfonds liefert der Bericht aber nicht.

### Lehren aus der Krise

Man muss der OECD zugute halten, dass sie nie eine völlige Abkehr vom Umlagesystem gefordert und sich auch immer als ein Anwalt ordnungsgemäßer »Governance« sowohl der Finanzmärkte als auch der Pensionsfonds selbst verstanden hat. So versucht sie auch in der vorliegenden Publikation, Lehren aus der Krise zu ziehen, indem sie eine Reihe von Vorschlägen zur Neuregulierung dieses Bereichs, einem verbesserten Fondsmanagement, macht (Wer tut das allerdings im Moment nicht?). Sie anerkennt auch grundsätzlich, dass die kapitalgedeckte Vorsorge Risiken beinhaltet und propagiert einen »Mix aus Quellen der Alterseinkommen«, sowohl die Finanzierungs- als auch die Organisationsform betreffend.

Wie allen anderen **Proponenten** des Kapitaldeckungsverfahrens fällt es der OECD allerdings schwer, die Schwächen von marktbasierten Pensionssystemen in ihrem vollen Ausmaß zur Kenntnis zu nehmen. Die tatsächlich auf uns zukommende Belastung der öffentlichen Pensionssysteme durch die demografische Entwicklung zu einer »enormen« hoch zu stilisieren, ohne die Anpassungsmöglichkeiten in den Umlagesystemen zu erwähnen, und gleichzeitig zu konstatieren, dass die vergangenen zehn Jahre »unglücklicherweise« eine Periode von Turbulenzen auf den Finanzmärkten und in der Weltwirtschaft waren, ohne auf die systeminhärenten Irrationalitäten der sukzessive deregulierten Kapitalmärkte einzugehen, ist ein Indiz dafür, dass man bei der OECD noch immer in den alten Bahnen einer **a priori** Überlegenheit des Marktes denkt. Das ist angesichts ihrer Geschichte nicht weiter verwunderlich, führt aber dazu, dass Publikationen wie der »Private Pensions Outlook« eine umfangreiche Daten- und Faktensammlung darstellen, aber die notwendige Neubewertung der Perspektiven von kapitalgedeckten Altersvorsorgesystemen im Lichte der jüngsten Erfahrungen vermissen lassen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[robert.stoeger@bka.gv.at](mailto:robert.stoeger@bka.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ernst zu nehmen

*In der Slowakischen Republik besteht ein relativ hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Aber auch dort kämpft man gegen Mitgliederverluste.*

Autor: Mag. Dr. Michael Mesch

Wirtschaftswissenschaft und Statistik,  
 ggf. Redakteur „Wirtschaft und Gesellschaft“,  
 AK Wien

In der Slowakischen Republik weist der Arbeitsmarkt im Vergleich zu den meisten anderen neuen EU-Staaten eine hohe Regelungsdichte auf. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Deckungsgrad der Kollektivverträge (KV) sind relativ hoch, das kollektivvertragliche Lohnverhandlungssystem ist zweistufig, es besteht ein gesetzlicher Mindestlohn, der in den Vorjahren deutlich angehoben wurde, und seit 2003 existiert ein duales System der betrieblichen Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen.

Alles in allem bildet die Slowakei gemeinsam mit Ungarn und Slowenien jene Gruppe der neuen EU-Mitgliedsländer, deren Arbeitsbeziehungen in stärkerem Maße westeuropäischen Standards entsprechen.

## Gewerkschaften

Wie in der Tschechischen Republik besteht auch in der Slowakei ein hoher Konzentrationsgrad gewerkschaftlicher Organisation. Die »Slowakische Konföderation der Gewerkschaften« (KOZ) repräsentiert in 37 Branchenverbänden rd. 90 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder. Der gesamteuropäische Trend des Mitgliederverlusts, der in Osteuropa besonders ausgeprägt war, erfasste auch die slowakischen Gewerkschaften: Der

Organisationsgrad fiel von 57 Prozent im Jahre 1995 auf unter 30 Prozent 2007.

## Betriebliche Interessenvertretung

In Vorbereitung des EU-Beitritts am 1. Mai 2004 einigten sich die KOZ und der Arbeitgeberdachverband AZZZ auf das Prinzip einer eingliedrigen Arbeitnehmerinteressenvertretung in Betrieben, entweder durch eine betriebliche Gewerkschaftsorganisation oder, sofern eine solche nicht existiert, durch einen Betriebsrat. Diese Regelung wurde 2002 im neuen Arbeitsgesetzbuch aufgenommen.

Doch da der Betriebsrat mit deutlich geringeren Rechten als die Gewerkschaftsvertretung ausgestattet war und die Gewerkschaften kein Interesse an der Errichtung von Vertretungsgremien hatten, die sie als Konkurrenten betrachteten, erwies sich dieser Ansatz alsbald als Fehlschlag. Mit der Arbeitsgesetznovelle vom 1. Juli 2003 trat ein duales System der betrieblichen Interessenvertretung in Kraft. In Betrieben mit fünfzig Beschäftigten oder mehr ist die Betriebsleitung nun verpflichtet, die Wahl eines Betriebsrats zuzulassen, wenn zehn Prozent der Beschäftigten dies verlangen. Im Hinblick auf Information, Verhandlungen, den Abschluss von Betriebsvereinbarungen und deren Überwachung genießen Betriebsrat und betriebliche Gewerkschaftsvertretung nun vergleichbaren Status. Das Recht, KV zu verhandeln und abzuschließen sowie deren Einhaltung zu kontrollieren, besitzt jedoch weiterhin allein die Gewerkschaftsvertretung. Anfang 2009 existierten erst

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[de.wikipedia.org/wiki/Slowakei](http://de.wikipedia.org/wiki/Slowakei)

einige hundert Betriebsräte. Weiterhin stellen die gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen die wichtigste betriebliche Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen dar.

## Zweistufiges KV-System

Neben Firmen-KV bestehen in der Slowakei zahlreiche Branchen-KV. 2006 wurden 56 derartige Verträge abgeschlossen, 2007 waren es 37. Der Deckungsgrad der Branchen-KV belief sich 2007 auf rd. 40 Prozent aller Beschäftigten.

Die marktordnende Funktion vieler Branchen-KV ist allerdings gering, bleiben ihre Inhalte meist doch vage, enthalten wenige Einzelheiten für die praktische Umsetzung, und wiederholen viele bloß die geltenden arbeitsgesetzlichen Regelungen. Diese Situation spiegelt die Präferenz der meisten ArbeitgeberInnen und ihrer Verbände für dezentralisierte, betriebsbezogene Regelungen wider. Die wenig konkreten Regelungen geben den einzelnen ArbeitgeberInnen somit großen Spielraum bei der Festlegung der betrieblichen Arbeitsbedingungen. Immerhin enthalten wichtige Branchen-KV wie jene in der Metallindustrie, im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie Vereinbarungen über den Anstieg der Basis Kollektivvertragslöhne bzw. die durchschnittliche Lohnerhöhung.



Die letzte Mindestlohnanpassung vom 1. Jänner 2009 erfolgte ohne vorherigen Konsens der Sozialpartner. Nach einer Novellierung des Mindestlohngesetzes verordnete die Regierung eine Mindestlohnhöhe von SKK 8.900 pro Monat (295 €).

Der Deckungsgrad der Betriebs- oder Firmen-KV, welche die Lohnhöhe und weitere Arbeitsbedingungen konkret festlegen, beträgt rd. 30 Prozent. Das Zustandekommen eines Firmen-KV setzt freilich die Existenz einer durchsetzungsfähigen betrieblichen Gewerkschaftsorganisation voraus. Während die Gewerkschaften in Großunternehmen gut vertreten sind und oft einen hohen Organisationsgrad aufweisen, ist die gewerkschaftliche Präsenz in den Klein- und Mittelbetrieben eher schwach.

### Schwere Aufgaben

Der insbesondere bei der 2004 gegründeten »Nationalen Union der Arbeitgeber« (RUZ), dem mittlerweile größten Arbeitgeberdachverband, feststellbare Kurswechsel zu einem Konfrontationskurs, welcher der dezentral-betrieblichen, flexiblen Lohnfindung den Vorrang einräumt, und die scharfe Rezession erschweren die Aufgaben der Gewerkschaften.

Alles in allem ist die lohnpolitische Steuerungsfähigkeit des slowakischen KV-Systems als eher gering einzuschätzen. Ihre organisatorische Stärke in Großunternehmen und in Schlüsselbranchen der Industrie sowie die Existenz von Branchen-KV bzw. detaillierten Firmen-KV in eben diesen Wirtschaftsbereichen versetzen die Gewerkschaften freilich in die Lage, auf die betreffenden Lohnbedingungen Einfluss auszuüben – und damit auch auf die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung. Dies wiederum macht sie für Arbeitgeberdachverbände und Regierung zu ernst zu nehmenden Akteurinnen.

Vor den vorgezogenen Parlamentswahlen, die im Juni 2006 stattfinden sollten, suchte die in Opposition befindliche Partei »Richtung – Sozialdemokratie« (Smer-SD) von **Robert Fico** die Unterstützung der KOZ im Wahlkampf und erhielt diese auch. Im Gegenzug sagte der Parteivorsitzende Fico zu, im Falle eines Wahlsieges wichtige Forderungen der Gewerkschaften in das Regierungsprogramm aufzunehmen.

Tatsächlich gewann die Smer-SD die Wahlen und einigte sich in der Folge mit **Vladimir Mečiar**s populistischer HZDS und der nationalistischen SNS auf einen Koalitionsvertrag.

Auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen beinhaltete das Regierungsprogramm u. a. folgende Punkte: die Aufwertung des gesamtwirtschaftlichen sozialen Dialogs durch eine gesetzliche Grundlage und Kompetenzen für den Abschluss von verbindlichen arbeitspolitischen Generalabkommen; die Stärkung der Position der Gewerkschaften im sozialen Dialog; den Beginn bzw. die Wiederbelebung des sozialen Dialogs auf Branchen- und Regionsebene; die Beseitigung von gesetzlichen Hindernissen für effektive Kollektivvertragsverhandlungen und die weitere Anhebung des nationalen Mindestlohns.

### Nationaler Mindestlohn

1996 wurde per Gesetz ein einheitlicher nationaler Mindestlohn eingeführt. Alljährlich sollte der »Rat für wirtschaftliche und soziale Vereinbarungen« (RHSD), dem je sieben VertreterInnen der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände angehörten, über die

Höhe des Mindestlohns verhandeln. Kam keine sozialpartnerschaftliche Einigung zustande, hatte die Regierung den Mindestlohn per Dekret festlegen. 2005 und 2006 betrug der gesetzliche Mindestlohn jeweils 44 Prozent des durchschnittlichen Brutto-Monatslohns; 2007: 43 Prozent. Für die Kollektivvertragsverhandlungen auf Branchen- bzw. Betriebsebene bildet die Mindestloohnerhöhung einen wichtigen Orientierungspunkt. Zahlreiche Sozialleistungen sind an das Mindestlohnniveau gekoppelt.

Im Rahmen der erwähnten Absprache zwischen der Smer-SD und der KOZ sagte Robert Fico zu, den Mindestlohn binnen fünf Jahren stufenweise auf das von den Gewerkschaften geforderte Niveau von 60 Prozent des Durchschnittslohns anzuheben.

Die letzte Mindestlohnanpassung vom 1. Jänner 2009 erfolgte ohne vorherigen Konsens der Sozialpartner. Nach einer Novellierung des Mindestlohngesetzes verordnete die Regierung eine Mindestlohnhöhe von SKK 8.900 pro Monat (295 €). Durch die deutlichen Anhebungen der vorangegangenen Jahre fiel der Anteil jener selbstständig Beschäftigten, die lediglich mit dem nationalen Mindestlohn auskommen müssen, auf rd. zwei Prozent.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[michael.mesch@akwien.at](mailto:michael.mesch@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**A priori:** von vornherein (Seite 43)

**Benning, Achim:** Deutscher Schauspieler und Regisseur, geboren 1935, 1976–1986 Direktor des Wiener Burgtheaters. (Seite 14)

**Bossing:** Mobbing durch Vorgesetzte (Seite 37)

**Botswana:** Parlamentarische Republik im Süden Afrikas, Hauptstadt: Gaborone; wird wegen seiner vergleichsweise hohen Stabilität oft als Musterland Afrikas bezeichnet. (Seite 32)

**Bruttoersatzrate:** Höhe der Bruttopension im Verhältnis zu jenem Gehalt, das als Bemessungsgrundlage dient. (Seite 42)

**Czettel, Adolf:** Österreichischer SP-Politiker (1924–1988), 1976–1988 Präsident der Arbeiterkammer Wien, ab 1984 auch Präsident des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger. (Seite 41)

**Diversity:** Vielfalt, Unterschiedlichkeit (Seite 19)

**Dönch, Karl:** Österreichischer Kammersänger und Schauspieler (1915–1994), 1973–1987 war der gebürtige Deutsche Direktor der Wiener Volksoper. (Seite 41)

**Donizetti, Gaetano:** Italienischer Komponist (1797–1848), Werke: Don Pasquale, Lucia di Lammermoor u. a. (Seite 40)

**Emokinder:** Emo (= Emotional Hardcore) bezeichnete ursprünglich eine Variation des Hardcore-Punk, die sich durch stärkeres Betonen von Verzweiflung und Trauer von den Macho-Allüren des Punk abgrenzen wollte. Heute wird damit vor allem ein Phänomen der Jugendkultur bezeichnet, das sich musikalisch mehr der Popmusik angenähert hat. Äußere Kennzeichen sind: schwarze, glatte Ponyfrisuren, Röhrenjeans, Piercings, dunkel geschminkte Augen, Anstecknadeln und Schweißbänder. (Seite 25)

**Fico, Robert:** Slowakischer Jurist und Politiker, geb. 1964, seit Juli 2006 führt er als Ministerpräsident die Koalition aus der konservativen HZDS, der nationalistischen SNS und der 1999 von ihm gegründeten sozialdemokratischen SMER. (Seite 45)

**Fiskalpolitik:** Teilbereich der Finanz- bzw. Konjunkturpolitik, durch den mit Hilfe der Veränderung von öffentlichen Einnahmen und öffentlichen Ausgaben die konjunkturelle Entwicklung gelenkt werden soll. (Seite 38)

**Gautier, Helma:** Österreichische Schauspielerin, geb. 1940, verkörperte unter anderem in »Kaisermühlen-Blues« die Ehefrau von Bezirksrat Gneisser, dargestellt von Götz Kaufmann. (Seite 40)

**GMTN:** Gewerkschaft Metall, Textil, Nahrung (Seite 8)

**Governance:** Steuerungssystem und Regelungssystem einer politisch-gesellschaftlichen Einheit. (Seite 43)

**Gruberová, Edita:** slowakische Sopranistin, geb. 1946. (Seite 40)

**Imperial Riding School:** Veranstaltungshotel in Wien (Seite 22)

**Implacementstiftung:** Arbeitsmarktpolitische Maßnahme, um Unternehmen, die ihren Personalbedarf am Arbeitsmarkt nicht abdecken können und arbeitssuchende Personen, denen für einen bestimmten Arbeitsplatz die entsprechende Qualifikation fehlt, zusammenzuführen. Die Organisation, Administration und Betreuung von arbeitssuchenden Personen in einer Implacementstiftung erfolgt durch eine vom AMS anerkannte und vom Personal suchenden Unternehmen ausgewählte Einrichtung (= Stiftungsträger) gemeinsam mit dem AMS. Finanziert werden diese Stiftungen durch Beiträge der Arbeitgeber und des AMS. Die StiftungsteilnehmerInnen erhalten Schulungsarbeitslosengeld, Notstandshilfe oder eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes und zusätzlich eine monatliche Zuschussleistung durch den Stiftungsträger. (Seite 20)

**inkorporieren:** einverleiben, angliedern (Seite 14)

**JASG:** Jugendausbildungssicherungsgesetz, gültig von Juli 1998 bis Ende 2011 um ausreichend Lehrstellen für Jugendliche zu schaffen. (Seite 19)

**Jugendvertrauensrat:** Wenn in einem Betrieb mindestens fünf ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können diese für die Vertretung ihrer besonderen Interessen einen Jugendvertrauensrat wählen. Die Tätigkeitsdauer des Jugendvertrauensrates beträgt zwei Jahre. Wahlberechtigt sind alle jugendlichen ArbeitnehmerInnen des Betriebes. (Seite 8)

**Kinderrechtskonvention:** UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, in Kraft seit September 1990. Die UNICEF fasst den 20 Seiten langen Text in 10 Grundrechten zusammen: Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung, Recht auf einen Namen und Staatszugehörigkeit, Recht auf Gesundheit, Bildung sowie Freizeit und Erholung, das Recht sich zu informieren und gehört zu werden, Versammlungs- und Redefreiheit, das Recht auf Familie, elterliche Fürsorge, Privatsphäre, gewaltfreie Erziehung sowie auf Betreuung bei Behinderung.

**Konradi, Inge:** Österreichische Schauspielerin (1924–2002), erhielt zahlreiche Theaterpreise und unterrichtete am Reinhardt-Seminar. (Seite 40)

**Kutschera, Rolf:** Österreichischer Schauspieler und Regisseur, geb. 1916, von 1965 bis 1982 künstlerischer Leiter des Theaters an der Wien. (Seite 40)

**Maria Theresia:** Österreichische Herrscherin (1717–1780), Tochter von Karl VI., der durch die Pragmatische Sanktion weibliche Thronfolgerinnen ermöglichte; ab 1740 Erzherzogin von Österreich und Königin von Böhmen und Ungarn. Ihr Ehemann Franz Stephan von Lothringen wurde 1745 zum Kaiser gekrönt. Maria Theresia behauptete die Gesamtherrschaft Österreichs gegen die Ansprüche anderer Herrscher, vor allem gegen Friedrich II. von Preußen, unter anderem auch indem sie ihre Kinder mittels Ehe mit anderen Herrscherhäusern verband. (Seite 18)

**Mečiar, Vladimír:** Slowakischer Politiker, geb. 1942, weil er sich während des Prager Frühlings gegen die russische Invasion ausgesprochen hatte, wurde Mečiar aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

An der »Samtenen Revolution« beteiligte er sich dann aufseiten der Bewegung »Öffentlichkeit gegen Gewalt« (VPN). Ab 1990 war Mečiar der erste frei gewählte Ministerpräsident der slowakischen Teilrepublik; das Amt hatte er (mit Unterbrechungen) bis 1998 inne. Mečiar wurde wegen seiner isolationistischen und autokratischen Politik vor allem im Ausland kritisiert. (Seite 45)

**NMS:** Neue Mittelschule (Seite 18)

**Orth, Elisabeth:** Österreichische Schauspielerin, geb. 1936, Schwester von Christiane Hörbiger, engagiert sich gegen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. (Seite 40)

**Portfolio:** hier: Wertpapierbestand; Sammlung von Bildern, Grafiken u. ä. (Seite 43)

**Proksch, Anton:** Österreichischer Gewerkschafter und Politiker (1897–1975), von 1956 bis 1966 Bundesminister für soziale Verwaltung. (Seite 11)

**Proponent:** Antragsteller (Seite 43)

**Rehor, Grete:** Österreichische VP-Politikerin (1910–1987), inhaftiert während der NS-Zeit, 1966–1970 erste Ministerin, während dieser Zeit stieg das Sozialbudget um rund 65 Prozent. (Seite 11)

**Seefehlner, Egon:** Österreichischer Jurist, Redakteur und Intendant (1912–1997), 1945–63 Kulturreferent der ÖVP. (Seite 41)

**Simbabwe:** Die einstige Kornkammer Afrikas befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Die Hyperinflation seit 2007 (230 Millionen Prozent!) führte jetzt zur Abschaffung der Währung. Schon seit Februar werden öffentlich Bedienstete in US-Dollar bezahlt. Die Arbeitslosigkeit beträgt 90 Prozent. Dazu kommt außerdem eine Cholera-Epidemie. Präsident Robert Mugabe wird vorgeworfen, dass die wirtschaftlichen Probleme u. a. durch die Enteignung weißer Farmer entstanden sind. Dieser wiederum macht die westlichen Sanktionen seit seiner Wiederwahl 2002 verantwortlich. Ein parteiübergreifender Ausschuss soll jetzt eine neue Verfassung erarbeiten. Der IWF hat die Zulassung von Auslandswährungen begrüßt und seine Unterstützung angeboten. (Seite 32)

**Sprungbrett:** Beratungsstelle für Mädchen und junge Frauen, welche vor allem die Förderung von Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen zum Ziel hat. (Seite 23)

**Tertiärisierung:** Verstärkte Betonung des dritten Sektors am Arbeitsmarkt, zunehmende Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft. (Seite 18)

**vida:** Gewerkschaft für Verkehr, soziale, persönliche Dienste und Gesundheitsberufe, private Dienstleistungen, derzeit rund 158.000 Mitglieder. (Seite 42)

**Wiener BerufsBörse:** Beratungs- und Betreuungseinrichtung für arbeitslose Menschen mit Suchterfahrung. (Seite 23)

**WUK-Monopoli:** Sozialprojekt, das Beratung für Jugendliche mit Problemen bei der Berufswahl und Jobsuche anbietet sowie Hauptschulabschlusskurse für Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren abhält. (Seite 23)



## Sozialstaat Österreich

# Sozialleistungen im Überblick

### Lexikon der Ansprüche und Leistungen

*Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.)*

**Sozialstaat Österreich  
Sozialleistungen  
im Überblick  
Lexikon der Ansprüche  
und Leistungen**

11. aktualisierte Auflage  
2009, 400 Seiten, € 23,80  
ISBN: 978-3-7035-1366-4

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

Das Buch zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen: Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit und ergänzende Sozialleistungen.

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

## Bestellung:

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
per Fax: 01/405 49 98-136

**BESTELLSERVICE**

In jeder Buchhandlung  
oder direkt bei der ...

**Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH**

Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

**Ja**, ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplar/e von **Sozialleistungen im Überblick**

€ 23,80

Name

Firma/Institution

PLZ Ort

Anschrift

Telefon, E-Mail

Datum, Unterschrift

**Ja**, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

AW 4/09

**Mag. Brigitte Ederer,**  
Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich

**Friedrich Hagl,**  
Zentralbetriebsrat der Siemens AG Österreich

## Top-Team in Europa

„Gemeinsam arbeiten wir  
für unseren Erfolg – am  
Standort Österreich und  
international. Damit das  
so bleibt, brauchen wir  
Europa. Gerade jetzt.“

UNSER  
ARBEITSPLATZ  
IST EUROPA



EINE INITIATIVE VON

**OGB** UND **iv** INDUSTRIELLEN  
VEREINIGUNG

[www.arbeitineuropa.at](http://www.arbeitineuropa.at)



Foto © Andri Bruckner

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW